

## ONLINE-MATERIAL

ZUR STUDIE «PORTIONIERTER ARMUT, BLACKBOX REICHTUM. DIE ANGST DES JOURNALISMUS VOR DER SOZIALEN KLUFT»  
VON HANS-JÜRGEN ARLT UND WOLFGANG STORZ

### GESAMT-ANALYSE FAZ VON SVEN OSTERBERG

#### 1 BESTANDSAUFNAHME GESELLSCHAFT

##### 1.1 Private Armut (Lohn, Sozialtransfer, Arbeit/Arbeitslosigkeit)

Der Text «**Arme Kinder**» (2.2.2012) fragt, ab wann ein Kind arm sei: «Ist jedes fünfte Kind in Deutschland arm? Ist damit der tatsächliche Lebensstandard der Kinder gemeint? Eine Stiftung stuft Kinder als arm ein, die in Familien mit sozialer Grundsicherung aufwachsen. Das sind in der Tat (zu) viele. Schon vor fünf Jahren wies das Kinderhilfswerk darauf hin, dass 1965 nur eines von 75 Kindern unter sieben Jahren auf Sozialhilfe angewiesen gewesen sei. Gut 40 Jahre später war es eins von sechs Kindern in dieser Altersgruppe.» Die Fördergelder sagten wenig, wie es den Kindern gehe: «Man kann darüber streiten, ob die Sätze ausreichen; aber inwieweit Hartz-IV-Gelder bei den Kindern ankommen, lässt sich kaum überprüfen: Hier stößt der freiheitliche Staat schnell an das Recht der Eltern.» Der Staat müsse deshalb «bei Betreuung und Qualifizierung» ansetzen.

Der Text «**Armes reiches Land**» (15.10.2011) vertritt die These: «Bildung und Arbeit sind auch heute noch die Schlüssel zur Vermeidung von Armut.» Anlass ist die Veröffentlichung des alle zwei Jahre vom Statistischen Bundesamt erstellten Sozialberichtes. «Der erste Eindruck überrascht nicht: Wer (aus-)gebildet ist, hat auf dem Arbeitsmarkt mehr Chancen, wird seltener arm, lebt gesünder und länger. Und noch immer ist Bildungserfolg in Deutschland stark von der Herkunft abhängig. Auch das ist inzwischen eine Binsenweisheit. Andere Befunde haben es ebenso in sich, ohne dass sie sich auf Anhieb erschließen. Etwa, dass es schwieriger geworden sei, der Armut zu entinnen. ... Einmal arm, immer öfter arm: So lautet das seriöse Fazit.» Die Autorin relativiert einerseits: 15,5 Prozent der Bevölkerung gelten als «armutsgefährdet», weil sie einschließlich der Sozialleistungen mit weniger als 929 Euro im Monat auskommen müssen. Man müsse jedoch die Studenten darunter abziehen. Zudem sei «armutsgefährdet» nicht «arm», da es ein soziales Netz gebe, und «arm» sei in Deutschland etwas anderes als in ärmeren Ländern. Trotzdem seien die Zahlen «erschreckend hoch». Und: «Dennoch erschüttert die Nachricht der Sozialforscher, dass fast jeder dritte Armutsgefährdete nicht in der Lage sei, sich alle zwei Tage eine vollwertige Mahlzeit zu kochen.» Die Autorin konstatiert: «Mit steigender Bildung sinkt das Risiko, in Armut zu geraten.» Und: «Besonders oft trifft es Alleinerziehende. Auch dieser Befund ist nicht neu. Kinder machen arm, vor allem wenn der Erzieher auch noch der einzige Verdienner ist oder sein soll.» Weiter: «Eine Hürde für den sozialen Aufstieg ist die Schule. 2009 kamen nach Auskunft der Statistiker nur zehn Prozent der Gymnasiasten aus Familien, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Abschluss hatten. Dagegen besuchten 60 Prozent der Kinder das Gymnasium, deren Eltern schon die Hochschulzugangsberechtigung besaßen. ... Der Kern der Aufstiegschance ist indes immer noch der Aufstiegs-wille des Einzelnen. Dieser Wille ist vielen abhandengekommen in einer Generation, die erwartet, dass ihr fast alles in den Schoß fällt.» Und: «Auch heute kann jeder, der Bildungs- und Aufstiegs-willen besitzt, mit Hilfe des Staates unsichtbare Decken durchstoßen. Aber in einer weitgehend gesättigten Gesellschaft wird die soziale Sicherung gegen Verarmung manchmal als Hängematten-Angebot missverstanden, gerade von

Jüngeren ... .» Der Schluss: «Weil Bildung und Arbeit noch immer die Schlüssel zur Vermeidung von Armut sind, wird die alimentierende Gesellschaft dazu übergehen müssen, den Aufstiegswillen stärker zu fördern.»

In dem Text «**Mindesteinkommen für Millionen**» (11.1.2010) wird Bilanz gezogen: «Seit fünf Jahren lebt Deutschland mit Hartz IV. Am Grundprinzip gibt es nichts zu rütteln.»

Die Bilanz falle in der Öffentlichkeit gemischt aus: «Während die einen – geprägt durch Lebenslage oder politische Einstellung – verlangen, man müsse Hartz-IV-Empfänger mehr fordern, meinen die anderen, man müsse sie mehr unterstützen – etwa den Regelsatz von 359 Euro erhöhen und Sanktionen bei Ablehnung von Arbeitsangeboten abschaffen.»

Die Autorin sieht Positives: Beispielsweise sehe das IAB Anzeichen dafür, dass mit den Hartz-Reformen strukturelle Arbeitslosigkeit abgebaut werden konnte. Und generell sieht die Autorin Hartz IV so: «Aus dem Mindesteinkommen für Millionen ist in Deutschland ein dichtes soziales Netz gegen Armut geknüpft – verbunden mit dem Anspruch, dass sich in diesem Netz keiner hängenlassen soll. Zugegeben: Hartz IV ermöglicht kein ausschweifendes Leben, sondern nur ein wirtschaftliches Überleben. Hartz IV lädt nicht zum Verweilen ein.» Ein Teil der Transfer-Empfänger komme zurück in eine Arbeit: «... die Rückkehr auf einen (schlechteren) Job ist besser als keiner, denn er bietet das Sprungbrett auf einen attraktiveren Arbeitsplatz». Es müsse manches revidiert werden: «Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung auf der Suche nach Kinderbetreuung, um überhaupt eine bezahlte Arbeit aufnehmen zu können. Die Zuverdienstgrenzen müssen höher liegen, um Eigeninitiative nicht sofort wieder im Keim zu ersticken.» Am Grundprinzip dürfe aber nicht gerüttelt werden: «In der Krise darf die Politik nicht den Eindruck erwecken, sie wolle den Druck auf den Einzelnen verringern, sich aus der Erwerbslosigkeit zu befreien ... .» Denn: «Standhaftigkeit ist die Politik denen schuldig, die ihrem Broterwerb nachgehen. Denn Arbeitnehmer, die ihre Familie ernähren müssen, haben oft kaum mehr Geld zur Verfügung als eine Familie, in der vier oder fünf Personen Hartz IV plus Wohn- und Heizkosten beziehen.»

In dem Text «**Armut und Arbeit**» (20.8.2009) wird an die Arbeitsmarkt-Politik der rotgrünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder erinnert, die mit neuen Arbeitsverhältnissen und einer stärkeren Lohnspreizung die Arbeitslosigkeit stark senkte, so der Autor. Er argumentiert weiter: «Die gewollte Lohnspreizung brachte zwangsläufig ein steigendes Armutsrisiko mit sich, das den Sozialstaat unzweifelhaft vor große Herausforderungen stellte – und die er angegangen ist. Denn es kann gegen sittenwidrige Löhne vorgegangen werden, und die Sozialhilfe in Form von Hartz IV definiert die Untergrenze, unter die niemand fallen kann. Die Tatsache, dass Deutschland im europäischen Vergleich noch unter dem durchschnittlichen Armutsrisiko liegt, zeigt, dass von einem <working poor>-Phänomen angelsächsischen Ausmaßes keine Rede sein kann. Wer aber nun in der Krise reflexartig nach mehr Regulierung ruft, der nimmt gerade den Schwächsten am Arbeitsmarkt eine wichtige Plattform. Denn, da ist sich die Wissenschaft weitgehend einig: Das beste Mittel gegen Armut ist die Aufnahme einer Arbeit.»

Der Text «**Armut trotz Gesetz**» (29.1.2009) verteidigt die Hartz-IV-Gesetze und sieht Erfolge: «Hartz IV ist kein staatlich verordnetes Armutsprogramm. Im Gegenteil: Die größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform des Landes hat mehr Bedürftigen den Zugang zu staatlichen Leistungen ermöglicht, die Ausgaben sind entgegen früheren Versprechungen um etliche Milliarden in die Höhe geschossen.» Dieses Gesetz habe mit «Dumpinglöhnen auf breiter Front ... nichts zu tun». Klar sei: «Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer geworden, neue Armutsrisiken fordern neue Antworten. Die einst mit heißer Nadel gestrickte Arbeitsmarktreform Hartz IV muss an verschiedenen Stellen nachgebessert werden. Das Fazit nach vier Jahren lautet aber, dass die Maschen dieses sozialen Netzes nicht zu weit geknüpft wurden. Es trägt mehr Menschen als je zuvor.»

In dem Text «**Arme Kinder**» (11.7.2008) bezieht die Autorin klar Position: «Hilfe brauchen vor allem Hauptschüler und alleinerziehende Eltern.» Sie konstatiert: «Armutsberichte werden derzeit mit geradezu inflationärer Häufigkeit veröffentlicht.» Sie nennt den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, eigene Zahlen von Ministerin von der Leyen, den Unicef-Bericht zur Lage von Kindern in Deutschland, der sich mit den Folgen von Armut befasse, und den Existenzminimumbericht des Bundesfinanzministeriums.

Die Frage sei: «Ist Armut in einem der wohlhabendsten Länder der Erde tatsächlich ein so drängendes Problem, wie es diese Berichte nahelegen?»

«Die im Sozialsystem umverteilten Milliarden steigen zwar Jahr um Jahr an, doch sie erzielen nicht die erhoffte Wirkung.» Nur wenige Hilfeempfänger könnten sich in überschaubarer Zeit aus diesem Status befreien. Vorübergehende Einkommensarmut schade Kindern «nicht nachhaltig», wenn die Eltern ihren erzieherischen Aufgaben weiter nachkommen. «Häufig ist aber das Gegenteil der Fall: Mit demselben oder einem ähnlichen Haushaltseinkommen verhalten sich Harz-IV-Empfänger eher konsumorientiert, leben ungesund und klagen dabei über zu wenig Geld, während Menschen, die ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften, eher auf Konsum verzichten, mehr in Bildung investieren und gesünder leben.» Dieser «dauerhafte Empfang von Sozialleistungen hat bei vielen Betroffenen schlimme Folgen» – Selbstvertrauen und der Glaube an die Gestaltung des eigenen Lebens «gehen verloren ... .» Es gebe viel zu viele Jugendliche ohne Schulabschluss. «Aus solchen frühzeitig abgebrochenen Bildungswegen entsteht fast zwangsläufig neue Armut.»

Als Folgen skizziert die Autorin folgende Punkte: «Nach der langen Beschäftigung mit Exzellenzinitiativen müssen deshalb die Bildungsgrundlagen stärker in den Blick genommen werden: Ganz unten gibt es mindestens ebenso viel Nachholbedarf wie ganz oben.» Es müsse «mehr Anreize zur Arbeit» via Veränderung von Steuern und Sozialabgaben geben, sei doch «der beste Schutz gegen Kinderarmut die Vollzeitwerbstätigkeit zumindest eines Elternteils». Ihr wichtigster Punkt ist jedoch: «Das größte Armutsrisiko für Kinder überhaupt sind aber Scheidungen. Vierzig Prozent der Kinder von Alleinerziehenden leben in dauerhafter Armut, aber nur fünf Prozent der Kinder, die mit beiden Eltern aufwachsen.» Hier gehe es um «eine Elternverantwortung».

## **1.2 Privater Reichtum (Einkommen/Vermögen)**

Der Text «**Zertrampelt**» (24.11.2012) kritisiert die Position der Opposition gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz: «Den Reichen nehmen, den Armen geben – was gibt es Schöneres? Was für Robin Hood noch eine überschaubare Aufgabe war, gestaltet sich für den Rechtsstaat komplizierter. Die SPD hat schon deutlich gemacht, dass ihr Kampf um Gerechtigkeit ein totaler ist und somit auch auf das befreundete Ausland keine Rücksicht nimmt. So ließ Rot-Grün jetzt im Bundesrat das Steuerabkommen mit der Schweiz scheitern, das eigentlich Geld in die Kassen spülen sollte: Geld, das dem deutschen Staat zusteht, das aber vermögende Leute hinterzogen haben. Gewiss, der Vertrag sah eine pauschale Versteuerung und eine Art Amnestie für geschickte Straftäter vor. Doch muss sich Rot-Grün, die Bundestagswahl fest im Blick, fragen lassen: Was ist besser für das Land und seine Bürger?»

Der Text «**Im Wort**» (29.8.2012) beschäftigt sich mit der Haltung der SPD zum geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz und kritisiert deren «mangelnde Vertragstreue»; schließlich habe Deutschland das Abkommen bereits unterzeichnet. Beim Ahnden von Steuerhinterziehung rät der Autor: «Wie der Staat zu Ermittlungen verpflichtet ist, so unterliegt er ebenso Bindungen, die ihm eben nicht alle Mittel erlauben. ... . Aber ein Rechtsstaat darf nicht zu rechtswidrigem Handeln aufrufen und nicht mit Prämien zu Straftaten ermuntern. Genau das hat die Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens zugesagt.»

Und: «Dass die Opposition die Regierung auf dem Weg über den Bundesrat in die Enge treiben will, ist parlamentarische Routine. Das Thema Steuer-CD bietet sich geradezu an: Es geht um Steuergerechtigkeit und Klassenkampf. Richtig: Noch ist der Vertrag mit der Schweiz nicht ratifiziert. Und neue Entwicklungen können Bindungen in Frage stellen.

Nicht zu unterschätzen ist aber auch der Wert der Verlässlichkeit in den internationalen Beziehungen.»

Der Kommentar auf Seite 10 «**Auf dem Dach**» (7.4.2012) plädiert für den Abschluss eines Steuerabkommens mit der Schweiz und gegen den entsprechenden Widerstand von SPD und Grünen dagegen, denn «der Spatz in der Hand» sei immer noch besser «als ein Gabriel auf dem Dach».

Der Kommentar **«Verdrängungskünstler» (5.4.2012)** beschäftigt sich mit dem geplanten Abkommen mit der Schweiz, den Vor- und Nachteilen eines Scheiterns. Erst kritisiert er die Opposition: «SPD und Grüne haben ihre eigene Steueramnestie wohl verdrängt. Zu ihrer Regierungszeit konnten sich Steuerhinterzieher zum Schnäppchenpreis ehrlich machen. Der Steuersatz von 25 Prozent war schon attraktiv, hinzu kam eine pauschale Berücksichtigung von Werbungskosten, so dass man effektiv bei 15 Prozent landete. Die in dem geplanten Abkommen mit der Schweiz vorgesehene Besteuerung ist deutlich höher.» Der Rat des Autors: «Wenn SPD und Grüne sich an ihrer eigenen Amnestie orientieren, müssen sie zustimmen.»

Der Text **«Schmutzige Wäsche» (2.4.2012)** setzt sich mit der Kritik der SPD am Steuerabkommen mit der Schweiz auseinander: «Hinter der Empörung steht der Vorwurf, das Nachbarland habe sein Geschäftsmodell auf Steuerhinterziehung gebaut. Tatsächlich hat die Schweiz von legalen und illegalen Steuerflüchtlings aus Deutschland und anderen Staaten profitiert. Auswanderer – zum Beispiel Rennfahrer und Schraubenfabrikanten – leben, angezogen von günstigen Steuerregeln, in dem Hochpreisland wie Gott in Frankreich. Schön für sie, schlecht für den deutschen Fiskus. Diejenigen im Schatten, die ihr Geld heimlich über die Grenze getragen haben, sieht man nicht.» Aber: «Der deutsche Staat hat in der Geschichte allerdings ebenfalls keine weiße Weste. Er hat mit Datendieben Geschäfte gemacht, so dass er sich den Vorwurf der Hehlerei gefallen lassen muss. Er hat damit zu Straftaten in der Schweiz angestachelt. Man sollte sich einmal vorstellen, was hierzulande los wäre, wenn die Regierung in Peking Mitarbeitern deutscher Autobauer Konstruktionspläne abkaufte, um ihren industriellen Aufholprozess zu befeuern – mit dem Argument, der Patentschutz werde in der westlichen Welt überbewertet. Der Konflikt ist ein starkes weiteres Argument für das umstrittene Steuerabkommen. Es garantiert dem deutschen Fiskus sein Geld; es sichert der Schweiz ihr Bankgeheimnis; und es verbietet nicht nur den Kauf von Informationen über deutsche Kunden, sondern sieht auch Straffreiheit für die Käufer gestohlener Datenträger vor. Bei so vielen Vorteilen kann man eigentlich nur zuschlagen. Warum tun das die SPD-Länder nicht?»

Der Text **«Zum Schwarzärger» (31.3.2012)** bedauert das vermutliche Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz, denn so «entgehen dem deutschen Fiskus Milliarden». Der Kommentator wägt ab: «Grundsätzlich ist jede Steueramnestie, jede pauschale Abgeltung von Steuerlasten aus der Vergangenheit zu hinterfragen, weil die steuerehrlichen Bürger nicht am Ende die Dummen sein dürfen. Doch darf man die Augen nicht vor der Realität verschließen: Es hilft auch nichts, die reine Lehre hochzuhalten, wenn die Steuerunehrlichen nicht belangt werden können. Und an der Schweizer Grenze hört der Zugriff des deutschen Fiskus nun einmal auf.» Und: «Mit jedem Jahr, das ins Land geht, verjähren mehr und mehr Delikte. Davon haben nur die Steuerhinterzieher etwas.»

Der Text **«Aufgescheucht» (18.10.2011)** macht sich Gedanken über die Lage von Steuerhinterzieher: «Steuerhinterzieher stehen vor einer Zerreißprobe: Aufgescheucht durch die Nachricht, dass die deutschen Finanzbehörden eine neue CD mit Bankdaten auswerten, müssten sie ihr Heil in einer schnellen Selbstanzeige suchen.» Fachleute sagten jedoch, es könne schon zu spät sein. «Manche Berater argwöhnen gar, dass ein Strafverfolger diese Nachricht absichtlich hat durchsickern lassen, um den Betroffenen den Weg in die Straflosigkeit abzuschneiden. Denn erst, wenn ein Steuerkrimineller auch wissen muss, dass er aufgefliegen ist, ist ihm der Weg in die Straflosigkeit versperrt. Ein Versuch dürfte dies dennoch wert sein.» Und: «Die Erfahrung zeigt überdies: Steuerfahnder verhalten sich in diesem Punkt oft kooperativ.»

Der Text **«Die Besseren Verdienenden» (7.9.2011)** charakterisiert die verdienstvolle Rolle der Besserverdienenden und Wohlhabenden und kritisiert deren mangelnde Unterstützung: «Die Leistungsträger, ohne die kein Staat zu machen ist, haben in Deutschland kaum noch Fürsprecher.» Indirekt setzt der Kommentar als Anlass an Initiativen von Besserverdienenden an, die freiwillig höhere Steuern bezahlen wollen. Die Bereitschaft, dem Staat Steuern zu bezahlen, sei in Deutschland allgemein «gar nicht so gering». Der Sozialstaat wird so charakterisiert: «Dieser Staat, nicht umsonst Vater genannt, behandelt seine Kinder ja auch

gut, von der Wiege bis zur Bahre: Er überweist ihnen Kinder- und Elterngeld, schickt pünktlich die (mit Steuermitteln subventionierte) Rente, hilft bei Arbeitslosigkeit, baut schöne Autobahnen und versüßt noch den Abschied vom liebgewonnenen Fahrzeug mit einer Prämie.» Steuern finanzierten nicht nur diesen Sozialstaat, sie seien «auch noch ein Instrument des sozialen Ausgleichs. Wer will sich hierzulande schon dem Vorwurf aussetzen, er senke mit den Steuersätzen auch noch das Maß an sozialer Gerechtigkeit?»

Während Staat und Kommunen stabil den Ruf hätten, gut für die Bürger zu sorgen, hätten diejenigen einen schlechten Leumund, «die am meisten Steuern zahlen, dem Staat also erst die Möglichkeit geben, sich als gütig und fürsorglich zu erweisen. Gut die Hälfte des Lohn- und Einkommensteueraufkommens in Deutschland stammt von nur zehn Prozent der Steuerzahler; nur ein Prozent von ihnen erbringt ein knappes Viertel der Einnahmen. Doch werden diese Spitzensteuersatz-Zahler, zu denen man schon mit einem Jahreseinkommen von knapp 53 000 Euro zählt, nicht etwa mit Dankbarkeit überschüttet. Den «Reichen» werden vielmehr Vorwürfe gemacht: Sie zahlten noch zu wenig Steuern, schlüpften durch alle möglichen Löcher und hätten das Vermögen, von dem sie lebten, meistens gar nicht selbst verdient.» Der Autor unterscheidet jedoch zwischen verschiedenen «Sorten» von Reichen: «Es müssen wohl Reflexe aus der Zeit des Klassenkampfes sein, die dazu führen, dass die übrigen «Reichen» in diesem Land ohne großes Zögern mit am Gemeinwohl desinteressierten Kapitalisten und Kuponschneidern gleichgesetzt werden.» Der Autor beklagt vor dem Hintergrund der Finanzmarkt-Krise: «Doch überdecken die Skandale der Geldgier, dass die große Mehrheit derjenigen, die hierzulande steuerrechtlich als «reich» gelten, hart arbeitende Unternehmer und Angestellte sind, die nicht grundlos vergleichsweise hohe Einkünfte erzielen. Auch wenn mancher Banker ein anderes Bild abgegeben hat: in der Realwirtschaft ist der Verdienst immer noch an Leistung, Verantwortung und Unternehmergeist geknüpft.» Und: «Diese Leistungsträger, ohne die kein (Sozial-)Staat zu machen ist, haben im politischen Diskurs aber kaum noch Fürsprecher.» Der Autor fügt noch an: Dass der Staat so hohe Schulden habe, das liege nicht an den zu geringen Steuereinnahmen: Der Staat sei «nicht unterfinanziert – er ist überambitioniert» Empörung rufe «hierzulande aber nur der mangelnde Sparwille Griechenlands hervor. Und natürlich die unerträglich niedrige Steuerlast der «Besserverdienenden»».

Der Kommentar «**Steueramnesie**» (22.9.2011) beschäftigt sich mit dem Fortgang der Verhandlungen mit der Schweiz. Bundesfinanzminister Schäuble habe ungeschickt gehandelt. Sicher wäre «eine stärkere Belastung der Steuerhinterzieher wünschenswert, aber ohne Einbindung der Schweizer Regierung kann dies nicht gelingen». Die These des Autors: Je länger nichts passiert, umso mehr Hinterzieher fallen mit ihren Kapitalerträgen unter die Verjährung.

Der Text «**Kriminelles Risiko**» (11.8.2011) kommt zu einem recht kritischen Befund bezüglich des Steuerabkommens mit der Schweiz: «Ehrliche Steuerzahler werden die Faust in der Tasche ballen: Ausgerechnet jene Steuerhinterzieher, die ihr Geld besonders hartnäckig in der Schweiz gebunkert haben, kommen nun anonym und zum Discount-Tarif davon. Und wer das kriminelle Risiko liebt, hat sogar noch Zeit, um es stattdessen in exotischere Weltgegenden zu verfrachten. Dennoch kann man die Bundesregierung für das nun geschlossene Abkommen nicht schelten. Mehr war in den jahrelangen Verhandlungen mit einem Land, das das Bankgeheimnis bisher kategorisch über die Steuerpflichten gestellt hat, kaum herauszuholen.» Es sollten sich die «Abgabensünder» jedoch auch in Singapur nicht sicher fühlen, denn «womöglich schließt Berlin irgendwann nicht nur mit Bern, sondern auch mit asiatischen Inselstaaten Abkommen zur Steuereintreibung».

Der Kommentar «**Steuer und Sühne**» (9.12.2010) beschäftigt sich mit dem Umgang mit Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern. Das Plädoyer des Autors: Es spreche nicht nur der Pragmatismus für «das Sonderrecht für Steuerstraftäter», «für eine gewisse Nachsicht mit reuigen Sündern». Nicht jede Hinterziehung entspringe «hartem Kalkül». Der Autor verweist noch auf folgenden Grund: «Eine Ursache für das Vergehen kann auch das komplexe Steuerrecht sein. Wer später klüger wird, sollte sich korrigieren dürfen. Die recht hohen Verzugszinsen sind dann Strafe genug.»

Der Text **«Nicht geschützt» (1.12.2010)** beschäftigt sich ebenfalls mit dem Ankauf «von Steuersünder-Daten». Der Spruch der Karlsruher Richter, es gehe hier «nicht um den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung», und die Reaktionen darauf trafen «wohl die mehrheitliche Stimmung im Land». Der Kommentator bezieht zu diesem Streit letztlich keine Position, endet mit den Worten so: «Abkommen mit (einstigen) Steuerparadies-Staaten mögen den Trend mildern. Andererseits gibt es auch weiterhin den Trend zur Steuerhinterziehung. Und da geht es nicht um peanuts.»

Der Text **«Wohltäter unter Verdacht» (14.8.2010)** beschäftigt sich mit einer Initiative von US-Milliardären, welche mindestens die Hälfte ihres Vermögens für gute Zwecke stiften wollen. Die Grundthese: «Der Staat ist nicht klüger als die Stifter, die ihr Geld nach eigenem Gutdünken verteilen.» Ziel des Textes ist es, diese Milliardäre gegen Verdächte zu verteidigen: Es stecke etwas dahinter, sie wollten nur «ihr System» retten, nur ihre Steuerlast senken. Zu letzterem merkt der Autor an: «Gewiss verwerflich. Obwohl es natürlich alle versuchen, die überhaupt Steuern zahlen.» Und sie versuchten, «durch Almosen ihre eigene Wirtschaftspraxis und krasse ökonomische Ungleichheit zu rechtfertigen».

Der Autor bezieht gegen «das Ressentiment gegen die Reichen» Position: «Wer sich die Mitgliederliste des Stifter-Clubs anschaut, dem begegnet eine bunte Versammlung. Die einen haben ihr Geld mit Finanzspekulationen gemacht, andere mit Auktionshäusern, Nachrichtenagenturen oder Pizza, wieder andere in der Chemie. Es sind Erben darunter, Leute, die aus ärmlichen Verhältnissen kamen, Witwen, Heuschrecken und ein Krebsforscher.

Wer wollte also sagen, zu welchen Anteilen jene Vermögen auf Glück, Arbeit, Ausbeutung, Intelligenz oder Familienzugehörigkeit beruhen?»

Der Autor wägt dann ab, ob «demokratisch verteilt» schon «gut verteilt» sei und besser sei als «privat verteilt». Er argumentiert: «Was übrigens auch für «privat verteilt» und «gut verteilt» gilt. Wer von vornherein dem Staat oder den Privatleuten mehr Rationalität zutraut, redet ideologisch. Das zeigt sich, wenn entweder der idealisierte Staat (gerecht, repräsentativ, transparent) mit dem empirischen Markt (rücksichtslos, renditegetrieben, ungleichheitserzeugend) verglichen wird oder umgekehrt der idealisierte Markt (effizient, unsubventioniert, konsumentengesteuert) mit dem empirischen Staat (bürokratisch, demoskopiegetrieben, verschwenderisch). Wie solche Vergleiche ausgehen, ist klar. Wie informativ sie sind, auch.»

Er schließt: «Im Grunde dokumentieren solche dahinfabulierten Moralpredigten ein Gesellschaftsbild, in dem das Weltgeschick auf einer Verabredung der Reichen beruht, das eigentlich Gute zu unterlassen. Wenn der Kapitalismus, den sie angeblich repräsentieren, nur wollte, könnte er alles zum Weltbesten einrichten. Und wenn der Wohlfahrtsstaat nur genug Geld hätte, nämlich das Geld der Kapitalisten, dann liefere es, was die Ungleichheit angeht, noch besser. Dafür spricht empirisch gar nichts, und schon Karl Marx war in diesen Punkten weiter. Aber an Empirie sind Moraldebatten wie diese ja auch gar nicht interessiert.»

Der Text **«Unter Freunden» (29.4.2010)** kommentiert das Thema «Steuersünderdaten», das Verhältnis zur Schweiz und skizziert wie die Bundesregierung gegen Steuerhinterziehung vorgehen solle: «Sie muss Täter verfolgen, also auch kriminelle «Datendiebe», das hat Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hervorgehoben. Aber natürlich auch die Steuerhinterzieher. Der Staat darf seinen Verfolgungsanspruch nicht aufgeben, den er auch sonst auf allen möglichen Feldern durchsetzt – auch dort notfalls mit Zahlungen aus einem «Reptilienfonds» für dubiose Quellen. Das ist ebenso Routine wie illegale Steuersparmodelle. Die Flut der Selbstanzeigen und die Höhe der Beträge (bis zu einer halben Milliarde Euro im Einzelfall) zeigen: Kleinkriminalität ist das nicht.»

Der Text **«Ruiniieren» (1.3.2010)** bezieht im Streit um den Ankauf von «Steuerhinterzieher-CDs» die folgende Position: «Der Staatskasse und dem Rechtsstaatsprinzip wäre besser gedient, wenn Berlin und Bern sich endlich auf ein neues Steuerabkommen verständigten, das beide Geschäftsmodelle ruinierte: das der Hinterziehung und das der Hehlerei.»

Der Kommentar **«Illegale Geschäfte» (27.2.2010)** beschäftigt sich mit der Frage, ob die baden-württembergische Landesregierung ebenso wie die nordrhein-westfälische illegale Steuerdaten ankaufen werde. Der Autor: Auf diese Weise dürfe der Staat Steuerhinterzieher

nicht überführen, so ärgerlich dies auch sei. «Dieses Opfer muss der Rechtsstaat bringen, will er nicht gegen seine Prinzipien verstoßen. Es bleibt die Hoffnung, dass ein besserer Informationsaustausch mit der Schweiz dieser Steuerhinterziehung und diesem Datenhandel die Luft abdrehen werden.»

Der Kommentar **«Lieber abrüsten» (23.2.2010)** beschäftigt sich mit der Frage, ob reuige Steuerhinterzieher unverändert von einer Strafe befreit werden sollten. Die Autorin ist dezidiert dafür: «Die geltende Rechtslage ist ein wichtiger Beitrag zum Steuerfrieden und damit zum gesellschaftlichen Frieden im Land. Sie ist ein Angebot zur Kooperation mit dem Fiskus, zur Deeskalation der heiklen Beziehungen zwischen den gerupften Steuerzahlern und ihrem stets mehr fordernden Staat. Das Entgegenkommen nutzt übrigens auch den öffentlichen Kassen: Denn allein durch das Aufrüsten gegen seine Steuerbürger kann ein freiheitlicher offener Staat seine Einnahmen nicht sichern.»

Der Text **«Denunziantentum» (6.2.2010)** befürchtet: «Der Handel mit geklauten Steuerdaten fängt nun erst richtig an. .... . Wie diese Zeitung erfahren hat, prüfen die Finanzbehörden schon intensiv weitere unmoralische Angebote.» Weiter: «Um weitere Steuerhinterzieher packen zu können, ist der Staat nun bereit, abermals mit Kriminellen zusammenzuarbeiten. Doch Geld allein macht auch einen Staat nicht glücklich. Der gute Zweck, Steuerhinterzieher im Namen der Gerechtigkeit zu stellen und zu verurteilen, erlaubt nicht jedes Mittel.» Es begannen sich, «die Werte zu verschieben». Und: «Der Staat ruft lockend: Wer will noch mal, wer hat noch nicht Informationen über seine Nachbarn verkauft? Und schon wird Vertrauensbruch in Unternehmen und Behörden zum lukrativen Geschäft – vermutlich weitgehend steuerfrei übrigen. Eine solche Entwicklung kann niemand wollen.»

Der Kommentar **«Der Staat als Händler» (3.2.2010)** befürchtet «eine Ausbreitung der Erosion an den Fundamenten des Rechtsstaats». Die Frage: «Darf der Rechtsstaat einfach die Augen verschließen, wenn ein krimineller Zuträger Geld für seine <Hehlerware> verlangt?» Die Position des Kommentators, die er sehr differenziert entwickelt: «Wenn die Steuerflucht das Ausmaß einer Völkerwanderung angenommen hat und eine erhebliche Schädigung der Volkswirtschaft vorliegt – dann verlangt das geeignete Gegenmaßnahmen, die womöglich auch den Einsatz des BND im Liechtenstein-Fall nicht von vornherein ungerechtfertigt erscheinen ließen.» Aber: «Es ist aber zu befürchten, dass sich – wenn dieses Verhalten üblich wird – eine Erosion an den Fundamenten des Rechtsstaats ausbreitet, die schon begonnen hat.» Der Autor beschäftigt sich weiter kritisch mit den Vereinbarungen, die getroffen werden, auch um «diskret und zügig» Steuerverfahren abzuschließen: «Kein Wunder, dass manchem der Groß-Steuersünder im Liechtenstein-Komplex das Unrecht ihrer Tat auch im Nachhinein gar nicht recht einleuchtet; für einen von ihnen stellte sich seine Steuerhinterziehung großen Stils allenfalls wie eine Ordnungswidrigkeit dar, wie er sagte.»

Solche Deals bevorzugten auch jene, die sich gute und teure Anwälte leisten können, vermutet der Autor. Er schließt: «Je mehr bei Justiz und Polizei gespart wird, desto eher muss auf zweifelhafte Methoden gesetzt werden. Je wirksamer diese Mittel sind, desto mehr werden die herkömmlichen vernachlässigt. Zu einer soliden Polizei- und Justizarbeit gehört eben eine ordentliche Ausstattung, auch der Finanzbehörden. Wo sie an Grenzen stoßen, ist die Politik gefragt, und zwar auch auf internationaler Ebene. Wenn der Kampf gegen Steuerflucht eine so wichtige Staatsaufgabe ist, dann kann der Handel mit Kriminellen nicht weitere internationale Anstrengungen ersetzen, gemeinsam mit den befreundeten Nachbarstaaten Schlupflöcher zu schließen.» Der Staat stehe «zu Recht unter Verfolgungszwang. Aber er sollte sich zunächst auf seine originären Instrumente besinnen. Auch damit kann man manche Festung schleifen».

Der Text **«Schäubles Zugriff» (2.2.2010)** geht von der These aus: «Merkel fürchtet den Vorwurf, Steuersünder lafenzulassen. Dafür nimmt sie Hehlerei in Kauf.»

Der Autor bezieht sich auf eine aktuelle Äußerung der Kanzlerin mit dem Inhalt, wenn die Daten relevant seien, seien sie auch von Bedeutung für die Steuerfahndung: «Mit Merkels Aussage ist die Preisfrage beantwortet, ob es etwas gibt, was die Bundeskanzlerin mehr fürchtet als den Vorwurf der Hehlerei: Sie fürchtet vor allem den Vorwurf, Steuerhinterzieher lafenzulassen, <Reiche>, die vermeintliche Klientel der schwarz-gelben Koalition, zu schonen.» Der Autor verweist auf die Stimmung: «Die wenigsten Menschen verstünden es, wenn der Staat

Steuerhinterzieher laufen ließe, falls er – so wie jetzt – die Chance erhält, sie zu überführen. Abstrakte Rechtsfragen sind für viele weniger wichtig.» Der Autor sieht zweierlei Maß: «Wenn Steuerhinterziehung die Größenordnung von Millionen erreicht, wird sie unpopulär. Das liegt wohl daran, dass solche Summen für die allermeisten unerreichbar sind. Dagegen sind Schummeleien in der Steuererklärung oder Arbeiten ohne Rechnung verbreitete Phänomene, über die nicht selten erstaunlich offen geredet wird. Das lässt darauf schließen, dass es in diesen Fällen ein vergleichbares Unrechtsbewusstsein nicht gibt.»

Eine Ursache für dieses Verhalten sei: «Der moderne Steuerstaat verlangt seinen Bürgern viel ab, vielfach zu viel. Wenn die Hälfte des Einkommens kassiert wird, wird die Bereitschaft, für das Ganze Verantwortung zu übernehmen, über Gebühr strapaziert. Dass es Zeiten in der Bundesrepublik gab, in denen die Steuerlast in der Spitze noch höher war, ändert daran wenig. Es gibt Belastungsgrenzen, die ein Gemeinwesen nicht überschreiten sollte.» So gebe es auch Schwarzarbeit und Steuervermeidung als Auswege. Der Autor schließt: «Der Wirtschaftsprüfer verzichtet auf einen Auftrag, weil der zusätzliche Ertrag in keinem Verhältnis zum Aufwand steht. So mancher Arbeitnehmer reagiert ähnlich, arbeitet vier statt fünf Tage, und stellt fest, dass der Unterschied netto gar nicht so groß ist. Im Ergebnis ist – zumindest der materielle – Wohlstand im Land geringer, als er sein könnte. Hier sollten Merkel und Schäuble durchaus handeln – mit Datendieben nicht.»

Der Text **«Verlockend» (1.2.2010)** beginnt: «Für nur 2,5 Millionen Euro erhält der Staat Daten mutmaßlicher Steuersünder, die mehr als 100 Millionen in seine leeren Kassen spülen könnten.» Wer könne da schon nein sagen. Zumal: «Es ist schließlich geradezu die Pflicht des Staates, Steuerflüchtlinge mit Nachdruck zu verfolgen, und zwar nicht nur die kleinen. Wer viel zu versteuern hat, hat oft auch mehr Möglichkeiten, seine Steuerpflicht zu mindern – legal, halblegal oder illegal –, aber keinen Anspruch auf Schonung.»

Jedoch: «Aufklärung um jeden Preis kann jedenfalls nicht das Ziel sein, das gilt für die Bekämpfung des Terrorismus ebenso wie für die Verfolgung von Steuerflüchtlingen. Rechtswidrig erlangten Daten und Hinweisen im Einzelfall nachzugehen ist allerdings das eine, Anstiftung oder Beihilfe zu Straftaten wäre das andere. Die staatliche Botschaft an Bankangestellte und Sammler von Daten – die offenbar überall leicht verfügbar sind – darf jedenfalls nicht lauten: Schnüffelt und kopiert, eine üppige Belohnung ist euch sicher. Dieses Geschäftsmodell könnte für den Staat bald teuer werden.»

Der Text **«Die flüchtigen Milliarden» (16.11.2009)** macht auf die negativen Folgen der Steuerfahndung aufmerksam: «Die Jagd nach großen und kleinen Betrügern zeitigt schon jetzt unerwünschte Folgen.» Der Autor sieht den folgenden Zusammenhang: «Viele Staaten versuchen mit gesteigertem Elan, ihrer Steuerflüchtlinge habhaft zu werden. Der Kampf gegen die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung bildet das Gegenstück zu den ausufernden Staatsausgaben im Sog der Finanzkrise.» Er meint jedoch, es gehe die angemessene Dimension verloren: «Deutsche haben im Ausland angeblich knapp 500 Milliarden Euro schwarz angelegt. Großzügig gerechnet, das heißt einschließlich Kapitalgewinnen mit fünf Prozent verzinst, ergeben sich bei 25 Prozent Abgeltungsteuer ungefähr sechs Milliarden hinterzogener Steuern im Jahr. Dies vergleicht sich mit einem geplanten Etatdefizit nur des Bundes von 86 Milliarden Euro im kommenden Jahr.»

Zudem ist er skeptisch gegenüber dem Verhalten der Politik: «Aber auch die Hochsteuerländer, die mit eisernem Besen durch die Steueroasen fegen, um in späteren Jahren mit umso größerem Nachdruck bei den Normalsterblichen die Milliarden ihrer Ausgabenorgie einzusammeln, sind nicht über jeden Zweifel erhaben.» Es gebe wegen des Drucks erheblich mehr Doppelbesteuerungsabkommen als zuvor. Mit einem automatischen Informationsaustausch solle auch schwarz erworbenes Vermögen gefunden werden, «ganz so, als sei die Bekämpfung der Schwarzarbeit nicht zuvörderst eine Angelegenheit der Staaten, in denen sie entsteht und etwa durch hohe Mehrwertsteuersätze und Sozialabgaben gefördert wird». Der Autor bezieht die Position: «Steuersünder haben zu Recht keine Lobby. Aber die Jagd nach großen und kleinen Betrügern zeitigt schon jetzt unerwünschte Folgen. Je wohlhabender jemand ist, desto rascher steht er unter dem Pauschalverdacht des Geldversteckens.» Es gehe noch weiter: «Und wer Steuersünder für das Wohl oder Wehe eines Staatshaushalts verantwortlich macht, stößt sich wohl bald auch an Fällen vermeintlichen Steuerdumpings, etwa bei Einkommen in Monaco. Bis zur Forderung nach vergleichbaren



Steuersätzen ist es dann nicht mehr weit, der Wettbewerb würde abgewürgt.»

Der Text **«Drohkulisse» (19.9.2009)** macht aufmerksam: «Deutschland feilt an seinem Folterwerkzeug gegen Steueroasen – oder gegen Bürger und Unternehmen, die dort aktiv sind. Ihnen drohen Sanktionen.» Nach genaueren Erläuterungen, um was es geht, schließt der Text: «Monaco, Liechtenstein und die Schweiz sind auf bestem Weg, sich von der grauen Liste zu verabschieden. Sie werden wohl bald dem deutschen Fiskus mehr Informationen geben. Steuerhinterziehern sollte das zu denken geben.»

Der Text **«Finanzsöldner» (10.09.2009)** beschäftigt sich mit der Verantwortung von Bankern, die auf die Auszahlung ihrer umstrittenen Boni beharren: «Wissen Boni-Banker und Absahner-Manager eigentlich, was sie anrichten?» Der Anlass des Kommentars: «Mehr als hundert Investmentbanker der Dresdner Bank wollen einen Bonustopf von insgesamt 400 Millionen Euro plündern. Diesen Betrag hat die Allianz, die Verkäuferin der Dresdner Bank, den Händlern als abenteuerlich hohe Halteprämie versprochen, bevor sie die ungeliebte Banktochter der Commerzbank angedreht hat.» Die Banker bestehen auf diesen Boni, obwohl sie nach Ansicht des Autor für die Milliardenverluste der Bank verantwortlich seien. «Zwar sind sie schuld daran, dass der deutsche Staat die Commerzbank mit Kapitalhilfen von rund 18 Milliarden Euro retten musste. Doch das schert sie nicht; die Ersten haben die Auszahlung von Boni schon vor Gericht erstritten. Das Verhalten der Söldnertruppe ist schamlos, es zeigt die Abgründe der Finanzbranche.» Das Leistungsprinzip sei so «ins Gegenteil verkehrt» und es handle sich um eine Pervertierung der Marktwirtschaft. Die Forderung: «Die Prinzipien der Marktwirtschaft müssen auch im Finanzgewerbe wieder gelten. Dazu gehört vor allem das Risiko des Scheiterns – eines Händlers wie der ganzen Bank.»

Der Text **«Die Internationale der Steuerfahnder» (24.8.2009)** geht von der These aus: «Geldbeschaffungssorgen der Regierungen zehren am Vertrauenskapital zwischen Staat und Bürger.» Der Autor sieht die Entwicklung skeptisch: «Der UBS-Kompromiss läutet den Beginn einer neuen Runde im Kampf gegen Steuerhinterzieher überall in der Welt ein. Dieser Kampf, den die Schuldenmeister unter den G-20-Staaten zu einem Herzensanliegen gemacht haben, dürfte zahlreiche Zäune niederreißen, die wenig mit Gesetzesverstößen, aber viel mit dem Schutz der Privatsphäre zu tun haben. Denn diese zählt nicht mehr viel.»

Der Status Quo könne doch reichen: «Das Einschwenken praktisch aller Staaten auf die OECD-Standards muss man nicht bedauern. Sie formulieren Verdachtsmomente, aber keinen Pauschalverdacht. Sie vertrauen vorderhand auf die Steuerehrlichkeit der Bürger und säen nicht das Misstrauen der Steuerhinterziehung als Regelfall.» Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch kehre jedoch die Beweislast zwischen Staat und Bürger um. Das sei jedoch nur ein Teil des Problems: «Der Kreis muss noch weiter gezogen werden. Hinter dem staatlichen Verlangen nach Steuerehrlichkeit, gegen das im Grundsatz niemand etwas haben kann, steht letztlich der Drang nach mehr Geld für die Staatskassen in dieser finanzpolitisch desolaten Zeit. Dies richtet sich gegen Gerechte und Ungerechte. Sie kann sich in einer verschärften Wegzugsbesteuerung von solchen Bürgern äußern, die das Recht wahrnehmen, zum Beispiel der deutschen Steuerhölle zu entfliehen. Sie zielt auf die Schwarzarbeit – auf den Universitätsprofessor, welcher das Honorar für einen Vortrag im Ausland unter den Tisch fallen lässt, und auf den Handwerker, der ohne Rechnung arbeitet. Die staatliche Geldbeschaffung kann aber auch an den Vermögenswerten ansetzen, die aus dem Land stammen: Aktien, Anleihen und Immobilien zum Beispiel. Der Autor präzisiert dann die Haltung des Steuerzahlers: «Die Staaten versuchen in immer stärkerem Maße, die Steuerehrlichkeit herbeizuzwingen. Dies verkennt die Wirklichkeit. Das Problem ist klar: Jede Zahlung an das Finanzamt stellt grundsätzlich ein Ärgernis dar, weil sie die Bürger direkt trifft, ihr Nutzen sich aber höchstens indirekt erschließt. Höhere Kontrollen erzeugen daher vermehrt Ausweichreaktionen, die Suche nach Steuerschlupflöchern und Steuersparmodellen als deutsche Volkssportdisziplinen legt davon Zeugnis ab. Am Ende stehen Aufwand und Kosten der Steueraktionen in keinem Verhältnis zum Ertrag. Die Bürger stehen in der Steuerpflicht unbeschadet dessen, für wie sinnvoll sie einzelne Abgaben erachten. Die Staaten wiederum müssen mit einem maßvollen und einfachen Steuersystem um die Ehrlichkeit ihrer Zahlungspflichtigen werben. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen immer wieder, dass dies ein Schlüsselement der regionalen Standortattraktivität darstellt. Zwang kann nur eine

unterstützende Maßnahme sein. Diese einfache Erkenntnis scheint aber in den Geldbeschaffungsorgien der Regierungen rund um die Welt unterzugehen. Sie zehren das Vertrauenskapital zwischen Staat und Bürger auf.»

Der Text **«Der Steuerfahnder» (8.5.2009)** beschäftigt sich mit der Rolle von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück: «Lustvoll gibt Peer Steinbrück den unbeugsamen obersten Steuerfahnder der Republik. Je empörter sich jene europäischen Nachbarländer zeigen, die der Bundesfinanzminister undifferenziert als Steuerfluchthelfer brandmarkt, desto besser für den sozialdemokratischen Wahlkampf.» Denn: «Das ‹Stopfen von Steuerschlupflöchern› der Wohlhabenderen ist seit je sozialdemokratisches Terrain, hier lassen sich klassenkämpferische Gerechtigkeitsparolen mit starken Fiskalinteressen aufs schönste verbinden. Ganz nebenbei lenkt das populistische Kämpfen um jeden Steuercent davon ab, dass die Staatsschulden in atemberaubendem Tempo wachsen. Auch wenn sich der jüngste Schuldenschub mit der Krisenbekämpfung entschuldigen lässt, muss der Legendenbildung vorgebeugt werden: Steinbrück hat in guten Jahren nur halbherzig auf sparsame Haushaltsführung gepocht. Doch die Erfahrung lehrt: Ins Lot kommen Staatsfinanzen nicht über die Steuerfahndung. Vielmehr braucht es ein wirtschafts- und bürgerfreundliches Steuerrecht – und den strikten Willen zur Ausgabenkontrolle.»

Der Text **«In Geiselhaft» (21.4.2009)** stellt kritisch in den Mittelpunkt, es gebe nun einen Gesetzentwurf zur Steuerhinterziehung, der Unternehmer und Bürger, die mit Partnern in Steueroasen zusammenarbeiten, unter anderem zu einer verstärkten Zusammenarbeit und Überprüfung unterwerfen könnten: «So wird der Bürger im Kampf gegen Steueroasen in Geiselhaft genommen, um den Druck auf unkooperative Staaten wie die Schweiz oder Liechtenstein zu erhöhen.»

Der Kommentar **«Listenplätze» (4.4.2009)** beschäftigt sich mit dem internationalen Kampf gegen Steuerhinterzieher und Steueroasen. Die Bilanz der Autorin: Nur sehr wenige Staaten verweigerten sich noch der Zusammenarbeit bei Steuerverfahren. Die schwarze Liste sei so gut wie verschwunden. Der Schluss der Autorin: «Glaubt man der Liste, hat sich das Steueroasenproblem also erledigt. Womit will der Bundesfinanzminister jetzt Wahlkampf machen?»

Der Text **«Auf Zumwinkels Burg» (14.03.2009)** beschäftigt sich mit dem Thema Steuergeheimnis und Steuerhinterziehung. Der Name Zumwinkel stehe «für den wohl größten Steuerskandal Deutschlands». Es wird alles sehr sachlich referiert, wenig kommentiert: die Art der Verhaftung, seine Strafe, das Vorgehen gegen «Steuerfluchtburgen». Die sehr sachliche Charakterisierung von Zumwinkel geht so: «Zumwinkel war nicht nur einer der einflussreichsten deutschen Manager, der durch Führung und Kontrolle der beiden ehemaligen Staatsunternehmen Post und Telekom wie kein Zweiter mit der deutschen Politik verflochten war. Er war auch einer der bestverdienenden, wie man heute sieht. Seine Pensionsansprüche hat ihm die Post auf einen Schlag ausbezahlt. Der Betrag von 20 Millionen Euro zeigt, dass die wahre Höhe der Gehälter von Managern nicht nur mit Grundgehalt und Bonus berechnet wird. Seine vertraglichen Ansprüche müssen ausbezahlt werden, der letzte Geschäftsbericht der Post weist sie aus. Heute sitzt Zumwinkel auf seiner Burg. Vor Gericht hat er sein Vermögen mit 13 Millionen Euro beziffert – samt Burg. Aber mit oder ohne Pension?»

Der Text **«Liechtenstein lenkt ein» (13.03.2009)** beschäftigt sich mit dem Thema Steuerhinterziehung: «Steuerflüchtlingen droht jetzt die Vertreibung aus dem Paradies. Zuletzt schwang Steinbrück die Peitsche vor allem gegen die Schweiz. Im Februar vergangenen Jahres, im Fall Zumwinkel, war es noch Liechtenstein. Und inzwischen macht die Weltgemeinschaft der G-20-Staaten erheblich Druck. Niederschmetternde Wirtschaftsdaten, ausufernde Staatsschulden und die Debatte über die Gehälter und die Moral von Managern haben den Blick für die Verstecke geschärft, in denen mit Milliardensummen ‹Steuroptimierung› betrieben wird.» Es wird knapp die Position der verschiedenen Staaten skizziert und der Kommentar schließt mit der skeptischen Anmerkung: «Der Ruf nach einem automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden wird lauter werden. Und am Ende dürfte dann der Wunsch nach dem Zugriff aller möglichen Behörden auf die Bankkonten stehen.»

Der Text **«Der Fluch der Boni» (17.02.2009)** beschäftigt sich mit dem Verhalten von Investmentbankern und der Rolle der Boni-Zahlungen. Die zentrale Frage: «Bereitet die Regierung tiefe Eingriffe in die Entscheidungsrechte von Eigentümern vor?»

Anlass ist der Streit um nach Ansicht des Autors sachlich nicht gerechtfertigte Boni-Zahlungen an Investment-Banker, die heute bei der Commerzbank sind. «Dieses Verhalten ist scham- und ehrlos, es offenbart die ethischen Abgründe der Branche. Solche Gehaltsexzesse in Banken wären ohne falsch konstruierte Anreizsysteme nicht möglich gewesen. Da haben Vorstände und Aufsichtsräte versagt und die Aufsichtsbehörden geschlafen.» Solche Anreize beförderten «das kurzatmige Geschäft», für deren hohe Risiken dann Aktionäre und Steuerzahler aufkommen müssten. «Mit jeder Bank, die in Amerika oder Europa gerettet wird, steigt die Wut der Steuerzahler. Der Zorn wächst weiter, wenn man sieht, mit welcher Kaltschnäuzigkeit weiterhin Boni gefordert und gezahlt werden. So haben New Yorker Wertpapierhäuser trotz Verlusten und Staatshilfe in Milliardenhöhe gerade Boni über 18 Milliarden Dollar ausgeschüttet.» Boni wirkten «wie Brandbeschleuniger», da sie die Gier anfachten. Sie seien jedoch «nicht die Auslöser der Krise. Wer heute auf die Zocker in den Handelssälen schimpft, trifft zwar auch die Richtigen, aber nicht die Hauptverantwortlichen. Der Ursprung der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Großen Depression des letzten Jahrhunderts liegt in den Vereinigten Staaten».

Im Kern beschäftigt sich der Autor dann mit der Frage, ob der Staat oder weiterhin die Aktionäre und deren Aufsichtsrat über die Vergütung von Managern entscheiden werden. «Der Grad der politischen Erregung könnte auf mehr hindeuten. Vielleicht bereitet die Regierung weitreichende Eingriffe in die Entscheidungsrechte von Eigentümern vor. Nach geltendem Aktiengesetz befindet im Auftrag der Aktionäre der Aufsichtsrat über die Gesamtbezüge des Vorstands, die in einem angemessenen Verhältnis zu den jeweiligen Aufgaben und der Lage der Gesellschaft stehen sollen. Will der Gesetzgeber diesen Ermessensspielraum eingrenzen? Soll der geplanten Enteignung von Bankaktionären der Eingriff in die Vertragsfreiheit folgen? Wird in der Krise auch dieser Pfeiler der Marktwirtschaft fallen?»

Der Text **«Keine Klassenjustiz» (27.01.2009)** vertritt die Position, Zumwinkel sei angemessen bestraft und nicht bevorzugt worden, habe er doch «anders als andere Manager, vor Gericht klipp und klar sein Unrecht eingestanden hat». Zudem sei er sozial geächtet und auch «Dealer» kämen in den Genuss von Absprachen mit der Justiz über das Strafmaß.

Und: «Um den Stab über die Managerkaste zu brechen, bietet der Fall Zumwinkel ebenfalls keinen Anlass. Sicher: Viele Gehälter sind astronomisch überhöht. Und die Fehlleistungen etlicher Unternehmensführer haben desaströse Konsequenzen, wie die Bankenkrise zeigt. Doch auch vielen anderen fällt es schwer, ihr Scherflein an den Fiskus abzuführen. Mogeleien bei Bewirtungsquittungen oder der Pendlerpauschale sind verbreitet. Je niedriger die Steuersätze sind und je überschaubarer das Steuerrecht, desto eher wird die eigene Steuerschuld akzeptiert. Die gegenwärtige Subventionsorgie verheißt aber leider für beide Ziele nichts Gutes.»

Der Text **«Großangriff auf Steuersünder» (9.12.2008)** geht von der These aus: «Steuersünder sind ganz normale Kriminelle. Das hat der Bundesgerichtshof klargestellt.»

Die Karlsruher Richter hätten mit der Unsitte aufgeräumt, «Steuersünder weit milder zu beurteilen als andere Wirtschaftskriminelle». Und: «Der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof hat in diesem Zusammenhang an die Pflichten eines jeden Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen erinnert. Stolz solle jeder sein auf die von ihm abgeführten Abgaben, statt sie am Fiskus vorbeizumogeln. Kirchhof mahnt die Politik freilich auch seit langem eindringlich, mit einem durchschaubaren Steuerrecht und niedrigen Tarifen die Steuermoral zu heben. Daran ist jedes Wort richtig. Doch Kriminologen wissen auch: Ohne eine realistische Drohung mit Entdeckung und Strafe gäbe es noch viel mehr Uneinsichtige, die zum eigenen Vorteil die Gesetze brechen.»

Der Text **«Näher am Gefängnis» (3.12.2008)** beschäftigt sich mit einem zeitlichen Zusammenspiel: «Eine Justizverschwörung muss niemand vermuten, einen objektiven Zusammenhang gibt es aber durchaus: Just an dem Tag, an dem der Bundesgerichtshof spürbar die Strafen für Steuerhinterziehung verschärfte, gab das Landgericht Bochum den

Verhandlungstermin gegen den ehemaligen Post-Chef Klaus Zumwinkel bekannt.»  
Der Autor wertet: «Steuersündern in Deutschland weht damit ein strengerer Wind ins Gesicht.»  
Und: «Die Bundesrichter haben nun zu Recht klargestellt, dass ein Schaden von 50 000 Euro nicht weniger schwer wiegt, wenn er nicht durch Betrug gegenüber einem Geschäftspartner, sondern gegenüber dem Finanzamt – und damit der Allgemeinheit – zustande gekommen ist.»  
Der Autor sieht folgenden Zusammenhang: «Steuersätze sollten möglichst niedrig liegen. Doch auf dieser Grundlage muss jeder nach seiner Leistungsfähigkeit seinen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Die Flucht davor ins Ausland, wie sie in manchen Kreisen als lässlich oder sogar schick gilt, ist keine <Notwehr>, sondern schlicht kriminell.»

Der Text «**Steinbrücks Evergreen**» (23.10.2008) unterstellt: «Angesichts der Milliarden für die Bankenrettung war es wohl zwangsläufig, dass sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück des Evergreens <Steueroasen> erinnerte – und wieder das Schweizer Bankgeheimnis aufspießt.» Auch Schweizer Behörden müssten Regeln einhalten. «Aber Steinbrück schert die nationale Souveränität wenig, wenn es darum geht, Geld für einen Etat einzutreiben, der in neue Riesenschulden läuft.» Mit Hilfe der <schwarzen Liste> der OECD wolle er gläserne Verhältnisse.

Der Text «**25 für 80**» (26.8.2008) konstatiert: «Ein Viertel der Steuerpflichtigen zahlt vier Fünftel der Lohn- und Einkommensteuer. Das Statistische Bundesamt bestätigt den Befund des Armutsberichts der Bundesregierung, dass in Deutschland die Umverteilung über das Steuersystem funktioniert. Wer monatlich mehr als 3125 Euro verdient, zählt zur besserverdienenden Minderheit. Dieser überschaubare Kreis der Leistungsträger finanziert den deutschen Sozialstaat, führt selbst kein Luxusleben, strengt sich täglich an und stellt am Ende eines jeden Monats fest, dass sich Leistung in diesem Land kaum noch lohnt. Doch darum scheren sich die Umverteiler unter den Politikern nicht. Unter Führung der Linken wird laut die angeblich große soziale Schieflage beklagt, um die Leistungsträger noch stärker zu schröpfen. Weil die in der Minderheit sind, haben sie auch von den anderen Parteien nicht viel zu erwarten.»

Der Kommentar «**Langer Marsch**» (30.07.2008) dreht sich «um den größten Schmiergeldskandal der deutschen Wirtschaftsgeschichte: 1,3 Milliarden Euro sind aus dem Hause Siemens in dunklen Kanälen verschwunden». Sehr sachlich wird das Geschehen weniger kommentiert, denn dargestellt, ohne nennenswerte Wertungen: «Tatsächlich aber haben die 770 Millionen Euro, die Siemens schon für die Untersuchungen ausgegeben hat, bisher kaum etwas Greifbares gebracht. Für das viele Geld erhält der Beobachter vorerst nur einen tiefen Einblick in die menschlichen Abgründe der deutschen Managerelite. Siemens sollte nun alles tun, um mit den amerikanischen Behörden so schnell wie möglich einen Vergleich zu schließen.»

Der Text «**Ich war es nicht**» (30.05.2008) beschäftigt sich mit der Bereitschaft von Managern, Verantwortung zu übernehmen. Ich war es nicht, das würden die meisten Manager sagen, ob sie nun Rieke, Obermann, Kleinfeld, von Pierer oder Zumwinkel hießen. «So kann es nicht weitergehen. Welcher der beteiligten Herren mag zuerst aufstehen und für die offensichtlichen Rechtsverstöße, sei es im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre bei Siemens oder mit den Spitzelvorwürfen bei der Telekom und bei Lidl, die Verantwortung übernehmen? Es glaubt doch ohnehin kein Mensch, dass alle Vorgänge vollkommen selbständig, gleichsam naturwüchsig im Apparat der großen Konzerne ihre inakzeptable und gesetzesbrecherische Dynamik entfaltet haben.» Das mache jedoch keiner: «Tatsächlich aber verstecken sich die Manager wie ungezogene Kinder und schicken ihre Anwälte oder Sprecher vor. Das ist feige.»

### **1.3 Reichtum von Organisationen (Kapital/Unternehmen, Finanzindustrie)**

Es gibt keine Texte, die sich mit den Gewinnen und dem Reichtum von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen jeglicher Art oder von Stiftungen und deren Arbeit, Macht und Einfluss beschäftigen.

## 2 BESTANDSAUFNAHME STAAT

### 2.1 Staatsschulden

Der Text **«Wurzeln öffentlicher Armut» (17.10.2012)** geht von der These aus: «Die Verschuldung von mehr als 2 Billionen Euro engt den Handlungsspielraum empfindlich ein.»

Der Autor sieht die folgende Ursache: «Die öffentliche Armut ist nicht, wie oft behauptet, ein Einnahmenproblem. Die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuern und Abgaben steigen von Jahr zu Jahr sprunghaft an. Aber die Gier von Politikern aus nahezu allen Parteien nach immer großzügigeren finanziellen Leistungen aus öffentlichen Kassen kennt keine Grenzen.» Das heisst: «Die öffentliche Hand lebt über ihre Verhältnisse.» Es gibt eigentlich nur eine wirksame Korrekturmöglichkeit: «Erst steigende Schuldzinsen als Warnsignale der Kapitalmärkte führen zur Besinnung, freilich auch zur Suche nach Schlupflöchern.» Der Autor beschreibt ausführlich, was sich «ausgabenfreudige Politiker» alles einfallen lassen, um den «finanzpolitische(n) Schlendrian straflos» fortzusetzen.

Die Politik mache sich über die Folgen keine Gedanken: «Die mittelbaren gesamtwirtschaftlichen Folgen einer solchen Politik werden ausgeblendet. Wird der konsumtive Staatsanteil am Sozialprodukt ausgeweitet, so schrumpft der Anteil der investiven privaten Verwendung. <Reiche> zu schröpfen stößt zwar auf breite Zustimmung. Aber die <Reichen> sind zum überwiegenden Anteil Unternehmer und Investoren, die neue Ideen auf Märkten testen und neue international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen. Wird diese schmale Bevölkerungsschicht vergrault, so werden auch vorhandene Arbeitsplätze gefährdet. Die Folgen werden auch jene Wählerschichten erreichen, die den Klassenkampfparolen aufgefressen sind.»

«Umverteilungsfreudige Politiker» folgten einem «einfachen Denkschema: Wo gibt es noch private Armut, die mit Staatsleistungen gelindert werden kann». Der Autor ist der Meinung, dass sich die öffentliche Hand wie ein privater Haushalt verhalten müsse: «Jeder private Haushalt muss unter vielen Wünschen diejenigen auswählen, die mit den verfügbaren Mitteln finanziert werden können. Diese privatwirtschaftlichen Regeln müssen im Grundsatz auch für die öffentliche Hand gelten.» Sein Schluss: «Öffentliche Armut ist selbstverschuldet. Die Fehler der Vergangenheit, für die die Steuerzahler heute und künftig bluten müssen, dürfen nicht weiter begangen werden. Eine wachstumsfördernde Politik, die Investoren nicht bestraft, Arbeitslosigkeit vermindert und Sozialausgaben sparen hilft, ist der beste Weg, die öffentlichen Kassen ohne neue Steuerlasten noch reichlicher als bisher zu füllen und die öffentliche Armut zu überwinden.»

Der Text **«Kulturrevolution Schuldenbremse» (29.03.2012)** beschäftigt sich mit Maßnahmen gegen die Staatsschulden in Deutschland und Europa.

Der Autor illustriert eingangs die Lage mit einem anschaulichen Beispiel: «In Thüringen sind mehr als hundert Brücken gesperrt worden. Der Staat hatte kein Geld für die Reparatur. Der Grund ist so einfach wie hausgemacht: Die neue Schuldenbremse verpflichtet die Länder und den Bund zu großen Anstrengungen. Das ist aller Ehren wehrt. Eine andere, offenbar veraltete Schuldenbremse gibt es im Grundgesetz freilich schon seit Jahrzehnten. Sie wurde nur nicht straff genug betätigt. Seit der Finanzreform Ende der sechziger Jahre sind durchgehend immer mehr Schulden angehäuft worden. Dabei sah das damals geschaffene Konzept vor: Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten... .» Doch «insbesondere mit dem Ausbau des Sozialstaats stieg die Verschuldung, weil Investitionen nur noch aus Krediten, nicht mehr aus laufenden Einnahmen bezahlt wurden». Nun wollten sich die meisten Länder in der EU diese Schuldenbremse auch «auferlegen». Dieser Versuch komme einer «Kulturrevolution» gleich. Völkerrechtlich könne dies nicht durchgesetzt werden, aber der Pakt sei trotzdem «mehr als ein Symbol». Doch selbst wenn das Schuldenmachen «zur europäischen Identität» gehöre: «Für Deutschland und sein Wohlergehen sind die deutschen Verfassungsorgane verantwortlich. Vor Weimarer Verhältnissen wurde schon 1967 gewarnt: Die Große Koalition hatte das Grundgesetz wegen einer Deckungslücke im Haushalt geändert: Es ging um vier Milliarden Mark.»

Der Text **«Die Schuldenkrise vor der Haustür» (23.01.2012)** beschäftigt sich mit den

Staatsschulden auf verschiedenen Ebenen: «Vor kurzem verweigerte eine Bank einer Stadt den Kredit. Nicht typisch, aber Anlass zum Umdenken.» Denn: «Immer mehr Städte sind überschuldet, das gilt nicht nur für das Ruhrgebiet: Sie können keine ordentlichen Haushalte mehr aufstellen, sie benötigen Hilfe von außen.» Der Autor nennt folgende Gründe für die weit verbreitete Überschuldung von Kommunen: «Die Ursachen sind so vielfältig wie das Leben: Strukturwandel, Abhängigkeiten vom Bund und vom Land, Selbstüberschätzung, Misswirtschaft.» Die Kommunen können nur wenig über die eigenen Einnahmen entscheiden und sie «leiden auch unter steigenden Sozialausgaben, die sie ebenfalls kaum beeinflussen können». Die Bundesregierung habe einiges unternommen, um die Kommunen zu entlasten. Aber zudem müssten alle sparen, «auch wenn dies schmerzhafteste Einschnitte erfordert, führt daran kein Weg vorbei. Sonst werden diejenigen bestraft, die sparsam wirtschaften».

Ausführlich geht der Text **«Das Gift und das Gegenmittel» (4.7.2011)** auf das Thema Staatsschulden ein: «Die Politik kann nicht mehr so viel ausgeben, wie sie will.»

Der Autor lobt die Einführung der Schuldenbremse: «Deutschland ist auf Entzug. Das Land befreit sich vom süßen Gift der Verschuldung.» Das wesentliche Argument des Autors: «Mit Schulden macht man sich abhängig. Allein der Bund muss jedes Jahr rund 300 Milliarden Euro aufnehmen, um alte Kredite durch neue zu ersetzen und die zusätzlichen Löcher im Haushalt zu schließen.» Griechenland zeige, «was passiert, wenn die Finanzmärkte das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen verlieren». Der Autor sieht im Fall Griechenland viele Schuldige: «Schuld an der Entwicklung sind alle: die populistischen Regierungen, die dankbaren Wähler, die blinden Finanzmarktakteure, die wegschauenden Partner in Europa.» Schuldenmachen ist für den Autor ein allgemeines Verhalten von Regierenden, unabhängig von der Staatsform: «Ob Könige, Diktatoren oder Demokraten: die Regierenden haben zu allen Zeiten liebend gerne mehr ausgegeben, als sie ihren Bürgern offen abverlangen konnten oder wollten.» So kann die Entwicklung in Deutschland nicht überraschen: «Reichlich haben die diversen Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten von Krediten Gebrauch gemacht. Obwohl Wohlstand und Steueraufkommen wuchsen, stieg die Staatsschuld. Die keynesianische Empfehlung, in der Krise mit Defiziten des Staates gegenzusteuern, wurde zur Regel gemacht. Das Versprechen lautete: Wer Schulden macht, schafft Wachstum. Doch das Gegenteil geschah. Die Wirtschaft ist tendenziell immer weniger gewachsen.»

Der Autor benennt das Ziel so: «Der Übergang in eine Haushaltswelt ohne eine munter wachsende Verschuldung ist nicht schmerzfrei, aber unvermeidlich.»

Der Text **«Tausend Milliarden Euro» (24.6.2011)** beschäftigt sich mit der Frage, was aus Sicht des Autors der Kern der Euro-Krise ist. Warum stürze ein so kleines Land wie Griechenland eine «Weltmacht wie die Europäische Union in eine Existenzkrise»? Seine Antwort: «Die eigentliche Bedrohung, die vom griechischen Schuldenvirus ausgeht, ist die Furcht vor der Ansteckung – in der Währungsunion und darüber hinaus. In fast allen Euro-Staaten sind die Staatsfinanzen in einem desolaten Zustand.» Weiter: «Es gibt nur schmerzhafteste Auswege aus der Schuldenkrise. Wer verhindern will, dass die Schuldeninfektion sich langsam, aber sicher von einem Land zum nächsten wie ein Wundbrand durch die geschwächten Euroländer frisst, der muss den Infektionsherd isolieren oder entfernen.» Als Maßnahmen kämen je nach Nation Schuldenschnitte und Abwertungen in Frage.

Der Text **«Aufs Dach steigen» (4.05.2011)** kommentiert das Klagen der Kommunen über ihren drohenden Ruin. Der Rat des Autors an den Deutschen Städtetag: «Genauso wird es Bund und Ländern ergehen, wenn sie die Kommunen weiter aushungern, um ihre eigenen Haushalte zu sanieren: Die Bürger, die ihre Steuergelder vor allem ortsnah angelegt sehen wollen, werden der Politik in den Hauptstädten aufs Dach steigen.» Deshalb sollten sich die kommunalen Mandatsträgern «mit ihren Sorgen gleich an die zu wenden, von denen sie ihre Mandate haben...»

In dem Text **«100 000 Euro Schuld» (21.12.2010)** wird auf den eigentlichen Umfang der Staatsverschuldung eingegangen und zwei Dimensionen von Gerechtigkeit gegeneinander gestellt. Der Autor vergleicht zwei Debatten: «In der Debatte über soziale Gerechtigkeit darf über die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich oder um fünf Euro mehr für Hartz-IV-Empfänger gestritten werden. Wer jedoch die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den

Generationen stellt, wird in die politisch unkorrekte Ecke gestellt. Die Älteren haben Schulden von 1,8 Billionen Euro für Bund, Länder und Gemeinden aufgetürmt. Werden die Jüngeren irgendwann fragen, warum sie diese Schulden bedienen sollen?» Zu dieser offenen Verschuldung rolle auf die Jungen jedoch noch «eine riesige Welle finanzieller Pflichten aus zugesagten Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu. Zudem müssen sie gewaltige Lasten aus der Beamtenversorgung schultern. Diese <verdeckte> Staatsschuld ist mit 6,2 Billionen Euro viel höher als die offene Verschuldung. Insgesamt hat das Land – noch ohne Euro-Garantien – 8 Billionen Euro Schulden und Verpflichtungen. Das ist schrecklich viel, wie folgende Umrechnung pro Kopf zeigt: Jedes Neugeborene beginnt in Deutschland sein Leben mit 100 000 Euro Schulden.»

Der Text **«Kinder und Enkel» (26.6.2010)** wendet sich gegen «wieder aufkommende Steuersenkungsträumerei der FDP» und stützt die Kanzlerin, welche die Neuverschuldung auf Dauer niedriger halten wolle. «Solange Deutschland nicht nur alte Schulden hat, sondern der Staatshaushalt ohne neue, zusätzliche Schulden nicht finanziert werden kann, ist der Ruf nach geringeren Steuern nicht zu rechtfertigen.»

Der Text **«Apfelbaum» (7.6.2010)** beschäftigt sich erst mit dem allgemeinen Zustand der Koalitionsregierung, dann mit dem Thema Verschuldung: «Union und FDP haben sich verabredet, zehn Milliarden Euro im Jahr weniger auszugeben – nicht aus Rücksicht auf die Turbulenzen in der Eurozone, sondern unter dem Zwang der Schuldenbremse in der Verfassung.» Damit sei jedoch kein Abbau von Schulden verbunden. Dafür habe die Bundesregierung «einfach kein Geld». Es folgt dann die recht markante Begründung für den nicht vollzogenen Schuldenabbau: «Die Bürger wollen lieber an den Zinsen teilhaben, die der Staat für seine Schuldverschreibungen zu zahlen bereit oder gezwungen ist, als mehr Geld zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zur Verfügung zu stellen. Das war die Mentalität, die der FDP ihren größten Wahlerfolg bescherte. Die Blase ist wegen Übertreibung zwar geplatzt, aber die Haltung der Bevölkerung hat sich (noch) nicht grundlegend gewandelt.»

Der Text **«Kreditblase Teil II» (19.12.2009)** kritisiert im Grundsatz das «Wachstumsbeschleunigungsgesetz», mit dem «nicht das Wachstum, sondern nur die Verschuldung beschleunigt wird». Der Autor rät zum Gegenteil: «Nun, da der staatlich verordnete Aufschwung kommt, müssten eigentlich die Staatsausgaben rasch wieder gekürzt werden. Das forderte auch der Ökonom John Maynard Keynes nach der ersten Weltwirtschaftskrise, weil dauerhafte Staatsschulden ein Unglück seien.»

Der Kommentar **«Schulden für die Konjunktur» (16.12.2008)** stellt gleich zu Beginn das Junktum auf: «Das Konjunkturpaket II darf es nur mit einer echten Schuldenbremse im Grundgesetz geben.» Die Lage in der Wirtschaft sei kritisch, das sei richtig, «und sie wird noch viel schlechter im kommenden Jahr werden». So sei das Thema für das Wahljahr 2009 gesetzt: «Weil die Regierung nicht politischen Selbstmord begehen will, bereitet die große Koalition ein zweites Konjunkturpaket vor ... .» Dafür würden jedoch gewaltige Schulden gemacht werden müssen. Insbesondere beim zweiten Paket setze die Regierung nicht auf Steuerentlastungen, sondern «auf steigende Staatsausgaben, es ist durchdrungen von der Geringschätzung der persönlichen Freiheit». Für diese Umverteilung «werden wieder die Leistungsträger der Gesellschaft bezahlen, die Facharbeiter und Angestellten der Mittelschicht, die mit ihren Kindern für die steigenden Staatsschulden haften. Die Financiers des deutschen Sozialstaats sollten als Gegenleistung eine echte Schuldenbremse im Grundgesetz erhalten».

Noch **viele weitere Texte** beschäftigen sich mit den bereits erwähnten Argumenten und aus der bekannten Perspektive wenigstens im Kern oder in Gänze mit dem Thema Staatsschulden. Im Anschluss gibt es eine größere Auswahl. Auch bei ihr wurden Texte, die sich mit der Finanzsituation und den Staatsschulden in einzelnen Bundesländern und/oder einzelnen EU-Staaten nicht berücksichtigt. Auch die zahllosen Kommentare, die sich auf Basis der Grundinterpretation, bei der Finanzmarkt-, Euro- und Bankenkrise handle es sich um eine Staatsschulden-Krise, mit Grundsätzen und Details des EU-Krisenmanagements – Stichworte unter anderem: Euro-Bonds, Schuldenschnitte, Schuldengemeinschaft etc. – beschäftigen, werden ebenfalls nicht berücksichtigt. Die kommen noch hinzu.

Hier nun eine Auswahl von Texten mit ihren Überschriften:

«**Zähler und Nenner**» (16.10.2012), «**Schäuble erspart sich das Sparen**» (12.9.2012), «**Schäubles Achterbahn**» (17.03.2012), «**Soli-Sanktion**» (07.02.2012), «**Die Schuldenkrise vor der Haustür**» (23.1.2012), «**Schulden für die Familie**» (31.12.2011), «**Hinterm Horizont**» (20.10.2011), «**Gefahr im Verzug**» (14.09.2011), «**Nicht über jedes Stöckchen**» (29.8.2011), «**Zeit zum Aufwachen**» (15.07.2011), «**Zwang zum Handeln**» (8.7.2011), «**Schuldentilgung**» (7.9.2010), «**Feinheiten**» (17.8.2010), «**Kratzer am europäischen Modell**» (7.8.2010), «**Defizit-Trickserei**» (5.7.2010), «**Im Schuldensumpf**» (2.6.2010), «**Selbstbezogenheit**» (22.5.2010), «**Bis alle Schwaben sind**» (20.5.2010), «**Notwendige Kürzungen**» (17.05.2010), «**In der Schuldengemeinschaft**» (15.5.2010), «**Blockiert**» (12.5.2010), «**Der letzte Verbündete**» (11.5.2010), «**Der Euro als Weichwährung**» (10.5.2010), «**Weniger Potential**» (16.4.2010), «**Teufelskreis Schulden**» (20.3.2010), «**Unter Blinden**» (6.3.2010), «**Für die Sparliste**» (15.01.2010), «**Die Sparliste**» (13.1.2010), «**Schicksalsjahr 2010**» (30.12.2009), «**Bestenfalls lernfähig**» (23.12.2009), «**100 000 000 000 Euro**» (11.12.2009), «**Die Sorgen des Rats**» (13.11.2009), «**Merkels Wette**» (11.11.2009), «**Auf tönernen Füßen**» (26.10.2009), «**Bildstörungen**» (23.10.2009), «**Um den heißen Schuldenbrei**» (30.7.2009), «**Alte und neue Not**» (25.6.2009), «**Das wird teuer**» (20.6.2009), «**Die Selbstfesselung**» (13.6.2009), «**Heilsame Krise**» (30.5.2009), «**Kluge Grenzen**» (30.5.2009), «**Schuldenkönig**» (22.5.2009), «**Die erste Rechnung**» (15.5.2009), «**Wuchernder Staatsanteil**» (29.4.2009), «**Ausgeburt der Krise**» (28.3.2009), «**Zentralismus im Föderalismus**» (7.3.2009), «**Zwischen Schuldenstaat und Weichwährung**» (3.3.2009), «**Allenfalls in Karlsruhe**» (14.2.2009), «**Schuldenbegrenzung**» (7.2.2009), «**Ein Schuldenpakt mit Löchern**» (7.2.2009), «**Politik im Defizit**» (27.1.2009), «**Der Staatsaufschwung**» (14.1.2009), «**Rettung vor den Rettern**» (12.1.2009), «**Schuld und Sünde**» (6.1.2009), «**Alte Fährte**» (30.12.2008), «**Seehofer gibt Gas**» (11.12.2008), «**In der Vertrauensfalle**» (29.11.2008), «**Steinbrücks Schuld**» (22.11.2008), «**Auf Wiedervorlage**» (21.11.2008), «**Im Schatten der Finanzkrise**» (15.10.2008), «**Das Versprechen**» (17.09.2008), «**Im Schneckentempo**» (24.6.2008), «**Ungenügend**» (24.6.2008), «**Parole 2011**» (9.6.2008), «**Auf dem Gaspedal**» (7.6.2008).

## **2.2 öffentliche Armut (Infrastruktur+Daseinsvorsorge)**

Der Text «**Raubbau an der Infrastruktur**» (11.11.2011) weist auf Mängel in der öffentlichen Infrastruktur hin: «Es wird an den falschen Stellen gespart. Später ist die Belastung der öffentlichen Etats umso größer.» Die Finanzlage beschreibt der Autor so: «Um die Zukunft der öffentlichen Finanzen sieht es viel finsterner aus als gemeinhin angenommen. Wenn gesetzlich schon festgelegte künftige Zahlungsverpflichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden berücksichtigt werden, liegt die Schuldenquote jetzt schon höher als 80 Prozent – und damit weit über den nach europäischen Normen zulässigen 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Noch dramatischer fällt die Schuldenbilanz aus, wenn einbezogen wird, dass alle Gebietskörperschaften wegen der Vernachlässigung dringend erforderlicher Investitionen in großem Stil auf Pump leben.» Er fordert eine «Kehrtwende zu Lasten konsumtiver Ausgaben und zugunsten deutlich steigender investiver Anstrengungen». Denn es gebe zusätzlich zu allen Belastungen einen «Raubbau an der öffentlichen Infrastruktur». Beispiel: «Die Abwassernetze in vielen Großstädten» müssten ebenso erneuert werden wie ein Großteil des Schienen- und Straßennetzes. Dieser Zustand rufe jetzt erhöhte Kosten und weitere Schäden hervor und die Wiederherstellung werde umso teurer, je später sie erfolge. Der Autor benennt dann auch die Gründe für dieses Versagen: «Die Ursachen für den öffentlichen Schuldensumpf sind leicht auszumachen. Für Politiker ist das Verteilen sozialer Wohltaten auf Pump, also zu Lasten kommender Generationen, wegen der sofort wählerwirksamen Auswirkungen verführerisch. Widerstand regt sich kaum, auch deswegen, weil aktuell niemand für die Finanzierung der Ausgaben aufkommen muss. Infrastrukturinvestitionen haben demgegenüber erst langfristig positive Wirkungen. Politiker denken fast durchweg in Wahlperioden und nicht an das langfristige Wohl des Gemeinwesens.» Politiker und Wähler müssten umdenken.



Der Text **«Lauter Löcher» (12.1.2011)** geht von der Feststellung aus: ««Bildung statt Beton» lautet die Maxime. Doch die Vernachlässigung der Infrastruktur rächt sich.»

Die öffentliche Infrastruktur werde «auf Verschleiß genutzt», dies gelte für den Bahn- wie für den Straßenverkehr. Da der Bund zu wenig Geld zur Verfügung stelle, um die Substanz zu erhalten und zu pflegen, gebe es die beiden Möglichkeiten, die Ansprüche zu verringern oder Steuerzahlern und/oder Nutzern mehr Geld abzuverlangen. Beides werde «die Politik nicht guten Gewissens verlangen können, zumal sich die Parteien, wie die Hartz-IV-Debatte zeigt, vorrangig weiter der Umverteilung ins Soziale verschrieben haben». Der Schluss: «Da bleibt nur die Mobilisierung privaten Kapitals für Schiene und Straße.» Da zeigten sich auch «ermutigende Ansätze, Effizienz- und Kostendruck scheinen sich zugunsten der Nutzer auszuzahlen». Und: «Wenn es taut, sollten die zurückgestellten Privatisierungsdebatten mit neuem Leben erfüllt werden.»

In dem Text **«Das alte Lied» (06.05.2009)** wird beklagt: «Die Entmündigung der Kommunen schlägt auf den Gesamtstaat zurück.» Es gehe um «die Moritat vom Niedergang der Selbstverwaltung, von erdrückenden Schulden und gesetzlichen Fesseln, die den Städten jede Bewegungsfreiheit nehmen. In weiteren Strophen handelt sie vom Versiegen der Einnahmequellen und der personellen Ressourcen. Und stimmt das etwa nicht?» Es werde oft «vorbeugend geklagt», meint der Autor, und oft sei eben «die Not der Städte nur das Spiegelbild gesamtstaatlicher Nöte, hervorgerufen etwa von vereinigungsbedingten Sonderlasten, von Konjunkturkrisen oder zuletzt von der Unternehmensteuerreform der rot-grünen Bundesregierung».

Der Autor vertritt die These, dass viele Klagen der Kommunen berechtigt seien, dass sie jedoch auch Verantwortung scheuten und gerne diese abschoben an Land und Bund. Um die kommunalen Finanzen zu erhöhen, könne an die Erhöhung der Grundsteuer gedacht werden, so dass auch die Mieter zur Finanzierung des kommunalen Gemeinwesens herangezogen würden. Der Autor klagt, die deutsche Politik rede in Europa gerne von Subsidiarität, beachte diese jedoch im eigenen Lande nicht: «Während Gemeinden und Kreise zu Vollzugsagenturen staatlicher Auftragsverwaltung degenerierten, wurden aus Stadtoberräten, welche die Interessen der Bürger vertraten, Vorstandsvorsitzende des «Konzerns Stadt». Verlorengegangen sind dabei nicht nur demokratische Teilhaberechte, sondern auch Bürgersinn und Kreativität.»

Der Text **«Den Substanzverzehr bremsen» (18.2.2009)** geht von der These aus: «Der Raubbau an der öffentlichen Infrastruktur belastet die künftigen Steuerzahler.»

Der Autor beschreibt das Problem so: «Schulen und Krankenhäuser, Kindergärten und Sportanlagen, Verwaltungsgebäude und Universitäten, Straßennetze, Schienenwege und Abwasseranlagen – überall zeigen sich zunehmend schwere Mängel, die auf unterlassene Instandsetzung, Unterhaltung und Erneuerung zurückzuführen sind. Früher oder später ist die öffentliche Hand zu teurer Sanierung gezwungen.» Er unterstellt der Politik: «Öffentliche Ausgaben, die rasch spürbare Vorteile bewirken, hatten bisher Vorrang vor dem sich langfristig auszahlenden pfleglichen Umgang mit der Substanz des öffentlichen Vermögens.» Wegen des aktuellen Konjunkturprogrammes «entdecken vor allem Länder und Gemeinden plötzlich, dass nahezu überall die Instandsetzung versäumt worden ist und dringend Abhilfe geschaffen werden muss. Die jetzt bereitgestellten zweistelligen Milliardenbeträge entsprechen jedoch nur einem kleinen Teil dessen, was an Substanzverzehr ausgewiesen werden müsste». Und: «Über die Folgen solcher Fehler wird nicht einmal nachgedacht.»

In vorsichtigen Formulierungen wägt der Autor dann das Thema Staatsverschuldung und Qualität öffentlicher Infrastruktur ab: «Die Sorgen über Tempo und Ausmaß der öffentlichen Neuverschuldung sind ohne Zweifel berechtigt. Soweit der Substanzverzehr mit der Aufnahme von Krediten aufgehalten und sogar vermindert wird, ist freilich anzumerken, dass die Belastung der Steuerzahler in der überschaubaren Zukunft nicht steigt. Was heute den Raubbau an öffentlichem Vermögen – schuldenfinanziert – verhindert, entlastet mindestens in gleichem Umfang künftige öffentliche Haushalte.» Da Konjunkturpakete nur punktuell helfen, stelle sich die Frage, «wie Bund, Länder und Gemeinden künftig den ständigen Raubbau an öffentlichem Vermögen vermeiden werden». Denn: «Es ist nicht nur die enorme monetäre Verschuldung, die künftig die Steuerzahler drücken wird. Die realwirtschaftlichen Belastungen in Form des unterlassenen Vermögenserhalts treten hinzu.» Und: «Denn der Raubbau an der öffentlichen Infrastruktur belastet in gleicher Weise die künftigen Steuerzahler wie

kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben.» Ziel müsse es deshalb sein, öffentliche Ausgaben umzuschichten: «weniger Konsumausgaben und mehr Mittel für Investitionen. Unter Politikern gibt es hierfür breite Zustimmung. Aber die Taten bleiben aus». Der Autor zieht den Schluss: «Bremsen für den Substanzverzehr sind auch deswegen dringlich, weil das Unterlassen laufender Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf eine gigantische und vermeidbare Verschwendung öffentlicher Mittel hinausläuft. ... Das kurzfristige, die künftigen Belastungen des Gemeinwesens ausblendende Denken muss überwunden werden.»

### 3 AUSWIRKUNGEN VON ARMUT UND REICHTUM AUF GESELLSCHAFT/BÜRGER

#### 3.1 soziale Klüfte/neue Schichten+Klassen - national/international

##### a) national

Der von dem thematisch verantwortlichen Herausgeber geschriebene Leitartikel **«Arme Arbeiter, reiche Beamte» (1.10.2012)** hat offensichtlich eine Positionierung im Grundsatz zum Ziel. Er beschreibt die soziale Ungleichheit auf Basis von demoskopisch gemessenen Stimmungen, macht sich die Diagnose damit letztlich nicht zueigen: «Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer – davon sind die meisten Leute in Deutschland überzeugt. Zwar wollen vier von fünf Deutschen nicht in einem egalitären Land leben, in der es nur geringe Unterschiede bei Einkommen und Vermögen gibt. Doch wünschen sich dem Institut für Demoskopie Allensbach zufolge genauso viele Leute, die Kluft zwischen ärmeren und wohlhabenden Schichten möge schmaler werden.» Der Autor erkennt dann persönliche und politische Instrumentalisierungsversuche: «Diese Stimmung will Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) für ihre politischen Ambitionen nutzen, die den sozialen Ausgleich überragen. So schürt sie mit ihrer Zuschussrente die Angst vor der Altersarmut und befeuert mit ihrem Armuts- und Reichtumsbericht die Empörung der <unteren> Hälfte der Bevölkerung über das <oberste> Zehntel, das über mehr als die Hälfte des Nettovermögens verfügt.» Er anerkennt offensichtlich den Grundbefund, nennt die Ursachen dafür, die er vor allem in der Globalisierung sieht und vor allem sieht er große positive Effekte der sozialen Ungleichheit, ohne dies bewusst und offen auszusprechen: «Am Befund einer sich öffnenden Schere zwischen Arbeitseinkommen und Unternehmens- oder Kapitaleinkünften ist nicht zu rütteln. Dem Druck auf den Arbeitslohn im unteren und mittleren Bereich durch neue Wettbewerber aus Asien kann sich in einer globalisierten Wirtschaftswelt keine Handelsnation entziehen. Dank zurückhaltender Tarifpolitik – viele Jahre stagnierten die Löhne – hat sich Deutschland vom kranken Mann Europas zum in der Welt bestaunten und in der EU beneideten Wirtschaftswunderland gemausert. Innovative mittelständische Unternehmen und die Hartz-Reformen von Rot-Grün haben ihren Teil dazu beigetragen, dass es heute in Deutschland so viele Erwerbstätige gibt wie nie zuvor, die Steuereinnahmen üppiger sprudeln denn je und die Sozialkassen (noch) in Überschüssen schwimmen.»

Er sieht dann eine Unersättlichkeit der Politik: «Doch der Geldsegen langt den Politikern mal wieder nicht. Die Parteien wollen noch mehr umverteilen. SPD, Grüne, Linke überbieten sich mit Reichensteuer, Vermögensabgabe, Vermögensteuer. Ähnliches plant Frau von der Leyen, weshalb sie in ihren Bericht den verräterischen Satz geschrieben hat: <Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.»»

Der Autor sieht das Problem jedoch an der genau entgegengesetzten Stelle: «Es kümmert Frau von der Leyen nicht, dass der deutsche Staat ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem hat.»

Er beschäftigt sich dann mit grundsätzlichen methodisch-inhaltlichen Problemen der Erfassung von Reichtum und Armut in dem Regierungsbericht: «Auch perlt die Kritik an den methodischen Mängeln des Berichts an ihr ab. Niemand hätte sich über die wachsende Zahl von Haushalten mit geringeren Einkommen und Vermögen gewundert, wäre der gesellschaftliche Wandel hin zu mehr Alleinlebenden und Alleinerziehenden berücksichtigt worden. Merkwürdig ist, dass Frau von der Leyen in ihrem Bericht die kapitalisierten Ansprüche an die Rentenkasse und an das staatliche Pensionssystem unter den Tisch fallen lässt. Dabei handelt es sich nicht um

Kleingeld, sondern Schätzungen zufolge um fünf bis sieben Billionen Euro. Offenbar ist es dem Arbeitsministerium wichtiger, die heimischen Familienunternehmen, in denen die großen Vermögen meist gebunden sind, an den Umverteilungspranger zu stellen, als ausgewogen über die finanzielle Lage der verschiedenen Gesellschaftsschichten zu berichten.» Er lenkt den Blick auf Wohlhabende beziehungsweise offiziell Reiche, die in der öffentlichen Debatte unter diesem Aspekt in den letzten Jahren eine geringe Rolle gespielt haben: «Wie gut der Staat seine Beamten versorgt, kann der Bericht zumindest beim Einkommen doch nicht ganz verbergen: Danach liegen Beamte nicht nur im Schnitt mit monatlich 4366 Euro Nettoeinkommen vor den Selbständigen, sondern haben sogar als Pensionäre mit netto 4322 Euro mehr als alle anderen, die noch arbeiten.»

Er beschäftigt sich dann weiter mit der Definition von Reichtum, bei der Definitionen auseinanderklaffen: «Wissenschaftler sagen: von einem Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro und einem Vermögen von einer halben Million Euro an. Allerdings dürften sich längst nicht alle Besitzer eines Häuschens in München oder Hamburg zu den Reichen zählen. Fragt man die Leute, beginnt Reichtum von einem Einkommen von 9100 Euro oder einem Vermögen von 2,6 Millionen Euro an.» Er bezieht dann die Position, es sei entscheidend für die Anerkennung, wie der Reichtum zustandekomme: «Für das Gerechtigkeitsgefühl ist entscheidend, wie durchlässig eine Gesellschaft nach oben ist. Solange hierzulande Vermögensaufbau durch Begabung und Anstrengung möglich ist, tolerieren die Leute, wenn Familien ihr Unternehmensvermögen auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen an die nächste Generation weitergeben können, ohne durch Erbschaft- oder Vermögensteuern das Überleben der Betriebe zu gefährden. Umgekehrt gilt aber auch: Sobald der Aufstieg durch Leistung unmöglich wird, geraten Familienunternehmen in Erklärungsnot und der Mittelstand als Herz und Motor der deutschen Wirtschaft ins Stottern.» Diesen letzten zunehmend relevanten Aspekt in Verbindung mit der drastischen Zunahme leistungsloser (Kapital-)Einkommen erwähnt der Autor jedoch nur, ohne diesen Aspekt näher zu werten.

Zum Schluss empfiehlt er einen Blick auf die untergegangene DDR, die er in diesem Zusammenhang offensichtlich als gutes Vorbild empfindet: «Wer trotz der Mängel in Frau von der Leyens Bericht zum Klassenkampf in der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands aufrufen will, sollte sich zuvor anschauen, wie im <real existierenden Sozialismus> das Vermögen verteilt war. Wie der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder herausgefunden hat, verfügten 1989, zum Ende der DDR, in der es bekanntlich kaum privaten Immobilienbesitz gab, zehn Prozent der Kontoinhaber über sechzig Prozent des Geldvermögens. Kommen uns diese Zahlen nach der Lektüre des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung bekannt vor?»

Der Kommentar «**Das Armutsrisiko**» (16.06.2010) beschäftigt sich mit der Befürchtung, die Mittelschicht nehme ab. «Studien zur Einkommensverteilung eignen sich oft gut zur Stimmungsmache. Der neue Bericht aus dem Hause DIW konstatiert eine gewisse Abnahme der Mittelschicht: von 64 auf 61,5 Prozent in einem Jahrzehnt.» Der Autor sieht da keine Gefahr: Es gebe in Krisen Abstiegssorgen, aber «von einem Auseinanderfallen in krass Arme und krass Reiche ist gerade die deutsche Gesellschaft weit entfernt. Das Maß der materiellen Ungleichheit in Deutschland ist nach allen vorliegenden internationalen Vergleichsstudien geringer als in den meisten anderen Industriestaaten. Es gibt einen üppigen Sozialstaat, der über steuerliche Umverteilung eine Nivellierung der Einkommensunterschiede bewirkt. Wird der Sozial- und Steuerstaat aber überdehnt, wird gerade jene Mittelschicht ausgepresst und gelähmt, die das Rückgrat der Gesellschaft bildet. Das größte Armutsrisiko ist die Arbeitslosigkeit. Gegen den sozialen Abstieg hilft nicht mehr staatliche Umverteilung, sondern mehr Wachstum. Nur dann werden Arbeitsplätze geschaffen, die ein gutes Einkommen versprechen.»

Der Kommentar «**In bürgerlicher Gesellschaft**» (29.12.2009) beschäftigt sich grundsätzlich mit diesem Begriff: «Mit dem Begriff ist mehr gemeint als nur eine vom Verteilungsstaat erzeugte Mittelschichtgesellschaft.» Wenn man diese Schicht als die Leute mit Besitz und Bildung definiere, dann seien gemessen am Bildungsgrad «die Grünen sogar die bürgerliche Partei Deutschlands». Und: «Bündnisse der Grünen mit der Union und auch der FDP sind insofern die Folge einer Art Harmonisierung zwischen den Parteifunktionären und der Wählerbasis in einer veränderten Republik.»

Der Begriff sei jedoch «nicht nur soziologisch schief, sondern auch historisch uneben».

Der Text beschäftigt sich dann ausführlich mit den Versuchen der SPD und auch der Grünen, diesen Begriff für sich zu besetzen.

Der Autor definiert den Begriff so: Er drehe sich immer noch um Leute von Besitz und Bildung. Die Verhältnisse seien jedoch nicht mehr zementiert: «Wer von der bürgerlichen Gesellschaft spricht, darf aber über die Leistungsgesellschaft nicht schweigen. Dieser Begriff klingt zwar kühler und schärfer, ist aber die Grundlage des anderen.» Und: «Die bürgerliche Gesellschaft ist mehr als eine vom Verteilungsstaat erzeugte Mittelschichtgesellschaft. Sie steht im Zweifel für die Freiheit und nimmt daher eine relative soziale Ungleichheit in Kauf. Und sie ist eine Gesellschaft, die sich trauen muss, dies auszusprechen – auch und gerade in Zeiten, in denen wieder von der Krise der Spätkapitalismus die Rede ist. Dieses Gerede ist gerade in jenen Kreisen wieder schick, die nun gern ihre neue Bürgerlichkeit herausstreichen.»

Der Kommentar **«Die Grundlage von fast allem» (20.12.2008)** beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Vertrauen sei «zu einer gefragten Währung geworden». Die Finanzkrise zeige, dass Vertrauen sogar die Grundlage des Kapitalismus sei. Dessen Grundlage sei «nämlich nicht das Geld, sondern das Vertrauen darauf, dass es einen realen Gegenwert repräsentiert». Für den Rechtsstaat und weitere Bereiche gelte dies ebenso: «Deshalb wirft Vertrauensverlust eine Gesellschaft auch zivilisatorisch zurück.» Daran sollten die Politiker denken, die jetzt die Chance sähen, «das Primat der Politik in der Wirtschaftslenkung wiederaufzurichten». Denn um deren Glaubwürdigkeit sei es «nicht besser bestellt als um die der Wirtschaft». Der Autor bezieht sich auf die letzte Rede von Bundespräsident Rau im Mai 2004. Er habe die schlechte Stimmung in der Bevölkerung «in einem Versagen der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf breiter Front (gesehen, at/sto): Politiker, die ihr Wort nicht halten, Medien, die Alarmismus verbreiten, Wirtschaftslenker, die ungeniert in die eigene Tasche wirtschaften, Parteien, die Machtfragen über Sachfragen stellen – alle zusammen, so Rau, hätten dazu beigetragen, dass dem öffentlich gesprochenen Wort nicht mehr geglaubt werde». Die Rede sei immer noch aktuell: «Einige der von Rau angeprangerten Missstände sind nur noch schärfer hervorgetreten: Die Schere zwischen Arm und Reich – auch die zwischen Durchschnitts- und Spitzenverdienern – hat sich weiter geöffnet, das Wirtschaftswachstum der vergangenen zehn Jahre ist an den Reallöhnen im Großen und Ganzen vorbeigegangen. Schmiergeldaffären, Bonusse für Spekulanten, als unanständig empfundene Abfindungen für Radikalsaniierer haben die Soziale Marktwirtschaft und den Leistungsgedanken in Misskredit gebracht.» Der Vorwurf des Autors an die Politik: «Die Volksparteien haben diese Erscheinungen verdrängt und es der Linkspartei überlassen, ihr Süppchen darauf zu kochen. Letztlich haben sie damit sogar eine falsche neue Staatsgläubigkeit genährt, die bei der Bewältigung der Krise zum Verhängnis werden könnte. Ungebrochen schreibt Die Linke der Politik geradezu wundertätige Fähigkeiten zu: Frei nach Lenin – «Vertrauen ist gut . . .» – will sie immer noch alles unter Kontrolle bringen. Ihre Umverteilungsphantasien gründen in der Vorstellung, dass der Staat nicht pleitegehen könne. Die Deutschen, die im vergangenen Jahrhundert zwei Währungsreformen durchlitten haben, sollten es besser wissen: Liquidiert wird am Ende nicht der Staat, sondern – durch Geldentwertung – das Sparvermögen der Bürger.»

Mit Geldausgaben werde die Politik das Vertrauen jedoch nicht zurückgewinnen: «Das geht nur, wenn die Politik selbst wieder solide wird. Gerade unter dem gegenwärtigen Ausgabendruck müsste dem Finanzgebaren von Bund, Ländern und Gemeinden wieder ein fester Boden eingezogen werden – eine Schuldenbremse, die die Politik vor ihren eigenen Versuchungen schützt.»

Der Text **«Gipfellektüre» (22.10.2008)** sieht überall eine Zunahme von sozialer Ungleichheit: «Ein Blick über den Zaun tut immer gut. Insofern ist die OECD-Studie zur Einkommensverteilung hilfreich, um so manche deutsche Erregung nach dem Armutsbericht der Regierung im Juni zu relativieren. In fast allen Industrieländern, auch im egalitären Skandinavien, wurde die Kluft zwischen Reich und Arm größer, weil Spitzenverdiener deutlich mehr bekamen als die Leute an der Werkbank. In Deutschland ist diese Kluft zwar schneller gewachsen als anderswo, doch die Soziale Marktwirtschaft hat keineswegs versagt: Die Einkommensverteilung ist hierzulande weiterhin gleicher als im OECD-Durchschnitt. Bedenklicher ist es mit dem Armutsrisiko der Deutschen, das ebenfalls deutlich zunahm. Auch wenn der Aufschwung am Arbeitsmarkt diese Gefahr verringert hat und somit die Zahlen heute

besser aussehen mögen, am politischen Ziel ändert sich nichts: Man muss mehr tun, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, und zwar vor allem die Jüngeren. Denn sie haben inzwischen ein größeres Armutsrisiko als die Älteren. Der beste Weg für die Jungen, der Armutsfalle zu entkommen, ist Bildung. Insofern ist der OECD-Bericht eine gute Lektüre für den Bildungsgipfel der Kanzlerin.»

Da sich hier die Grundargumentation der Redaktion gut widerspiegelt, ist der Text im Wortlaut zitiert.

Der Text **«Das Versprechen der SPD» (09.09.2008)** leistet einen Beitrag zur grundsätzlichen Sozialstaats-Debatte und zum Status der SPD. Er geht von der These aus, dass die Große Koalition die Mitte «als Melkkuh missbraucht» habe. Und die sozialdemokratischen Parteien seien europaweit im Niedergang, weil deren Versprechen, «den wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden», immer weniger Leute glaubten. «Das ist eine Folge beschleunigter Globalisierung mit der vorübergehend stärkeren Spreizung von Einkommen und Vermögen, weil billige Lohnarbeit in Asien und Osteuropa auch hierzulande die Gehälter drückt, während die Spitzeneinkommen für wenige kräftig steigen.» Die SPD habe aber auch Vertrauen verloren, «weil sie sich zu lange einseitig auf den Ausbau des Sozialstaats fixiert und ihre Wurzeln als Arbeiterpartei vergessen hat». Danach zeichnet der Autor das folgende Bild: «Obwohl Deutschland jährlich für sein Sozialsystem 700 Milliarden Euro ausgibt, kann die Gesellschaft ohne Widerspruch von den Populisten der Linkspartei als kalt und neoliberal verteufelt werden. Verschwiegen wird, dass im internationalen Vergleich der Industrieländer lediglich Frankreich noch spendabler ist. Auch die Hartz-Reformen gelten als herzlos, obwohl es mit der Einführung von Hartz IV keinen Kahlschlag, sondern vielmehr einen kräftigen Ausbau des deutschen Sozialstaats gegeben hat. Der wuchernde Sozialstaat erlaubt Verteilungspolitikern, die jeweilige Klientel zu bedienen, aber er schafft zugleich gefährliche Abhängigkeiten. Ein Teufelskreis entsteht, in dem eine schrumpfende Schar von Leistungsträgern eine steigende Zahl von Transferempfängern finanzieren soll. Das mag helfen, die eine oder andere Wahl zu gewinnen, ist auf lange Sicht jedoch wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt. Das politische Ziel sollte nicht mehr, sondern weniger Umverteilung sein.» Der Autor sieht folgende Lösung: «Der schnellste Weg aus der Spirale nach unten führt über den Arbeitsmarkt. Bildung, Leistung und Arbeit sind der beste Schutz gegen Armut. Dies und nicht die Umverteilung ist das eigentliche Versprechen der SPD, der Partei der Industrialisierung, des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts des 19. Jahrhunderts.»

Der Autor sieht «die Leistungsträger der Mitte, Facharbeiter, Angestellte und auch Arbeitslose, die sich anstrengen und etwas erreichen wollen», als potenzielle Wähler auch der SPD: «Für die SPD und die Union wird es schwierig, die Leute der Mitte im Wahlkampf zu überzeugen. Denn die große Koalition hat sie als Melkkühe missbraucht.»

Der Text **«Die Früchte der Arbeit» (3.9.2008)** sieht Erfolge der Agenda 2010: «Die von der rot-grünen Regierung beschlossenen Hartz-Reformen gelten als kalt und herzlos. Zwar hat es mit Hartz IV keinen Kahlschlag, sondern vielmehr einen Ausbau des deutschen Sozialstaates gegeben. Zur Erinnerung: 2005, im Jahr der Einführung von Hartz IV, sind die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Sozial- und Arbeitslosenhilfe um knapp 6 Milliarden Euro gestiegen.» Höher dürften die Regelsätze nicht sein, «weil dann der Abstand zu niedrigen Lohngruppen schmilzt und damit der Anreiz für Anstrengung und Arbeit». Der Autor sieht auch Arbeitsmarkt-Erfolge: «In diesem Aufschwung ist erstmals seit den siebziger Jahren die Sockelarbeitslosigkeit gesunken. Die Pflicht für Arbeitslose, nach einem Jahr wieder arbeiten und eine Stelle annehmen zu müssen, flankiert mit der Einführung von Lohnzuschüssen, hat 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Besser mehr Jobs für Geringverdiener als keine Arbeit. Das ist der Erfolg von Hartz IV. In der veröffentlichten Meinung wird selten betont, dass Arbeit der beste Schutz vor Armut ist, hingegen oft eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft beklagt.» «Natürlich» seien «die Einkommen weniger Topmanager kräftig nach oben geschneit, während die Anteile von Mittel- und Unterschicht am Gesamteinkommen gesunken sind. Dennoch funktioniert in Deutschland die Umverteilung über das Steuersystem, wie im Armutsbericht der Regierung nachzulesen ist. Die Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft sehen an ihren Abzügen am Monatsende, wer die Sozialleistungen finanziert. Das Geld stammt von ihnen und nicht von wenigen Einkommens- oder Vermögenmillionären. Das sollte bedenken, wer den Sozialstaat ausbauen und Wahlen gewinnen will.»

Der Text **«Mit Erhard in die Zukunft» (20.6.2008)** beschäftigt sich grundsätzlich mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft: «Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Umverteilungskonzept; sie ist ein Gesellschaftsentwurf.»

Sie habe «in Deutschland an Glanz verloren» und eine Mehrheit der Bevölkerung bestreite sogar, dass «es in Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft gibt». Erhard sei es um eine freiheitliche und sozial verpflichtende Ordnung gegangen. «Leider ist das eingetreten, was er befürchtet hat. Der Drang nach Sicherheit hat das Freiheitsgefühl untergraben. Die Macht von Lobbygruppen, der Wunsch nach Absicherung aller Lebensrisiken und die Eigendynamik der sozialen Sicherungssysteme haben das Gefühl für Freiheit ausgehöhlt.»

Nach Umfragen sei heute Mehrheiten die Gleichheit wichtiger als die Freiheit, früher sei dies klar umgekehrt gewesen. Der Autor beschreibt die Veränderungen sehr wohl als stärkere soziale Klüftung: «Durch Wiedervereinigung, Einwanderung und Globalisierung haben sich die sozialen Unterschiede vergrößert, ist die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden. Deutsche Arbeiter stehen im globalen Wettbewerb mit China und Indien. Daran können auch Mindestlöhne nichts ändern. In den Wirtschaftswunderjahren wuchsen Löhne und Unternehmensgewinne gleichzeitig, waren sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Effizienz keine Gegensätze. Das wird heute anders empfunden. Dass Arbeitsplätze selbst in Betrieben, die Gewinne machen, nicht mehr sicher sind, verunsichert die Leute.»

Die öffentliche Debatte sei beherrscht von dem «Schlagwort der sozialen Gerechtigkeit». Dieses müsse mit Leistung verbunden werden. Das entspreche dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft: «Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Umverteilungskonzept. Sie ist ein Gesellschaftsentwurf, der von Leistungswettbewerb und der Chance des Aufstiegs lebt. Hierfür muss es eine breite und durchlässige Mittelschicht geben. Die Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft kann sich in der globalisierten Wirtschaftswelt bewähren. In Zeiten, in denen Unternehmen global handeln, aber Sozialpolitik national beschränkt ist, stellt das große Anforderungen an die Regierungskunst. Das verlangt von Politikern, der Verlockung wählerwirksamer Verteilungspolitik zu widerstehen und langfristig wirkende Ordnungspolitik zu betreiben.»

In dem Text **«Die arme Mitte» (20.5.2008)** wird die These vertreten: «Das Ruhigstellen mit Transferleistungen muss einer Kultur des Aufstiegs weichen.»

Er hat als Anlass offensichtlich den Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung, aus dem jede Partei herauslesen könne, was sie wolle, so der Autor. «Der Bericht führt aus, dass bis 2005 die Bruttolöhne gesunken sind und die Einkommensverteilung ungleicher geworden ist. Das ist alt und längst bekannt.» Der Autor kritisiert, warum nicht die im Aufschwung «mehr als eine Million neu geschaffenen Arbeitsplätze» berücksichtigt würden. Er konstatiert: Das Armutsrisiko für Ältere sei gering. «Die Wahrscheinlichkeit, auf arme Kinder zu treffen, ist viel größer als die, armen Rentnern zu begegnen. Das wirft ein Schlaglicht auf die Phantomdebatte zur Altersarmut.»

Die generelle Kritik und Gegenposition des Autors: «Populisten und mediale Helfer sind verantwortungslos, wenn sie als Zerrbild ein verarmtes Land mit kinderfeindlichen Bewohnern zeichnen. Traumgehälter für Manager, Sportler oder Showgrößen nehmen den Armen nichts weg. Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel, bei dem der eine gewinnt, was der andere verliert. Außerdem ist Armut relativ. Würden sich über Nacht alle Einkommen und Vermögen verdoppeln, wären am nächsten Morgen statistisch die Armen so arm wie zuvor. Ein Märchen ist, dass Reiche keine Steuern zahlen. Es gibt auch keine Steuerschlupflöcher mehr. Zehn Prozent der Steuerzahler tragen mehr als die Hälfte des Aufkommens der Einkommensteuer.» Bei den so genannten Besserverdiener handle es sich um hart arbeitende Bürger mit einem Jahresbruttoeinkommen von etwa 50 000 Euro, denen «der Staat mit einem dichten Netz von Abgaben, Gebühren und Vorschriften ... einen Großteil der finanziellen und persönlichen Freiheit nimmt. Das ist die geschräpfte Mitte der Gesellschaft.»

Das deutsche Sozialsystem gebe jährlich 700 Milliarden Euro aus. Unter den Industrieländern sei nur Frankreich «noch spendabler». Der Sozialstaat wirke und senke in den gefährdeten Gruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose sowie Leute ohne abgeschlossene Berufs- oder Schulausbildung) das Armutsrisiko. «Für einen Alleinverdiener verläuft die statistische Armutsgrenze bei einem Nettoeinkommen von 781 Euro. Für eine vierköpfige Familie liegt die Grenze bei 1640 Euro.» Das sei nicht viel, was die «Bedarfsgemeinschaft» so erhalte, aber «viele Taxifahrer und Krankenschwestern können von solchen Nettogehältern nur träumen ... .»

Der Sozialstaat erzeuge «gefährliche Abhängigkeiten» und der «staatlich organisierte Kreisverkehr der Sozialausgaben ist so groß wie undurchsichtig». Der Autor wendet sich gegen Mindestlohn und gegen höhere Hartz-IV-Regelsätze, «weil dann der Abstand zu niedrigen Lohngruppen schmilzt und damit der Anreiz für Anstrengung und Arbeit». Seine Schlussfolgerung: «Nicht mehr, sondern weniger Umverteilung muss das Ziel sein. Der beste Schutz gegen Armut ist Arbeit. Und die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit ist eine gute Ausbildung. Es ist ein Skandal, dass jeder zehnte Hauptschüler die Schule ohne Abschluss verlässt. Es ist ein Armutszeugnis für Eltern und Lehrer, dass viele Schulabgänger kaum richtig schreiben und lesen können. Die Unkultur des Ruhigstellens durch Umverteilung muss der Kultur des sozialen Aufstiegs weichen, in der Anstrengung und Leistung gefördert werden und der Aufstieg nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Dazu muss sich Arbeit auch wieder lohnen – nicht nur für die da oben, sondern für die Mitte der Gesellschaft.»

Der Text **«Mitten ins Herz» (13.5.2008)** beschäftigt sich mit der Lage der Mittelschichten. «Wer ist ein Besserverdiener in diesem Land? Oder gar ein Reicher? Da hält sich die Politik lieber noch bedeckt, jedenfalls der Teil der Politik, der den wohl zur Diffamierung so bezeichneten Gesellschaftsgruppen jetzt mal wieder ans Portemonnaie will. Schon fallen die Worte Vermögenssteuer und Streichung von Steuervorteilen, populistisch hübsch verpackt in den Satz, starke Schultern müssten mehr tragen als schwache. Als ob sie das nicht längst täten. Im Ergebnis kann das nur eines bedeuten: Wer sich anstrengt und durch seine Leistung ein ordentliches Einkommen erwirtschaftet, soll noch mehr abgezogen bekommen, damit Geringverdiener und Transferempfänger zusätzlich unterstützt werden können. Das nennt die SPD dann Zukunftskonzept. Wie gut, dass die CSU nun auch in Person von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos gegenhält. Machen wir uns nichts vor: Besserverdiener im Sinne der SPD oder der Linken sind schon Menschen, die mit vielleicht 50 000 Euro Jahresbrutto ein Gehalt beziehen, das wahrlich keinen übermäßigen Luxus erlaubt. Sie treffen mitten ins Herz der Gesellschaft, dorthin, wo ohnehin schon das meiste geholt und umverteilt wird. Sie treffen eine Mittelschicht, die ordentlichen Berufen nachgeht, hohe Beiträge in die Sozialversicherungen einzahlt, ein Familienleben pflegt und überproportional in die Bildung der Kinder investiert – in das einzige Kapital in diesem Land, auf das sich sinnvoll eine Zukunft gründen lässt. Gebeutelt von einer schier endlosen Last aus Steuern, Abgaben und Zuschlägen, lernen die Pfeiler dieser Gesellschaft mit jedem Blick auf ihren Gehaltsstreifen aufs Neue, dass sich Leistung nicht lohnt. Wer soll sich noch reinknien, wenn von 100 Euro Gehaltserhöhung mindestens 65 beim Staat landen? Mit ihrem maßlosen Steuererhöhungsprogramm und der Unfähigkeit, die Sozialkassen tragfähig zu machen, hat diese große Koalition dafür gesorgt, dass vom Konjunkturaufschwung in der Mittelschicht kaum etwas angekommen ist. Verständnis für die sozial Schwachen im Lande und deren Unterstützung hat jeder. Doch sind die Sozialleistungen nicht eher zu hoch denn zu niedrig? Entlarvt sich das Gejammer nicht selbst bei fast 2000 Euro Hartz IV für eine vierköpfige Familie? Das muss die geschröpfte Mitte erst mal netto verdienen, jene Gruppe der angeblich Besserverdienenden, die immer und für alles zahlt. Wie lange will das große Kartell der Kassierer noch so unverfroren in die Taschen derer greifen, die Deutschlands Wohlstand tagtäglich erarbeiten?»

Der Text **«Ausgequetscht» (9.5.2008)** registriert erfreut: «Das Kartell der Kassierer zerfällt. Die CSU, die mit weichen Knien die Landtagswahl bedrohlich näher rücken sieht, hat das Signal aus dem geschröpften Volke vernommen. Sie verspricht Steuersenkungen von mehr als 28 Milliarden Euro. Das Versprechen ist zwar nicht solide finanziert, aber attraktiv ist es aus der Sicht der arbeitenden Klasse allemal.»

Die Analyse des Autors: «Im internationalen Vergleich sieht die deutsche Einkommensteuer, deren Tarif unter Rot-Grün stark gesenkt worden ist, nicht überzogen aus. Doch die Sätze täuschen: So wachsen immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen in Belastungsgrößen hinein, die nicht für sie gedacht waren. Grund ist die Inflation, die die Gehälter aufbläht, ohne dass dahinter eine höhere Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers steckt. Der Staat ist mit dem progressiv-linearen Tarif der große Inflationsgewinnler.»

Und: «Die ganze Wahrheit kommt aber auch dann nur ans Licht, wenn man die Sozialabgaben mit in den Blick nimmt. Dann sieht man, dass die Ledigen die Zitrusfrucht der Nation sind. In kaum einem anderen Land werden sie so ausgequetscht wie hierzulande.»

Der Schluss: «Die geschröpften Bürger warten zu Recht auf eine Entlastung.»

b) *international*

Der Text **«Hunger» (23.2.2012)** geht von der These aus: «Wieder drohen in Afrika Hungersnöte. Doch über die wahren Ursachen herrscht Schweigen.» Er beschäftigt sich mit der Lage in mehreren afrikanischen Staaten, in denen es immer wieder Hungersnöte gebe, die dann aber auch wieder schnell beendet seien. Der Autor misstraut den entsprechenden Meldungen und führt die folgende Perspektive ein: «Hunger im 21. Jahrhundert ist eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit. Lebensmittel stehen jederzeit an jedem Ort der Welt zur Verfügung, wenn auch zu einem hohen Preis. Das ist das Fazit eines Symposions an der Harvard-Universität, wo sich vor einiger Zeit namhafte Forscher über das «Phänomen Somalia» gebeugt haben. Heutzutage seien Hungersnöte immer von Menschen gemacht, so die Forscher. Der verheerende, von Menschen gemachte Faktor in der somalischen Lebensmittelkrise sei die Terrorgruppe al Shabaab. Wenn man also den Hunger und die sich wiederholenden Lebensmittelengpässe in Somalia ausrotten will, muss man das Grundübel beseitigen: die Extremisten.» Auch in anderen Ländern und Regionen – beispielsweise der Sahel-Zone – sei Hunger von Menschen gemacht. Beispielsweise die Hungerskrise in Niger: «Ihren Ursprung hat sie in einem Bevölkerungswachstum, das dafür sorgt, dass immer mehr Menschen von den Erträgen immer kleinerer Parzellen ernährt werden müssen. Der Hunger wird sich deshalb so lange verschlimmern, solange die Ursache dafür nicht angegangen wird: ein islamischer Bildungskodex, der – befeuert durch die Koranschulen – Mädchen Bildung verweigert und Frauen auf die Rolle von Gebärmaschinen reduziert. Darüber schweigen die Hilfsorganisationen. Wirklich geholfen ist damit niemandem.»

Der Text **«Leiden am Kapitalismus (30.1.2012)** verteidigt das System des Kapitalismus gegen ungerechtfertigte Kritik; dabei setzt die Autorin das System des Marktes immer wieder mit Kapitalismus gleich. Sie zeigt sich zuerst enttäuscht, dass inzwischen sogar Manager und Unternehmer zweifelten: «Welch wohlfeiles politisch korrektes Echo auf den Occupy-Protest und die Wachstumskritiker, die demonstrierend von Wirtschaftsgipfel zu Wirtschaftsgipfel ziehen! Welche Heuchelei ausgerechnet von jenen, denen das Marktsystem zu besonderem Wohlstand und Macht verholfen hat! Welche Feigheit gerade in einer Krise, die mehr mit den Schwächen der Politik als mit jenen des Marktes zu tun hat!» Sie definiert Kapitalismus so: «Sie lautet, heute zu verzichten, um morgen besser leben zu können; einen Teil des Einkommens zu sparen und das Kapital in neue Ideen zu stecken. Das funktioniert umso besser, je besser es gelingt, die Steuerungsfunktion privaten Märkten zu überlassen.» Es gebe immer Regelungslücken, die seien nachzubessern. «Am schärfsten aber wird der Kapitalismus seit jeher angegriffen, weil Marktergebnisse ungleich verteilt sind. Deswegen wird heftig über die gerechte Korrektur der Erträge gestritten, und zwar selbst in jenen westlichen Marktwirtschaften, die wie Deutschland längst umfassende Sozial- und Transfersysteme aufgebaut haben und statt von Kapitalismus längst von Sozialer Marktwirtschaft sprechen.» Seine Anziehungskraft zeige sich vor allem dort, fährt die Autorin fort, «wo der Staat freie Märkte und Privateigentum unterbindet». Vorbild ist für sie in diesem Sinne China: «Chinas Wirtschaftserfolge lassen seinen Staatskapitalismus in hellem Licht erstrahlen. Doch nutzt er die Vorteile eines Systems, in dem freie Bürger ihre Fähigkeiten auf den Markt tragen, nicht aus. Denn diese erschöpfen sich nicht in Einkommenssicherung und dem Hervorbringen von Neuem. Unterschätzt wird, wie sehr offene Märkte politische und wirtschaftliche Macht begrenzen, weil sie Abhängigkeiten reduzieren und damit auch Korruption, Pfründen- und Vetternwirtschaft, die das Leben in staatsgelenkten Marktwirtschaften schwer erträglich machen. Stattdessen gilt der reiche Kapitalist noch immer als Inbegriff des Mächtigen, der sich die Politik kauft. Die kläglichen Summen, die in der Wulff-Affäre ans Licht kommen, zeigen, dass dieses Bild die Wirklichkeit hierzulande grob verzerrt.» Dem Kapitalismus könne man auch «die übermäßigen Staatsschulden» nicht vorwerfen oder das Euro-Projekt. Schuld trügen daran Banken, die Risiken unterschätzt und die Politik, die versucht habe, «Währungswettbewerb und seine Preissignale auszuschalten». Der Schluss: «Kritik am Kapitalismus ist berechtigt – wenn sie wirklich darauf zielt, seine Prinzipien zu stärken. Denn allein ein gut funktionierendes Marktsystem ist leistungsfähig genug, um Armut und Hunger überall zu besiegen.»

Der Text **«Das Ergebnis zählt» (22.9.2010)** beschäftigt sich mit der Frage: «Die Armut in der Welt ist auf dem Rückzug. Doch wie groß ist daran der Anteil der reichen Länder?»



Merkel habe sich verpflichtet, «spätestens im Jahr 2015 die versprochenen 0,7 Prozent des Volkseinkommens in die Dritte Welt zu lenken». Die meisten Staaten verfehlten diese Ziele. Trotzdem habe «die Weltgemeinschaft» noch größere Ziele sich gesetzt, beispielsweise «den Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben und die nicht genug zu essen haben, bis zum Jahr 2015 im Vergleich zu 1990 um die Hälfte zu verringern». Die Bilanz sei gemischt: «Der Anteil derer, die in absoluter Armut leben, ist zwar deutlich gefallen, aber nicht überall gleich; Afrika bleibt der Sorgenkontinent. Hier leben nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in bitterer Armut.» Deshalb sollen die Industrieländer mehr bezahlen. «Die Bundesregierung zeigt sich auch großzügig, dies aber nur im Aufrunden ihres Engagements. Man gibt die eigene Hilfsquote mit 0,4 Prozent an, tatsächlich sind es zuletzt 0,35 Prozent gewesen. Dieses Jahr sollten es 0,51 Prozent werden, auf dieses Zwischenziel hat man sich in Europa verpflichtet. Das wird aber genauso wenig erreicht werden wie der versprochene Wert 2015.» Der Entwicklungsetat stagniere, werde bald sogar sinken, «die neue Schuldenbremse im Grundgesetz» lasse «keine großen Sprünge mehr zu».

Es gehe aber nicht nur um Geld: «Fortschritte gibt es in Asien, in China, Indien, Südkorea zum Beispiel – in Ländern, wo die ausländische Hilfe relativ gering war. Das hat augenscheinlich ihre Entwicklung nicht verhindert. Entscheidend ist dafür offensichtlich etwas anderes: Die Regierungen, die – mal weniger, mal mehr autoritär – ihre Länder voranbringen wollen, haben ihre Wirtschaft liberalisiert und dem Weltmarkt geöffnet, ohne die staatlichen Zügel aus der Hand zu geben. Das Arbeitsethos ist groß, es wird in die Bildung der Kinder investiert.» Der Schluss: «Es wäre viel gewonnen, würde die Entwicklungsarbeit nicht mehr daran gemessen, was hineingesteckt wird, sondern an dem, was herauskommt.»

Da Deutschland dauerhaft in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen strebe, werde es wohl diesen harten Kurs nicht einschlagen.

Der Kommentar **«Ziel» (21.09.2010)** stimmt zu: «Der Einsatz gegen Armut und Hunger und für Entwicklung ist aller Ehren wert. Wer wollte das bestreiten?» Aber viele Industrieländer würden ihre Versprechen nicht einhalten, das sei von vornherein klar gewesen. Deshalb sein Rat: «Es führt keinen Menschen aus der Armut, derlei Forderung in Gipfelerklärungen stereotyp zu wiederholen. Den Weg, der aus der Armut führt, haben asiatische Länder eindrucksvoll beschritten. Es ist der Weg wirtschaftlicher Entwicklung, nicht der einer gutgemeinten Hilfe, die reparieren soll, was «schlechtes Regieren» korrupter Eliten anrichtet.»

Der Kurz-Kommentar **«Was tun?» (17.11.2009)** beschäftigt sich mit einer ähnlichen Argumentation (siehe Kommentar unten) um das Thema Welt-Ernährung.

Der Text **«Arme Statistik» (9.7.2008)** geht von der Behauptung aus: «In der zuweilen hysterisch geführten Armutsdebatte wird mit fragwürdigen Studien und Statistiken gearbeitet. Nicht nur, dass die Daten veraltet sind. Schon die Methode der Armutsmessung ist zweifelhaft. Was soll man nun von der jüngsten Studie über die Europäische Union halten, die dasselbe Armutsrisiko von 19 Prozent für Rumänien wie für Großbritannien behauptet?»

Und: «Im Elfenbeinturm der Statistiker interessieren solche Fragen nicht. Da wird stur mit Durchschnitts- und «relativer Armut» gerechnet. Wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens hat, der gilt als armutsgefährdet. Es geht nicht um die absolute Höhe der Einkommen, sondern um die Verteilung. So betrachtet, hätte die DDR, in der fast alle gleich arm waren, mit einer niedrigen Armenquote glänzen können. Umgekehrt gilt: Dynamische Marktwirtschaften produzieren zwar mehr Ungleichheit, aber auch mehr Chancen.»

Der Text **«Heuchlerisch» (4.6.2008)** setzt sich kritisch mit der Klage von Heidemarie Wiczorek-Zeul (SPD) auseinander, «dass immer noch 850 Millionen Menschen an Hunger leiden, Kinder sterben und steigende Lebensmittelpreise die Armut vergrößern». Sie habe in der Sache recht. Es gehe jedoch um eine möglichst wirksame Hilfe, nicht um die Verteilung von Lebensmitteln, solange Kameras «präsent sind». Und: «Wiczorek-Zeul hat nach ihrem Amtsantritt an führender Stelle mit dafür gesorgt, dass Deutschland seine Mittel für Ernährungssicherung, Landwirtschaft und internationale Agrarforschung gekürzt hat. Vor diesem Hintergrund wirken ihre Worte von heute heuchlerisch.»

Der Kommentar **«Skandal» (4.06.2008)** beschäftigt sich anlässlich einer UN-Ernährungskonferenz mit der weltweiten Ernährungskrise. Die gebe es, die Ursachen seien klar: «eine

falsche Agrarpolitik und unzureichende Marktentwicklung gehören dazu». Auch der westliche Agrarprotektionismus gehörte zu diesen Ursachen. Um dies festzustellen, habe es keines Gipfels bedurft. Der Autor kommt nach diesen Vorbemerkungen zu seinem eigentlichen Punkt: «Zum Skandal macht die Veranstaltung die Anwesenheit Robert Mugabes. Der hat Zimbabwe in den Ruin getrieben und Millionen ins Elend gestürzt. Sein Programm ist das Gegenteil des Notwendigen, der Erhöhung der Produktion. Vermutlich empfinden nur <westliche>Delegierte die Präsenz Mugabes als Zumutung.»

Der Text «**Das Versagen der FAO**» (3.6.2008) plädiert für eine andere Politik der UN-Organisation. «Dass unter kräftig gestiegenen Nahrungsmittelpreisen besonders die armen und unterernährten Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern leiden, gehört auch für die Fachleute der FAO zu den wichtigen Konsequenzen der hohen Lebensmittelpreise. Doch verzichten sie auf Hysterie und allzu banale Vereinfachungen. Gegenüber der Betroffenheitsrhetorik der vergangenen Wochen zeichnet sich ihre Analyse durch konstruktive Perspektiven aus: So argumentiert die FAO, höhere Preise böten nun endlich Aussicht auf attraktivere Renditen in der Landwirtschaft. Nachdem jahrelang die Wettbewerbsverzerrung europäischer Ausfuhren von Überschüssen beklagt wurde, könnte nun die stärkere Nachfrage auf dem Weltmarkt auch die Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern stimulieren und zur Bekämpfung von Armut beitragen.» Der Generaldirektor verharre jedoch auf Altbekanntem: «Er warnt vor wachsender Hungergefahr in der Welt. Und er fordert mehr Geld für die Entwicklungsländer. Doch dieser Botschaft fehlt nicht nur die konstruktive Perspektive, sondern die Glaubwürdigkeit. Denn Diouf hat es in fast fünfzehn Jahren an der Spitze der FAO nicht geschafft, in seinem Heimatkontinent Afrika nennenswerte Veränderungen anzustoßen. Dabei hatte er stets bekräftigt, Afrika besitze das Potential, sich selbst zu ernähren und zum Nahrungsmittlexporteur aufzusteigen.»

Der Schluss: «So stehen die exzellenten Fachkenntnisse von FAO-Experten im Kontrast zum Versagen der politischen Spitze.» Es gehe um «einen Neuanfang in der FAO».

### **3.2 Instabilitäten+Benachteiligungen versus Privilegien+Macht+Einfluss**

Der Text «**Verteilungskämpfe**» (12.12.2012) sieht neue Konflikte: Der Finanzminister stemme sich gegen weitere Ausgaben, dies gelte für die Griechenland-Hilfe und auch für seine Ablehnung «weiterer Renten-Wohltaten». Die Folge davon: «Die Hilfe für Griechenland steht nun gegen den Schutz älterer Mütter vor Altersarmut. Ganz unabhängig davon, wie dieser Streit ausgeht - er ist Vorbote künftiger Verteilungskämpfe. Es geht darum, wer oder was uns nähersteht, um nationale und europäische Solidarität. Und das übrigens in einer Zeit, in der der Staat über ganz gute Einnahmen verfügt.»

Der Text «**Das Unausweichliche**» (15.11.2012) beschreibt aus Sicht des Autors die einzig mögliche Politik, die verschuldete Staaten einschlagen können: «Die Arbeitsniederlegungen und Proteste gegen die Sparpolitik in Ländern, die im Zentrum der Staatsschuldenkrise stehen, kann man verstehen. Die Leute müssen beträchtliche Einkommenseinbußen hinnehmen, die Arbeitslosigkeit wächst, kurzfristig sind die Aussichten trüb. Und doch bieten nur fiskalische Konsolidierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die einzige Chance, Wohlstand zu schaffen und dauerhaft zu erhalten. Und überdies dafür, dass der jeweilige Staat Handlungsfähigkeit zurückerlangt. Bestimmte Gesetzmäßigkeiten lassen sich eben nicht ausschalten, schon gar nicht in einer Welt, in der Spanien mit Brasilien und Portugal mit Indien konkurriert. Auch andere europäische Länder hat die Krise hart getroffen, die baltischen Staaten und Irland zum Beispiel; auch dort war und ist die Anpassung alles andere als vergnügungsteuerpflichtig. Von Massenprotesten hat man aber nichts gehört, vielmehr sind die Länder auf dem Weg der Erholung. Das ist keine Verhöhnung von Leuten, denen das Wasser bis zum Halse steht - aber die Anerkennung des Unausweichlichen.»

Da dieser Kommentar sehr knapp und kompakt die Grundposition der Redaktion wiedergibt, wird er in Gänze hier zitiert.

## 4 ROLLE DES STAATES

### 4.1 Instrumente: Sozialstaat+Steuerstaat+Regulierung Einnahmen/Ausgaben

Der Text «**Voodoo-Rente**» (19.12.2012) warnt: «SPD und Union müssen aufpassen, dass ihr Kampf gegen Altersarmut nicht zum sozialpolitischen Voodoo-Kult verkommt. Sie schauen gerne weit in die Zukunft, um die Geister der Armut zu beschwören. Das verleiht dem flächendeckenden Mindestlohn magische Anziehungskräfte.» Und: «Je mehr Erwerbstätige, desto besser für die Rentenformel. An diese sehr gegenwärtige Regel hat jetzt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium erinnert. Sie wird nicht dadurch erfüllt, dass Armut herbeigeredet oder der Zugang zum Arbeitsmarkt behindert wird. Nicht die Altersarmut ist im Übrigen das größte Problem für die Rentenversicherung, sondern die Kinderarmut. Dass es sie gibt, liegt wohl auch daran, dass vor lauter sozialpolitischem Voodoo-Kult niemand mehr der Zukunft traut.»

Der Text «**Gänsebraten**» (1.12.2012) beschäftigt sich mit den Mehreinnahmen des Staates: «Etwa hundert Milliarden Euro werden den Finanzministern von Bund und Ländern bis zum Jahr 2017 zusätzlich in Aussicht gestellt, im Schnitt steigt damit das Aufkommen jedes Jahr um rund 20 Milliarden Euro.» Der Autor sieht eine Folge: «Zweitens wachsen die Bedürfnisse der Abgeordneten, Fraktionen und Regierungen mit den sich abzeichnenden Steuereinnahmen. .... Um ein solches Hochschaukeln von Einnahmen und Ausgaben mit permanenten Defiziten zu verhindern, gibt es nun die Schuldenbremse und die Hoffnung, dass sie greift.» Trotzdem wollten SPD und Grüne die Vermögenden, Erben und Spitzenverdiener höher besteuern. «Nach einer alten finanzwirtschaftlichen Erkenntnis besteht die Kunst darin, die Gans zu rupfen, ohne dass sie schreit. Anders gewendet: Wer zu viel will, kriegt am Ende weniger.»

In dem Kommentar «**Grüne Selbsthypnose**» (17.11.2012) beschäftigt sich der Autor mit den wirtschaftspolitischen Positionen der Grünen. Sie hätten «ein geradezu blindes Zutrauen zu Vater Staat». Und: «Als Nächstes wollen die Grünen ihr soziales Profil stärken – was die Kosten für das Gemeinwesen nur in die Höhe treiben kann. Und schon länger befürworten sie umfangreiche Steuererhöhungen.» Wegen der geplanten Vermögensabgabe gebe es den größten Anlass zur Sorge. Sie wollten zwar eine «Substanzbesteuerung bei Betriebsvermögen» vermeiden, trotzdem würde die Abgabe die Ertragsrechnung belasten, «was nicht ohne Konsequenzen für die Bereitschaft sein wird, am Standort Deutschland zu investieren». Zudem wäre der Aufwand «immens» für die Finanzbürokratie, um die Abgabe zu erheben. Jürgen Trittin agiere «wie ein später Nachfolger von Kurzzeit-Finanzminister Oskar Lafontaine, damals SPD, heute Linke. Er geißelt die öffentliche Armut bei privatem Reichtum. Er wirbt für eine Erhöhung der Einkommensteuer». Der Autor kommt zu dem Schluss: «Die Orgie der von den Grünen geplanten Mehrbelastungen nimmt Familienunternehmen die Lust am Wirtschaften, Freiberuflern den Anreiz zum Schufteln, Mittelständlern die Motivation.»

Der Text «**Steuerpolitische Gierhälse**» (24.10.2012) stellt die These auf: «SPD und Grüne wollen mit der Zusage, Reiche zu schröpfen, zurück an die Fleischtöpfe der Macht.»

Die Opposition wolle mehrere Steuern erhöhen. «SPD und Grüne spreizen die Schere zwischen Arm und Reich auf. Dazu halten sie sich an den Grundsatz: Wer hat, dem kann genommen werden.» Und: «Offenbar ist die wirtschaftliche Lage so gut, dass die Opposition meint, dass man sich eine neue Verteilungsdebatte leisten kann.»

Der Text setzt sich dann ausführlich mit der Frage auseinander, ob und wie eine Vermögenssteuer gestaltet werden könne, damit sie möglichst geringen wirtschaftlichen Schaden anrichte. Die Bilanz: «So spricht denkbar wenig für eine Rückkehr zur Vermögensteuer. Wer Reiche stärker schröpfen will, sollte sich auf die Einkommensteuer konzentrieren. Ob man jemandem einschließlich Solidaritätszuschlag mehr als die Hälfte seines Verdienstes nehmen sollte, darüber lässt sich im Wahlkampf sicherlich trefflich streiten. Ergänzend kann und sollte eine Reform der Erbschaftsteuer diskutiert werden. Ohne Ausnahmen ließe sich das gegenwärtige Aufkommen mit spürbar niedrigeren Sätzen erreichen. Diese wären dann auch für Unternehmen verkraftbar. Die Vermögensteuer sollten dagegen alle am besten ganz schnell vergessen.»

Der Text **«Steinbrücks Agenda» (9.10.2012)** skizziert das politische Wollen von Steinbrück so: «Reich sind die anderen. Wer sie schröpfen will, legt sich zumindest nicht mit der breiten Masse an. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück nimmt, wie es seine Partei schon länger plant, die ungeliebte Minderheit ins Visier: Vermögende, Kapitalanleger, Spitzenverdiener. Für die Finanzkrise sollen sie bluten, ob sie nun spekuliert haben oder nicht.» Im Mittelpunkt stehe die Vermögenssteuer. «Gerechter wird die Welt mit den Vermögensteuerplänen der SPD nicht. Das Land schafft es ja bislang nicht einmal, das Grundvermögen aktuell zu bewerten und arbeitet mit Werten von 1964 und 1935. Auch dies blendet die SPD aus. Das Motto lautet, alles egal, Hauptsache man hat eine Vermögensteuer, auch wenn sie nur weniger Vermögende trifft.»

Der Text **«Von der Leyens Versuche» (21.09.2012)** beschäftigt sich kritisch mit dem Versuch der Ministerin, «wieder eine Marke» zu setzen: «In der noch nicht mit den anderen Ressorts abgestimmten Fassung des Armuts- und Reichtumsberichts transportierte Ursula von der Leyen die Botschaft, die Regierung prüfe, ob und wie man privaten Reichtum zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker heranziehen könne.» Mit Verweis auf ihre erfolgreiche Intervention, die Regierung müsse etwas gegen Altersarmut tun, meint die Autorin skeptisch: «Man darf daher gespannt sein, welche Kurven die koalitionsinterne Debatte über Vermögensteuern auf der Zielgeraden zur Wahl noch nimmt. Auch hier sollte man von der Leyen lieber nicht unterschätzen.»

Der Text **«Verdächtiger Satz» (19.09.2012)** kommentiert den Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichts so: «Der Wohlstand ist enorm gewachsen – weniger beim den Euro rettenden Staat als in privaten Haushalten, versteht sich. Allerdings haben Großverdiener mehr profitiert als «kleine Leute». Die Reichen sind noch reicher geworden. Weil Arbeitsministerin Ursula von der Leyen das ändern und mit Hilfe von Mindestlöhnen und Zuschussrente mehr umverteilen will, findet sich ganz versteckt im Bericht der Satz: «Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.» Damit begibt sie sich in die Koalition mit SPD, Grünen, Linken, Gewerkschaften und Sozialverbänden, die alle für höhere Steuern oder Abgaben auf Vermögen trommeln. Vergessen sie, dass die oberen zehn Prozent schon heute 50 Prozent der Steuerlast tragen und so den Sozialstaat erst ermöglichen? Am besten wäre es, den Satz in der Ressortabstimmung zu streichen.»

Der Text **«Mit eisernem Willen» (14.9.2012)** beschäftigt sich mit dem Verhalten von Ministerin von der Leyen in der Frage von Rentenpolitik und Altersarmut. Aufgrund des Widerstandes in Union und Kanzleramt suche sie jetzt ausserhalb der Koalition nach Verbündeten. Der Schluss: «Ihr eiserner Wille zur Profilierung ist ungebrochen.»

Der Text **«Illusionen einer Rentenwende» (10.9.2012)** geht von der These aus: «Der Aktionismus von CDU und SPD in Sachen Altersarmut schadet dem Rentensystem.»

Die Autorin bezieht die Grundsatzposition: «Über den erleichterten Zugang zu einer steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter, die etwa auf Hartz-IV-Niveau liegt, ist schließlich schon ein Auffangnetz für alle da, die nicht genug in die Rentenkasse gezahlt haben, damit ihre gesetzliche Rente zum Leben reicht. Diese Sozialleistung nehmen bisher nur 2,5 Prozent der 20 Millionen Rentner in Anspruch. Altersarmut ist also kein vordringliches Problem. Und auch wenn manches darauf deutet, dass sich die Lage in 20 Jahren anders darstellen könnte, erwächst daraus kein unmittelbarer Handlungsbedarf.» Alle anderen Pläne schadeten: «Wer, wie von der Leyen mit der Zuschussrente oder die SPD nun mit Mindest- und Solidarrente, niedrige gesetzliche Renten auf willkürliche 850 Euro aufstocken und damit deutlich über die Grundsicherung von rund 670 Euro heben will, richtet doppelt Schaden an: Er untergräbt das Konzept der beitragsabhängigen Rente und torpediert den Aufbau ergänzender kapitalgedeckter Altersvorsorge, ob über Betriebsrenten oder privates Renten-Sparen, zum Beispiel in Form der Riester-Verträge.»

Und: «Es ist zu früh für ein Urteil, ob das von Rot-Grün 2001 neu justierte Mehssäulensystem der Wucht der Alterung mittelfristig standhält.»

Und: «Es wäre fatal, rief die Politik jetzt auch noch die Rentenwende aus, indem sie die gesetzliche Rente für Millionen Geringverdiener einfach aufstockt und Renten für Eltern und Erwerbsgeminderte anhebt. Dann kommt im Volk wieder die alte Botschaft an: Zusatzvorsorge

überflüssig. Der Staat wird es schon richten. Ein Irrglaube: Mehr als magere Renten kann ein reines Umlagesystem nicht abwerfen, wenn immer weniger Junge immer mehr Alte finanzieren müssen.» Der abschließende Rat: «Warum nicht Ruhe bewahren und die Entwicklung der Alterseinkommen beobachten?» Und: «Sollte sich abzeichnen, dass die schwarzen Prognosen Wirklichkeit werden, kann man immer noch Zuschüsse einführen. Neue Leistungen sind weit schneller beschlossen als abgeschafft. In der Zwischenzeit könnten sich die Sozialpolitiker die im Vergleich zur gesetzlichen Rente großzügigen Pensionen vorknöpfen. Hier fände man womöglich Sparpotenzial, um etwaige Korrekturen im gesetzlichen System zu finanzieren.»

Der Text **«Arbeit, Alter, Armut» (6.9.2012)** erinnert an frühere «Instrumente» der Vorsorge vor Altersarmut und letztlich an die großen Vorzüge des seit vielen Jahren grundsätzlich kritisierten Umlageverfahrens: «Wer früher Altersarmut verhindern wollte, hatte viele Kinder. Auch das ist «private Vorsorge».» Trotz der momentanen Beitragsüberschüsse gelte: «Die staatliche Beihilfe reicht nicht, die private Vorsorge ist nötiger denn je, aber gerade diejenigen, die vorsorgen müssten, um Altersarmut zu vermeiden, tun es nicht oder können es nicht in ausreichendem Maße. Ist also nicht nur das Umlageverfahren, sondern auch die private Vorsorge in Form der «Riester-Rente» ein Holzweg, bleibt also nur der Ausweg steuerfinanzierte Grundrente?» Die Riester-Rente habe Mängel und es fehlten Anreize: «Die drohende «Katastrophe» der Altersarmut, wie sie den vielen Beitragszahlern mit niedrigem Einkommen prophezeit wird, mag solche Anreize schaffen.» Jedoch: «Die Panik, die erzeugt wird, kann sogar das Gegenteil dessen bewirken, was erwünscht ist. Denn zu den Verlierern des Rentensystems gehören auch diejenigen, die sich immer um Arbeit bemüht und brav ihre Riester-Verträge geschlossen haben. Warum aber sollte jemand privat vorsorgen, wenn es trotzdem nicht einmal zur staatlich garantierten Grundsicherung reichen wird? Warum das Geld dann nicht gleich verprassen?» Im Folgenden entwickelt der Autor eine Argumentation, die eine steuerfinanzierte Grundrente ablehnt und einem sanften Plädoyer für die großen solidarischen Vorteile des Umlageverfahrens gleichkommt: «Denn es (steuerfinanzierte Grundrente, at/sto) wäre der unwiderrufliche Wechsel aus dem Generationenvertrag in ein System, in dem der Staat einheitlich das Nötigste sichert, ansonsten aber jeder sieht, wo er bleibt.» Weiter: «Wie weit die «Solidargemeinschaft» mittlerweile von ihren Ursprüngen entfernt ist, zeigt ein Blick zurück auf Anfänge des Umlageverfahrens. Damals sollte nicht nur ein unausgesprochener Vertrag zwischen der erwerbstätigen Generation und den Alten, zwischen Arbeitsmarkt, Beitragszahlern und Ruheständlern geschlossen werden. Die Kinder sollten auch dazugehören. Die Beiträge sollten eigentlich so verstanden werden, dass sie zurückgeben, was die Generation zuvor erarbeitet und in Erziehung und Ausbildung der Kinder investiert hatte. Die Rente, die diese Beitragszahler eines Tages beziehen würden, sollten sie sich durch die Arbeit für ihren Nachwuchs, also durch die Geburt, Erziehung und Bildung der nächsten Generation, «verdienen».» In diesem Sinne sei eine staatliche steuerfinanzierte Grundrente «eine Kapitulation vor der Kinderarmut». Weiter: «Eine Grundrente setzte an die Stelle einer Solidargemeinschaft eine Gemeinschaft, in der es zwischen Staat und dem Eigeninteresse seiner Bürger nichts mehr gibt, was auf dessen gesellschaftliche Verantwortung zielt. Das Umlageverfahren dagegen, so ergänzungsbedürftig es auch sein mag, trägt mit dem ständigen Appell an die Generationen den Keim der Gesellschaft jenseits des Staates in sich. Ihn vollends vertrocknen zu lassen wäre so, wie wenn eine Landschaft langsam verödet.»

Der Text **«Rente in Altersarmut» (6.9.2012)** setzt sich kritisch mit der Arbeitsministerin und ihrer Politik auseinander: «Statt das im schrumpfenden Volk schwindende Vertrauen in die Rente zu stärken, nährt Arbeitsministerin Ursula von der Leyen die Zweifel an der Altersvorsorge im Umlageverfahren. Um jeden Preis will sie ihr Lieblingsprojekt Zuschussrente durchpeitschen. Mit zweifelhaften Modellrechnungen schürt sie die Angst vor angeblich flächendeckend drohender Altersarmut.» Und: «Weil sie in ihrem Streben nach Umverteilung den Versicherungscharakter der Rente missachtet hat, rückt jetzt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel von ihr ab. Denn wer in die Rente mehr einahlt, hat auch ein Recht auf mehr Leistung. Wer gegen dieses Prinzip verstößt, verletzt das Gerechtigkeitsgefühl.»

Der Text **«Die moderne Rente» (20.8.2012)** geht von der These aus: «Das Rentensystem kann die Versäumnisse eines langen Arbeitslebens nicht ausgleichen.» Von der Leyen wird erst als eine Politikerin skizziert, die der SPD Themen wegnimmt. Die neueste Entwicklung: «Seit

einer Weile hat die Ministerin weitere Benachteiligte unter ihre Fittiche genommen: jene Generation von Geringverdienern, die in eine zunehmende Altersarmut hineinwächst. Die Tendenzen der Zeit – unstete Erwerbsbiographien mit längeren Phasen der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu Niedriglöhnen – lassen die Zahl der armen Alten ansteigen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind.» Das von ihr vorgeschlagene Mittel ist im Grundsatz falsch – da sich Versäumnisse im Arbeitsleben nicht im Rentensystem beheben ließen, so die Grundargumentation –, aber auch im Detail: «Doch die Zuschussrente ist nicht nur kein Mittel gegen Altersarmut, sie ist auch teuer und unfair.» Die Überlegung der Autorin: «Wie soll man einem Beitragszahler, der mit Mühe aus eigener Kraft 850 Euro Rente erreicht, erklären, dass die Rente seines Nachbarn, der weniger gearbeitet und eingezahlt wird, aus sozialen Gründen auf denselben Betrag aufgestockt wird? Gibt die Politik das Äquivalenzprinzip auf, schwächt sie einmal mehr die ohnehin wacklige Akzeptanz für das Rentensystem.»

Der Text **«Letzte Runde» (16.7.2012)** sieht den Staat geschwächt: «Der Staat greift zum letzten Mittel: Wieder einmal hat er Daten von Steuersündern gekauft – und so wird es weitergehen. Denn er braucht das Geld. ... Und das Geld muss sich der Fiskus wohl oder übel bei den immer weniger werdenden arbeitenden und/oder vermögenden Bürgern holen.» Es gebe noch die Haftung für immer mehr Schulden und beispielsweise die Energiewende. Der Autor fragt: «Das alles mag beherrschbar sein. Aber von wem? Der Staat, das sind die Bürger – und es wäre fatal, wenn gerade sie sich noch stärker von der Politik abwenden würden. Schlimm genug, dass hier zu versteuerndes Geld ins Ausland verschoben wird. Es gilt, die (einstmals) engagierten Bürger von der Richtigkeit angeblich «alternativloser» Großprojekte zu überzeugen, die womöglich tatsächlich unumkehrbar sind.»

Der Text **«Zwangsneurose» (12.7.2012)** beschäftigt sich mit den Forderungen der Opposition, die Vermögenden müssten mehr beitragen, um die Folgen der Finanzmarkt-Krise zu bewältigen: «Es scheint in Vergessenheit zu geraten: Wer in Deutschland viel verdient, zahlt sehr viel Steuern. Rund die Hälfte beansprucht der Fiskus. Früher verlangte er sogar bis zu zwei Drittel. Wer so viel abgeben muss, versteht keinen Spaß, wenn über neue Lasten spekuliert wird – zu Recht. Ein Staat, der überzieht, zerstört Anreize zu investieren, zu arbeiten, zu sparen. Eine solche Politik ist letztlich weder sozial noch marktwirtschaftlich.»

Der Text **«Sprengstoff im Rentenpaket» (28.03.2012)** beschäftigt sich mit der These: «Der Schlüssel zu einer auskömmlichen Rente liegt in Schulbildung, Ausbildung, Weiterbildung.» Die Pläne der Bundesministerin von der Leyen, unter anderem mit einer Zuschussrente der Altersarmut vorzubeugen, werden kritisiert. Es gehe hier um «Wohltaten». Das «Lieblingsprojekt der Ministerin» hat den folgenden Inhalt: «Sie will die Kleinrenten derer bis auf 850 Euro aufstocken, die lange gearbeitet, aber wenig verdient haben – so wenig, dass ihre Rente nicht oder kaum über den rund 680 Euro liegt, die man vom Staat als Grundsicherung bekommt, wenn man kaum oder nie gearbeitet hat.» Es erhalte diesen Zuschuss nur, wer «immer privat für das Alter vorgesorgt» hat und «am Ende 45 Versicherungsjahre und 35 Beitragsjahre (einschließlich Kindererziehung und Pflegezeiten) belegen» kann. Die Position des Autors: So können «die Fehlentwicklungen eines Arbeitslebens» nicht repariert werden. «Der Schlüssel zum auskömmlichen Einkommen im Alter liegt in Schulbildung, Ausbildung, Weiterbildung.» Seine Wertung: «Die Zuschussrente hilft nicht nur nicht gegen Altersarmut, sie ist auch teuer und unfair. Die Rentenbeitragszahler sollen mitzahlen für eine Fürsorgeleistung, die im Jahr 2030 rund 3,4 Milliarden Euro kosten wird. Die Zuschussrente ist zudem ungerecht gegen jene, die leer ausgehen, weil sie nur auf 34 Beitragsjahre kommen oder zu wenig geriestert haben, und gegen jene, die sich aus eigener Kraft 850 Euro Rente erarbeitet haben. Von der Leyen opfert das Äquivalenzprinzip, die Bindung der Rente an die Arbeitsleistung. Sie schwächt so die Akzeptanz des Rentensystems.»

Der Text **«Unausgegoren» (9.3.2012)** beschäftigt sich ebenfalls mit dem Vorhaben der Arbeitsministerin, eine Zuschussrente einzuführen: «Die CDU-Politikerin will Geringverdienern im Alter eine Rente von 850 Euro garantieren, selbst wenn die zuvor eingezahlten Rentenbeiträge dafür nicht reichen. Sie will damit signalisieren: Alle, die viele Jahrzehnte lang arbeiten, Kinder oder Alte pflegen, müssen nicht nur von einer Rente auf Sozialhilfeniveau leben. Die Kritik an der Zuschussrente ist aber zu Recht groß: Sie belohnt vor allem jene, die

sich auf Teilzeittätigkeit beschränkt haben, und ist damit ungerecht gegen jene, die 850 Euro Rente selbst mühsam erwirtschaftet haben. Wer wirklich von Altersarmut bedroht ist, kommt gar nicht in den Genuss, weil er etwa wegen langer Arbeitslosigkeit die Voraussetzungen nicht erfüllt. Völlig unausgegoren ist außerdem die Finanzierung der am Ende milliardenteuren Garantierente. Die Arbeitsministerin ist mit der Idee längst in der Sackgasse gelandet.»

In dem Kommentar **«Bekennnis zum Bürger» (8.12.2011)** wird die Forderung des SPD-Parteitagess kritisiert, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anzuheben. Es wird Gerhard Schröder zitiert, der diesen Beschluss für falsch halte, und die Führung der Partei, die sich «rühmt», «noch mehr verhindert zu haben». Gut sei, dass nun bekannt sei, wohin die Reise gehe mit Rot-Grün: «noch tiefer hinein in den Umverteilungsstaat, auf nationaler wie europäischer Ebene». Wenigstens hier widersetze sich die Union, wolle sie doch Spitzenverdiener nicht mehr belasten, sondern kleine und mittlere Einkommen entlasten. Das sei «ein Bekenntnis zum mündigen Bürger. Die SPD aber will weiter den unersättlichen Staat füttern, der trotz ungekannter Rekordmarken bei den Steuereinnahmen nicht aufhören kann, neue Schulden zu machen».

Der Text **«Lohn für Lebensleistung» (6.11.2012)** geht von der These aus: «Die Wortschöpfung Lebensleistungsrente verspricht mehr, als Politiker halten können.»

Das Thema wird so beschrieben: «Mit einem Rentenaufschlag will die Koalition all jene für ihre Lebensleistung belohnen, die ihr Lebtag fleißig gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben. Sie sollen im Alter mehr in der Tasche haben als die staatliche Grundsicherung von derzeit im Schnitt 688 Euro, denn sie sollen bessergestellt sein als diejenigen, die nie gearbeitet haben und für die der Staat dennoch in diesem Umfang sorgt.»

Die Erwartungen seien groß gewesen, sie seien auch geschürt worden. «Herausgekommen ist ein Aufschlag von 10 bis 15 Euro.» Die politischen Folgen: «Mit der Ministerin nimmt der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder Schaden, der ein Konzept gegen Altersarmut in Aussicht gestellt hatte, und Kanzlerin Angela Merkel, die sich das Thema auch zu eigen gemacht hatte.» Die Regierung habe da einen falschen Ansatz gewählt: «Denn im Rentensystem ist nicht zu reparieren, was in einem jahrzehntelangen Arbeitsleben schiefgelaufen ist – oder eben zumindest nicht so gut, dass am Ende eine auskömmliche Rente steht. Der einzige Ansatz zur Vermeidung von Altersarmut kann nur eine bessere Aus- und Weiterbildung sein, kein wie auch immer gearteter Rentenaufschlag.»

Der Text **«Nachhutgefechte» (1.11.2011)** beschreibt die Rolle des Staates gegenüber den Tarifpartnern: «Der Staat muss stärker sein als die Tarifpartner. Denn das Gemeinwesen vertritt die gesamte Bevölkerung, ... . Haben sich die CDU und ihre Vorsitzende, die verfassungsrechtlich richtlinienkompetente Bundeskanzlerin, einmal zu der Einsicht durchgerungen, dass die gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit die Errichtung einer Brandmauer gegen die Verarmung benachteiligter Arbeitnehmer erfordert (und das scheint seit dem Wochenende der Fall zu sein), dann gibt es keine Hürde mehr, die den alten Zustand bewahren hülfen.» Und: «Wer zu Recht das Hohelied der Sozialen Marktwirtschaft singt, der kann keine Politik gutheißen, die das krückengleiche Aufstocken von Vollzeitarbeitseinkommen auf das lebensnotwendige Niveau erzwingt. Der branchenunabhängige, gesetzlich verankerte Mindestlohn hat zum eigenständigen Leben zu reichen und darf nicht dazu führen, dass der Arbeitende als Teilsozialhilfeempfänger dasteht. Daher muss der Staat eine Lohnuntergrenze bestimmen, die die Würde des Vollzeitarbeitnehmers wie die Nichtbelastung der Staats- und Sozialhaushalte sicherstellt. .... . Das ist keine Verletzung der Tarifhoheit, denn oberhalb dieser Linie haben die Partner alle Freiheiten zu Vereinbarungen.»

Der Text **«Der Steuer-Zombie» (20.09.2011)** plädiert gegen das Instrument der Vermögenssteuer. Der Autor erläutert ausführlich das Problem der halbwegs vergleichbaren und aktuellen Bewertung von persönlichen und unternehmerischen Vermögensgegenständen. Der Autor kommt zu dem Schluss: «Besser wäre es, den Steuer-Zombie endlich sterben zu lassen.» Und: «Doch warum kompliziert, wenn es einfach geht? So spricht alles dafür, die Reichen über die Einkommensteuer angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.» Das sei jedoch bereits der Fall, meint der Autor: «Wer sich die Zahlen unvoreingenommen anschaut, kann freilich nicht behaupten, dass sich die Spitzenverdiener

bislang drücken. Heute zahlen die oberen zehn Prozent mehr als die Hälfte des Aufkommens der Einkommensteuer. Gleichwohl will die SPD das Rad ihrer eigenen Reformen zurückdrehen und den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent erhöhen, zu dem dann noch der Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer hinzukämen. Zusätzlich würde sie das Vermögen belasten, das nicht zuletzt aus früher besteuertem Einkommen besteht. Wie sich all das auf die Motivation der Leistungsträger auswirkt, die eine Gesellschaft braucht, um voranzukommen, wird ausgeblendet.»

Der Text **«Rentenfalle» (3.9.2011)** lehnt die Pläne einer Zuschussrente ab, denn die Jungen «müssten am Ende für die neue Wohltat zugunsten einer wachsenden Zahl baldiger Rentner zahlen. Das wäre doppelt unfair. Denn es waren die Älteren, die zu wenig Kinder auf die Welt gebracht haben, um eine auskömmliche gesetzliche Rente zu finanzieren. Warum also sollen Junge mehr in ein System einzahlen, von dem sie später noch weniger erwarten dürfen?»

Die Argumentation geht so weiter: «Aber wer lange gearbeitet habe, der müsse mehr bekommen als jemand, der ohne jede Leistung eine staatliche Grundsicherung von rund 680 Euro beziehe, sagt Frau von der Leyen. Wer wollte da nicht spontan zustimmen? Das Argument ist so eingängig wie die Begründung für den gesetzlichen Mindestlohn, dass jeder von seiner Hände Arbeit müsse leben können. Aber leider ebenso trügerisch. Denn selbst wenn es einen Mindestlohn in Höhe von stolzen zehn Euro gäbe, wäre damit das Problem der Altersarmut nicht gelöst.» Der Autor erinnert an diesen Leistungsaspekt: «Die Rente ist kein Almosen warmherziger Sozialpolitiker, sondern ein durch Arbeit erworbener Rechtsanspruch. Was soll ein Beitragszahler denken, der dank eigener Anstrengung eine Rente von 850 Euro bekommt, wenn die Rente des Nachbarn, der weniger gearbeitet, aber kaum schlechter gelebt hat, aus sozialen Gründen auf dasselbe Niveau gehoben wird? Die Rente ist der falsche Ort, um Versäumnisse in der Bildung oder im Arbeitsleben auszugleichen.» Seine Position: «Gegen Altersarmut hilft die private Vorsorge.» Er fordert von von der Leyen, sie möge sich «am Kampf gegen die Armutsfalle beteiligen. Doch sie sollte nicht einfach noch mehr Steuern eintreiben, sondern erst sparen, bevor sie neue Wohltaten verteilt.»

In dem Text **«Ministerin für Bedürftige» (14.05.2011)** nimmt sich die Autorin der sozialen Probleme wie folgt an: «Ursula von der Leyen ist gut organisiert. Die Hartz-IV-Neuordnung ist über die Bühne, die Reform der Arbeitsförderung geht Ende Mai ins Kabinett. Die Bundesarbeitsministerin hat den Kopf schon wieder frei für neue Aufgaben: Nach den bedürftigen Kindern und bedürftigen Arbeitslosen will sie sich der bedürftigen Rentner annehmen. Denn um die geht es beim Stichwort «Altersarmut». Heute ist die Zahl der armen Alten, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, noch klein. Aber die Trends der Zeit – unstete Erwerbsbiographien mit längeren Phasen der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu Niedriglöhnen – werden dies ändern. ... . Nachgedacht wird über Zuverdienste für Rentner, die Anrechnung zusätzlicher Vorsorge auf die Grundsicherung, aber auch über Mindestrenten. Das könnte Geld kosten, das die Ministerin nicht hat.»

Der Text **«Aktivierende Sozialpolitik» (26.04.2011)** beschäftigt sich grundsätzlich mit dem Thema Eigeninitiative und erinnert befürwortend an Prinzipien, die Kanzler Schröder seiner Agenda 2010 zugrunde legte: «Zunächst einmal muss das Elternhaus die Voraussetzungen für den Erfolg im Beruf schaffen.» Der Autor fragt, was die Jugendlichen tun, um ihren Schulabschluss zu schaffen und mit Erfolg ins berufliche System hineinzukommen. Sein Vorwurf in Anbetracht sinkender Jugendarbeitslosigkeit und offener Lehrstellen: «Offensichtlich hält keineswegs nur eine kleine Minderheit die «soziale Hängematte» für hinreichend bequem, zumal, da sie für reguläre Arbeit wegen der geringen beruflichen Qualifikation oft nicht wesentlich mehr verdienen könnten.» Soziale Gerechtigkeit verlange auch Eigenverantwortung und sei nicht nur eine Frage von Geld. An diesen eigenen Bemühungen fehle es: «Die hohe Quote der Schulabgänger ohne Abschluss – bei Immigrantenfamilien doppelt so hoch wie bei Einheimischen – spricht dafür, dass Jugendliche von ihren Eltern nicht rechtzeitig zu größerer Leistungsbereitschaft veranlasst werden.» Es gebe viele Beispiele, dass auch Arbeiterkinder und Immigrantenkinder beruflich erfolgreich seien. «Zum Beispiel haben 75 Prozent der Ingenieure Eltern ohne Hochschulabschluss.» Der Autor meint, es müsse deshalb im Sinne von Schröder wirksamere Anreize und auch Sanktionen geben. Denn: «Solange es für Nichtstun Sozialleistungen gibt, ist der Anreiz, Arbeit abzulehnen, oft überwältigend.» Und: «Wenn



Zuwanderer ins deutsche Sozialsystem damit rechnen müssten, dass sie für den Bezug von Sozialleistungen verpflichtet sind, ganztägig zu arbeiten, wäre der Anreiz für potentielle Immigranten wesentlich geringer als derzeit.» Mit dieser Art aktivierender Sozialpolitik müsse «auf breiter Front Ernst gemacht werden».

Der Text **«Kommunale Finanztricks» (27.11.2010)** unterstellt den Kommunen nicht nur, sie würden sich arm rechnen, sondern: «Städte und Gemeinden sind mit großem Erfolg dabei, private Unternehmen auf wichtigen Märkten zu verdrängen, den Wettbewerb zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten auszuhebeln und dafür noch Steuererhöhungen zu verlangen.» Und aus Berlin komme kein Widerspruch. «Mit ihren Klagen über die Folgen fehlender Mittel, insbesondere für soziale und schulische Aufgaben sowie die Erhaltung der städtischen Infrastruktur, finden die kommunalen Lobbyisten in den Parlamenten viel Verständnis. Dass die Mittelknappheit auf falsch gesetzte Prioritäten zurückgeht, dass allein für die Ausweitung vermeidbarer unternehmerischer Aktivitäten ein zweistelliger Milliardenbetrag ausgegeben wird, bleibt der Öffentlichkeit weithin verborgen. Politiker tun nichts, dieses Informationsdefizit zu beseitigen. Der Bund der Steuerzahler schweigt ebenso wie die Spitzenverbände der Wirtschaft.» Der Autor schlägt eine genau gegenteilige Strategie vor: «Dauerhaften finanziellen Handlungsspielraum könnten sich die Kommunen mit Einsparungen beim Schuldendienst verschaffen, indem sie nicht zwingend benötigtes Eigentum an Betrieben aller Art veräußern. Die rund 700 kommunalen Krankenhäuser (meist zuschussbedürftig) gehören ebenso wenig zur unverzichtbaren «Daseinsvorsorge» wie zahlreiche Eigenbetriebe und das riesige kommunale Eigentum an Mietwohnungen.»

Der Kommentar **«Hartz als Chance» (28.9.2010)** lobt die Bundesregierung: «Die Beschlüsse der Koalition lassen eine bürgerlich-liberale Handschrift erkennen.» Die Argumentation: «Die Bundesregierung weitet die staatlichen Fürsorgeleistungen für Langzeitarbeitslose und ihre Familien erheblich aus.» Dies sei der Kern der Neuregelung zur Grundsicherung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: «Insgesamt wird den 6,7 Millionen Bedürftigen rund eine Milliarde Euro neuer Hilfen in Aussicht gestellt.» Die Vorwürfe der Opposition, die Beschlüsse spiegelten soziale Kälte wider, seien also nicht zu belegen. Umgekehrt sei zu fragen: Wie passten diese Beschlüsse «zu dem Versprechen, weniger Schulden zu machen und die Steuer- und Abgabenlast zu mäßigen, damit vor allem von kleinen und mittleren Arbeitseinkommen wieder mehr übrig bleibt? Auch hat man die berechtigte Warnung gerade der FDP im Ohr, dass wachsende Sozialleistungen das Bemühen zur Aufnahme gering bezahlter Arbeit dämpfen.»

Und: «Die nun geplante moderate Steigerung des Hartz-IV-Regelsatzes für Erwachsene um fünf Euro auf 364 Euro (plus Miete und Heizung) zeigt, dass die Bundesregierung das Problem ernst nimmt, dass zu großzügige Fürsorgeleistungen Beschäftigung gleich doppelt behindern: Je höher die staatliche Leistung, desto geringer der Anreiz zu arbeiten. Zugleich erschwert die zur Finanzierung der Sozialleistungen erforderliche Steuerlast den Aufbau von Arbeitsplätzen. Freilich hat der Koalition dann doch der letzte Mut gefehlt, den Ermessensspielraum zu testen und den Regelsatz überhaupt nicht zu erhöhen. Damit verstärkt sie die negativen Effekte von Hartz IV auf den Arbeitsmarkt.»

Und: «Der Kompromiss lässt auch das Bemühen erkennen, die Grundsicherung künftig so auszurichten, dass Kinder von Langzeitarbeitslosen bessere Bildungschancen und damit mehr Aussicht auf ein Leben in Arbeit haben als ihre Eltern.» Ob der Versuch gelinge, Kindern und Eltern Sachleistungen und Hilfen anzubieten, sei «aber ungewiss». Denn: «Die 600 Millionen Euro scheinen hier zwar besser angelegt als in einer Erhöhung der Regelsätze für Kinder. Die Gefahren des Versuchs sollte man nicht unterschätzen: Im ungünstigen Fall kommt über eine teure Bürokratie eine staatlich gepöppelte Nachhilfe- und Vereinsindustrie in Gang. Da die Ministerin angekündigt hat, dass sie sich diese Hilfen auch für Kinder von Geringverdienern oberhalb der Hartz-Schwelle vorstellen kann, könnte sich hier – mit oder ohne Chipkarte – ein neues Schwungrad für den Sozialstaat entwickeln.» Die Regierung zeige hier jedoch «eine bürgerlich-liberale Handschrift». Denn: Die Koalition trete den Beweis an, «dass es möglich ist, Rücksicht auf Wünsche und Nöte der finanziell geplagten Mitte zu nehmen, ohne das staatliche Sicherungsnetz zum Nachteil für diejenigen zu verändern, die darauf angewiesen sind.»

Der Text **«50 in 5, dafür 3 statt 5» (13.8.2010)** kommt zu dem Ergebnis, dass der Staat nicht mit 50 Milliarden, sondern lediglich mit 11 Milliarden Euro jährlich niedrige Löhne aufstockt. Seine Wertung: «Die Zahl 50 Milliarden begründet jedenfalls keinen einheitlichen Mindestlohn. Die sittenwidrige Ausbeutung durch Unternehmen, die Hungerlöhne vom Amt aufstocken lassen, beschränkt sich auf wenige Missbrauchsfälle, weil für viele Branchen Mindestlöhne gelten. Die 50 Milliarden passen besser zu den erfreulichen Daten vom Arbeitsmarkt, wo die Zahl der Arbeitslosen von 5 auf 3 Millionen gesunken ist. Schön, dass mehr Leute Arbeit haben.»

In diesem Text **«Politische Zauberlehrlinge» (20.5.2010)** beschäftigt sich der Autor mit dem Zusammenspiel zwischen Staat und Finanzmarkt-Akteuren: «Lange schien das gutzugehen: Die Staatslenker taten so, als seien ihre Schiffe unsinkbar und als hätten sie unbegrenzt Kredit - und die Finanzjongleure taten so, als könnten sie die Politik mit unendlich viel Geld versorgen, wenn man ihnen nur freie Hand ließe bei der Erfindung neuer Geldvermehrungstricks.» Weiter: «Losgelöst von der Realwirtschaft, vervielfachten sie die umlaufende Geldmenge. Gerade für demokratische Politiker, die auf stete Zustimmung angewiesen sind und sich diese mit der Befriedigung steigender Ansprüche meinen erkaufen zu müssen, waren sie die idealen Partner. Das wachsende Kapital suchte weltweit nach Anlagen, und die stets klammen Finanzminister fragten allenthalben begierig diese Kredite nach. ... . So ging die seit den siebziger Jahren zu beobachtende Deregulierung der Finanzmärkte in den Industriestaaten mit einem explodierenden Wachstum der Staatsschulden einher. Gewiss kommen solche Kredite auch dem allgemeinen Wohlstand zugute, denn die Renditen, die sie abwerfen, fließen auch auf die Konten von Versicherungskunden und Sparern. Gleichzeitig schmälern sie aber die öffentlichen Einnahmen, da immer größere Anteile der Steuergelder vom Schuldendienst aufgezehrt werden und dem Wohlfahrtsstaat als Verteilungsmasse verlorengehen.» Der Kommentar nimmt in einer für dieses Medium auffallend differenzierten Herangehensweise weitere Perspektiven in den Blick: «Während Industriekonzerne immer größere Teile ihrer Gewinne ebenfalls durch Finanztransaktionen erwirtschaften, nehmen die Arbeitnehmer immer weniger am Wirtschaftswachstum teil. Die Löhne stagnierten, die Gewinne aus Finanztransaktionen landeten in den Depots von Aktienbesitzern. An diesem Punkt hätte der Finanzbranche selbst klarwerden müssen, dass sie sich damit in demokratischen Staaten den Boden unter den Füßen wegzieht. Wo Mehrheiten über die politische Richtung bestimmen, kann sich auf Dauer kein Wirtschaftssystem halten, das dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden zuwiderläuft.»

Politik wie Banker und Ökonomen seien für die Risiken jedoch blind gewesen. Erst der Unmut in Verbindung mit der Bankenrettung habe «die Politiker wachgerüttelt».

Änderungen seien jedoch nicht einfach, denn «die Alchimisten unserer Zeit ... diktieren jetzt der Politik die Bedingungen, zu denen sie die auf Dienstleistungen beruhenden Volkswirtschaften am Laufen halten. Und sie sind in der Lage, ganze Länder zu ruinieren». Jetzt sei es möglicherweise unabwendbar, die Währung mit hohen Milliarden-Beträgen zu retten. Jedoch würde so die Illusion geschürt, «dass Geld nicht verdient werden muss, sondern <geschaffen> werden kann». Zum Schluss wird der Politik zugewiesen, einen neuen Weg einzuschlagen: «Die Regierungschefs aller Euro-Länder, auch Deutschlands, werden diesem Teufelskreis nur enttrinnen, wenn sie der Alchimie abschwören und zu einer Wirtschaftsweise zurückkehren, die wieder weit mehr als bisher auf realen Werten beruht.»

Der Text **«Selbsthilfe vor Fremdhilfe» (27.4.2010)** beschäftigt sich mit der Lage der Kommunen. Vorweg gibt es die folgende allgemeine Positionierung: «Weil Politiker nur allzu gern wählerwirksame Unterstützung aus öffentlichen Kassen zusagen, ist der Wohlfahrtsstaat aus den Fugen geraten. Ein großer Teil der Wohltaten kann nicht mehr von den derzeit Steuerpflichtigen finanziert werden, sondern wird kurzerhand künftigen Steuerzahlern aufgebürdet. Die Verschuldungsschraube ist schon Jahrzehnte vor den aktuellen konjunkturellen Neuverschuldungsproblemen in immer schnellere Umdrehungen versetzt worden. So kann es - auch nach Ansicht vieler Politiker - nicht weitergehen. An Entlastungen der Steuerzahler kommen Staat und Gemeinden nicht länger vorbei.» Vor diesem Hintergrund wird erläutert, dass es den Kommunen besonders leicht falle, Geld zu sparen: «Angefeuert von kommunalen Spitzenverbänden, betätigen sich so gut wie alle Städte und Gemeinden in großem Umfang als Unternehmer, obwohl diese Aufgaben von Privaten übernommen werden

könnten. Kommunale Krankenhäuser, die fast immer mit hohen Fehlbeträgen arbeiten, lassen sich in privater Hand rentabel führen. Kommunale Wohnungsunternehmen, die im Durchschnitt mit einer negativen Eigenkapitalrendite arbeiten, sind eine schwere Belastung für die kommunalen Haushalte, auch deswegen, weil das in Wohnungen investierte Eigenkapital von fast 50 Milliarden Euro so gut wie überall nicht angemessen verzinst wird. Allein der Verkauf der Wohnungsunternehmen könnte fast die Hälfte der kommunalen Gesamtverschuldung (nach der Bundesbank-Statistik rund 117 Milliarden Euro) beseitigen und mindestens 2 Milliarden Euro Zinsausgaben einsparen helfen. Weder Krankenhäuser noch Wohnungsunternehmen gehören zu den Kernaufgaben der Kommunen. Ähnliches gilt für Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe, die sich – wie langjährige Erfahrungen beweisen – in privater Hand führen ließen.» Aber: «Die kommunalen Spitzenverbände verstehen es ausgezeichnet, die Finanzlage ihrer Mitglieder in den schwärzesten Farben zu malen.» Deshalb müsse auch für die Kommunen die Regel gelten: «Erst wenn Kommunen nachgewiesen haben, dass sie alles in ihrer Macht Stehende getan haben, ihre finanzielle Notlage aus eigener Kraft zu überwinden, dürfen Steuergelder eingesetzt werden. Nach Lage der Dinge können die Kommunen ohne Fremdhilfe auskommen.»

Der Text **«Das Leiden der Städte» (4.3.2010)** beschreibt die Lage in den Kommunen so: «Die Städte hängen am Tropf. Überall fehlt es an Geld.» Und: «So sinken derzeit die Einnahmen, die Ausgaben steigen weiter, insbesondere die für Soziales. Dagegen können die Bürgermeister wenig tun, viele Leistungen sind fixiert.» Über ihre Finanzlage sagt der Autor: «Nach Jahren mit Überschüssen sind die Haushalte der Städte und Gemeinden ins Defizit gerutscht. Da die Kommunen letztlich wenig bestimmen können, was ihre eigenen Einnahmen und Ausgaben betrifft, bleibt ihnen nur der stille Weg in die Verschuldung – und die laute Klage. Beides ist zu beobachten.» Eine Gemeindefinanzkommission soll nun Alternativen erarbeiten. Die Position des Autors: «Vorschläge für bessere Einnahmequellen der Kommunen gibt es genug. So könnte man ihnen als Ersatz für die Gewerbesteuer unter anderem ein eigenes Hebesatzrecht an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zugestehen. Damit würde die Demokratie auf lokaler Ebene gestärkt. Das scheinen die Bürgermeister jedoch zu fürchten. Sie erhöhen lieber den Druck auf den Bund. Wie die Erfahrung zeigt, ist jede Änderung gegen die Lobby der Städte zum Scheitern verurteilt. Man kann nur hoffen, dass das Wegbrechen der Gewerbesteuer Realitätssinn und Reformbereitschaft der Kommunen stärkt.»

Der Text **«Denkgebote» (19.2.2010)** beschäftigt sich mit der von der FDP initiierten Sozialstaats-Debatte. Diese Debatte gehe jeden an, vor allem weil in ihr «einige Gründe für die zunehmende Verdrossenheit des Publikums» zu erkennen seien. Denn ihr Verlauf zeige, «dass die schwarz-gelbe Koalition sich nicht auf das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorbereitet hat». Und die FDP habe sich auch «nicht abgestimmt ..., bevor ihr Vorsitzender Westerwelle auf die Pauke schlug». So sei auch nicht klar, was sie denn «im Einzelnen will. Und in ihrer Bundestagsfraktion gibt es sogar Streit darüber, ob die Hartz-IV-Sätze gesenkt werden sollten oder nicht». Weiter: «Besonders zwei Punkte machen den Freien Demokraten zu schaffen. Wie können Hartz-IV-Empfänger in großer Zahl zur Aufnahme geringfügiger Erwerbsarbeit gebracht werden, ohne dass dadurch der Effektivlohn in weiten Teilen des Arbeitsmarktes weiter gesenkt und die vollzeitbeschäftigenden Kleinbetriebe untergraben werden? Und: Wie können Kinder grundgesetzkonform so vor Armut bewahrt werden, dass ihre Eltern dadurch nicht von der Arbeitssuche abgehalten werden? Die FDP kann sich nicht damit herausreden, dass auch die anderen Parteien keine Antworten auf diese Fragen haben.»

Der Kommentar **«Sozialpolitik vor Gericht» (10.2.2010)** bezieht die Position: «Nein, ein Sofortprogramm gegen Verarmung fordert das Verfassungsgericht nicht. Es war von vornherein klar, dass viele vermeintlich soziale Verbände genau das aus dem Urteil zu Hartz IV herauslesen würden. Doch keinesfalls hat die Karlsruher Entscheidung den deutschen Sozialstaat als unsozial entlarvt.» Das Gericht lege der Politik die Aufgabe auf: «Der Gesetzgeber muss ein nachvollziehbares Verfahren schaffen, mit dem das unverfügbare Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum mit Leben gefüllt wird.» Wichtig sei: «Jeder Bürger sollte jedoch ein Interesse an einem stringenten, widerspruchsfreien System zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen haben. Das gilt gerade auch für diejenigen, die den Motor

des Wohlfahrtsstaates mit ihren Steuern am Laufen halten. Zum einen kann jeder ziemlich schnell selbst auf Hilfe angewiesen sein, zum anderen muss jeder wissen, für wen der größte Posten im Bundeshaushalt eigentlich da ist.» Der Schluss: «Dem Urteil zur Großbaustelle Hartz IV ist anzumerken, dass sich auch die Verfassungsrichter um den in Schiefelage geratenen Sozialstaat sorgen: Dass sich die Höhe des Existenzminimums nach dem <jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens> richtet, ist ein zarter Hinweis. Wenn es sich nicht mehr lohnt zu arbeiten, ist auch der Anspruch auf das Nötigste nichts mehr wert.»

Der Text **«Gleichheit als Illusion» (30.1.2010)** setzt sich grundsätzlich mit dem Sozialstaat auseinander: «Die Umverteilungspolitik nährt Unzufriedenheit, weil sie unerfüllbare Erwartungen weckt.» Die deutsche Bevölkerung sei mehr als andere «auf Gleichheit fixiert». Freiheit werde oft mit «sozialer Kälte» verbunden. Und eine Mehrheit gehe davon aus, es gehe in Deutschland nicht mehr gerecht zu. Der Autor sieht «verschiedene Gründe für die sich öffnende Schere zwischen den Einkommensgruppen». Er nennt zwei Gründe: «Der Druck auf den Niedriglohnsektor nimmt vor allem wegen der Globalisierung und wegen des Strukturwandels zu. Eine auf Hightech-Güter spezialisierte Wirtschaft mit stark automatisierter Produktion hat wenig Verwendung für Geringqualifizierte; sie werden an den Rand gedrängt. Die Problemgruppen wachsen durch die Zuwanderung in die Unterschicht. Und je mehr sich die traditionellen Familien auflösen, desto größer wird die Zahl der armutsgefährdeten Alleinerziehenden.» Mit einem Blick zurück meint der Autor, Ungleichheit habe es immer gegeben – abgesehen von der DDR, in der Gleichheit mit Unfreiheit erkaufte werden musste –, sie sei akzeptiert worden, wenn es «auch für die breite Mehrheit klar bergauf ging». Heute sei «dieser Aufstiegsoptimismus weitgehend verfliegen. Zweifel haben die Mittelschicht befallen, die vor allem das Erreichte sichern will und sich müht, ihren wenigen Kindern mit allerlei Extrakursen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Die kinderreichere Unterschicht hat sich in der Abhängigkeit von Sozialleistungen eingerichtet. Zu diesem beunruhigenden Bild kommt ein mentaler Wandel: Die Gerechtigkeitsdebatte hat sich auf Verteilungsfragen verengt.»

Früher meinte Gerechtigkeit Leistungsgerechtigkeit. «Erst in den siebziger Jahren schlug das Pendel um in Richtung Verteilungsgerechtigkeit. Über die Jahrzehnte hat der umverteilende Sozialstaat gigantische Schuldenberge aufgehäuft und auf Kosten der kommenden Generationen agiert.» Jedoch: «Der umverteilende Sozialstaat» funktioniere so nicht, «denn Unternehmen und Leistungsträger können abwandern. Der hochverschuldete Sozialstaat muss also neue Wege gehen und seine Ziele neu definieren».

Wegen der Globalisierung werde «die Ungleichheit zunächst weiter zunehmen. Will man dem entgegenwirken, dann nicht mit leerlaufender Umverteilungspolitik und fortdauernder Alimentierung der <sozial Schwachen>». Denn es müsse der Anreiz zur Arbeit erhalten bleiben. «Eine anspruchsvolle Sozialpolitik setzt einen Mentalitätswandel voraus. Die deutsche Gleichheitsfixierung und die Angst vor der Freiheit müssen aufgegeben werden. Es gilt, die (Selbst-)Blockaden in der Unterschicht aufzubrechen, gerade unter Migranten, und deren Aufstiegswillen zu stärken. Eine illusionslose Sozialpolitik fordert und fördert Bildung. Gleichheit kann heute nur in einem annäherungsweise gleichen Zugang zu Chancen zur Entfaltung liegen. Hilfe zur Selbsthilfe in der Marktwirtschaft – mehr kann und sollte der Staat nicht leisten. Der Versuch, über staatliche Umverteilung die subjektive Gerechtigkeitslücke zu schließen, kann nicht gelingen. Vielmehr nährt die egalitätsfixierte Politik die Unzufriedenheit, weil sie unerfüllbare Erwartungen weckt.»

Der Text **«Sozialstaat in Schiefelage» (26.1.2010)** geht von der These aus: «Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging – am Arbeitsmarkt vorbei – direkt ins Sozialsystem.»

Die Grundargumentation: «In kaum einem anderen Land der Welt ist der Sozialstaat so gut ausgebaut wie in Deutschland. Allein der Bund gibt in diesem Jahr 177 Milliarden Euro für Soziales aus. Sozialausgaben verschlingen mehr als die Hälfte des Haushalts. Zweitgrößter Posten sind die Zinsen (38 Milliarden Euro), die der Bund für Schulden bezahlen muss. Diese beiden Zahlen stecken das Spannungsfeld deutscher Innenpolitik ab, in der nichts so gefürchtet wird wie der Vorwurf der sozialen Kälte. Wegen des Vorrangs des Sozialen ist im Laufe der Jahre die Staatsverschuldung aus dem Ruder gelaufen, die Rettung der Banken in der Finanzkrise hat der Politik den Rest des finanziellen Spielraums genommen. Ratlos steht die Regierung nun vor der Aufgabe, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, ohne die Schuldenbremse im Grundgesetz zu brechen.»

Und: «Fünf Jahre nach der Fusion von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird Hartz IV noch immer als sozialer Kahlschlag geschmäht, obwohl die Reform den Sozialstaat nicht abgebaut, sondern ausgebaut hat.»

Kritiker wie Roland Koch würden als «radikal asozial verunglimpft. Mit Recht hat Koch auf eine Perversion des Sozialstaatsgedankens hingewiesen, wenn nämlich Millionen, die hart arbeiten, sehen, dass sie ohne Anstrengung das gleiche «Einkommen» erzielen könnten wie diejenigen, die vom Sozialsystem leben». Viele Arbeitslose mühten sich um Arbeit, das sei richtig, aber das soziale System werde auch ausgenützt. Koch nenne die Zahl: «Zehn bis fünfzehn Prozent der Leistungsempfänger ziehen in Hessen ihre Anträge zurück, wenn sie zur aktiven Mitwirkung beim Wiedereinstieg in das Arbeitsleben aufgefordert werden.»

Auch deshalb, weil nicht überall entschieden gehandelt werde, würden die Ziele nicht erreicht, dass möglichst viele Transfer-Empfänger zurück in den Arbeitsmarkt kämen.

«Wie schiefe Sozialanreize wirken können, zeigt das kräftige Wachstum der Lieblingsgruppe der Sozialpolitiker, der Alleinerziehenden; diese Gruppe wächst hierzulande viermal schneller als in anderen Industrieländern. Es ist politisch «unkorrekt», zu fragen, ob der Staat mit finanziellen Anreizen die Trennung von Partnern und Familien unterstützen soll. Ein politisch ebenso «unkorrektes» Tabuthema ist die Einwanderung in das deutsche Sozialsystem. Wer das anspricht, muss mit wütender Empörung der Wohlfahrtsanhänger rechnen. Hierzu einige staunenswerte Zahlen des Statistischen Bundesamts: Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von drei auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb dagegen mit 1,8 Millionen konstant. Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging also am Arbeitsmarkt vorbei in das Sozialsystem. Solche unbequemen Wahrheiten über schiefe Anreize halten Sozialpolitiker nicht davon ab, mit der Erhöhung des Schonvermögens oder von Zuverdienstgrenzen einen weiteren Ausbau des Systems zu fordern.» Eine Entwicklung, die folgende Gründe hat: «Sozialpolitiker werden weiterhin mit dem Ausbau des Sozialsystems nach Mehrheiten unter den Transferempfängern suchen. Finanzpolitiker wissen jedoch, dass langsam, aber sicher die Staatsschuld Deutschland erdrücken wird. Es muss also gespart werden – ohne Einschnitte in Leistungsgesetze geht das nicht. Wenn eine Volkspartei Politik auf dem Rücken von Leistungsträgern macht, braucht sie sich wie die SPD über ihren Absturz nicht zu wundern. Politik für die Mitte der Gesellschaft kann es ohne Rücksicht auf die Lage des geschröpften Normalverdieners, des Financiers des deutschen Sozialstaats, nicht geben.»

Der Text «**Vor mageren Jahren**» (2.1.2010) geht von der These aus: «Es gilt, die Ansprüche der Wirklichkeit anzupassen. Das verlangt wieder eine Kultur des Maßhaltens.» Die Lage sei prekär, eine tiefe Krise sei jedoch vermieden worden, dem Fehler des Protektionismus sei keiner erlegen. «Der Staat kehrte als «Retter» zurück auf die Bühne. Voreilig haben manche Kommentatoren dies als ideologische Zeitenwende gedeutet.» Aber die Krisen-Ursache habe nicht in einem unregulierten Markt, sondern in einem kombinierten «Markt- und Staatsversagen» gelegen. Die Rettung durch den Staat bringe neue Risiken: «Die Krise, die im Kern eine Verschuldungskrise war, wird durch eine neue Welle von Schulden bekämpft.» Es gelte: «Die westlichen Volkswirtschaften – vor allem die amerikanische, doch auch die deutsche – haben über ihre Verhältnisse gelebt.» Und: «Auf Schuldenbergen entsteht auf Dauer keine solide, nachhaltige Wirtschaft. Die Mahnung richtet sich an Banker und Manager, aber auch an Politiker, die ihre Klientel auf Kosten anderer bedienen. Finden sie nicht zu verantwortungsvollem Maß zurück, könnte auf die Wirtschafts- eine Staatskrise folgen. Jedenfalls stehen schwierige, magere Jahre bevor.»

Der Text «**Mitten in der Staatswirtschaft**» (28.9.2009) beschreibt im Grundsatz die Rolle des Staates so: «Der Staat gehört nicht als Spieler, sondern nur als Schiedsrichter auf das Feld der Wirtschaft.» Davon ausgehend kritisiert und hofft der Autor: «Mit der großen Koalition ist der Staat machtvoll in die Wirtschaft zurückgekehrt. Wird sich das unter schwarz-gelber Führung wieder drehen? In der Krise war der Staat als Retter gefragt. Das hat seinen Preis. Die Schulden des Staates schnellen auf nie gekannte Höhen. Bund, Länder und Gemeinden müssen Kredite über fast 2 Billionen Euro bedienen. Allein der Zinsdienst verschlingt die Hälfte des Lohn- und Einkommensteueraufkommens.» Und: «Anstatt die Staatsfinanzen zu sanieren, wie von der großen Koalition versprochen, wurden vor allem über die Mehrwertsteuer die Einnahmen erhöht.» Es sei notwendig gewesen, die Banken zu retten in der Krise, aber: «Die

staatliche Spendierfreude in der Krise zementiert die Gegenwart. Vom Geldsegen profitieren Branchen, die ihre beste Zeit hinter sich haben, Autos, Banken, Bau.»

Die Lösung aus Sicht des Autors: «Vertrauen in eine bessere Zukunft kann nur wachsen, wenn die nächste Regierung wirtschaftliche Dynamik entfaltet. Dazu muss die Kaufkraft der Mittelschicht endlich wieder steigen. Seit Jahren schrumpft der finanzielle Spielraum der Facharbeiter und Angestellten.» Das seien die Leistungsträger. «Der Ausbruch aus diesem Teufelskreis kann nur gelingen, wenn die Sozialausgaben nicht länger schneller als die Wirtschaft wachsen.» Und das gelinge nur so: «Angesichts der desolaten Staatsfinanzen geht das nicht ohne Einschnitte in Leistungsgesetze. Weil das in Deutschland politischem Selbstmord gleicht, muss die Grausamkeit am Anfang der Legislaturperiode stehen.»

Die Rolle des Staates wird so präzisiert: «Der Staat setzt die Regeln, nach denen gespielt werden soll, und als Schiedsrichter muss er sie auch durchsetzen. Das hat er vor der Finanzkrise leider versäumt. Die ordnungspolitischen Prinzipien von Walter Eucken gelten auch im 21. Jahrhundert. Dazu gehört untrennbar zum privaten Eigentum die persönliche Haftung, damit Gewinn und Verlust zugeordnet werden können. Wenn dann noch der Staat für Vertragsfreiheit, offene Märkte und stabiles Geld sorgt, hat er seine Hausaufgaben gemacht. Wie kann der Staat wissen, welche Branche die beste Zukunft hat?»

Der Text **«Mamma Mia» (21.8.2009)** wägt die Einführung eines Mindestlohnes gegen das Gut der Tarifautonomie ab: «Der zweite Weg zum Mindestlohn ist einer, bei dem die Tarifautonomie auf der Strecke bleibt.» Das Thema wird vor allem im Bereich der Emotionen angesiedelt: «Der Mindestlohn ist für viele Menschen ein emotionales Thema. Die Debatten in Politik und Gesellschaft sind voll von Begriffen wie Gerechtigkeit, Armut, Ausbeutung und Schutzlosigkeit. Umfragen zufolge befürwortet eine deutliche Mehrheit der Deutschen eine staatliche Lohnuntergrenze. Jeder soll von seiner Hände Arbeit leben können – wer sagt schon nein zu solch einer Formel?» Im Anschluss werden die verschiedenen gesetzgeberischen Möglichkeiten skizziert. Der Autor geht dann noch auf die Rolle des Themas im Wahlkampf ein: «Vielmehr wollen sich Union und SPD bei dem Thema nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Die im Umfragekeller befindlichen Sozialdemokraten möchten sich als Partei der sozialen Wärme präsentieren und die Zuneigung der Gewerkschaften zurückgewinnen. Und weil auch die Unionspolitiker nicht kaltherzig erscheinen mögen, marschieren alle vereint im Kampf gegen Hungerlöhne.» Der Autor skizziert seine Position so: «Doch Mindestlöhne sind keine Wunderwaffe gegen Armut. Ökonomen werden nicht müde zu betonen, dass Lohnuntergrenzen Geringqualifizierte vom Arbeitsmarkt ausschließen und so die Arbeitslosigkeit erhöhen. So brutal das klingt: Wer nicht erwirtschaften kann, was sein Arbeitsplatz kostet, wird keine Stelle finden. Natürlich kann niemand von drei Euro in der Stunde leben. Muss er aber auch nicht. Denn wer einen gering bezahlten Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt annimmt, dessen Einkommen wird durch Hartz IV aufgestockt. Das ist nicht die beste aller Welten, aber immer noch besser, als arbeitslos auf der Straße zu stehen – für den Betroffenen wie für die Gesellschaft, die die Kosten der Arbeitslosigkeit trägt. Dass Mindestlöhne den Schwächsten am Arbeitsmarkt eher schaden als nutzen, ist das eine. Das andere ist, dass die Bundesregierung mit ihren Mindestlohngesetzen die Tarifautonomie zu Grabe trägt.» Das habe Folgen für die Tarifpartner: «Denn in einer Tarifwelt, in der eine Staatskommission über Mindestlöhne entscheidet, verlieren die Tarifparteien an Relevanz.»

Der Text **«Armut und Arbeit» (20.8.2009)** beschreibt knapp die Arbeitsmarkt-Entwicklungen so: «Es war eine rot-grüne Bundesregierung, die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts die Anforderungen in einer globalisierten Welt erkannte und den Arbeitsmarkt für Minijobs, Teilzeit und Zeitarbeit öffnete.» Die Zahl der Arbeitsplätze sei dann «in Verbindung mit einem günstigen konjunkturellen Umfeld» stark gewachsen. «Die gewollte Lohnspreizung brachte zwangsläufig ein steigendes Armutsrisiko mit sich, das den Sozialstaat unzweifelhaft vor große Herausforderungen stellte – und die er angegangen ist.» Dazu zähle auch Hartz IV. Von einem «working poor»-Phänomen angelsächsischen Ausmaßes könne in Deutschland «keine Rede sein». Deshalb: «Wer aber nun in der Krise reflexartig nach mehr Regulierung ruft, der nimmt gerade den Schwächsten am Arbeitsmarkt eine wichtige Plattform. Denn, da ist sich die Wissenschaft weitgehend einig: Das beste Mittel gegen Armut ist die Aufnahme einer Arbeit.»

Der Text **«Die Robin-Hood-Partei» (10.3.2009)** setzt sich mit dem Plan der SPD auseinander, «einen umverteilungsorientierten Wahlkampf » zu führen. Zwei populäre Themen verbinde sie dabei: «Sie will die Reichen schröpfen, um die Bildung zu päppeln. Damit baut sie auf gängige Assoziationen: Reich, das sind die anderen, die es ohne eigene Leistung durch Erbschaft oder – schlimmer – durch Gier zu etwas gebracht haben und die damit Schuld an der ganzen Misere tragen. In dieses Bild passt der Plan des sozialdemokratischen Bundesfinanzministers, schärfer gegen Steuerhinterzieher und Steueroasen vorzugehen. Andere Mittel, die Leute mit Geld trafen, sind die Börsenumsatzsteuer (schon von der SPD angekündigt), die Vermögensteuer (wird permanent von der SPD geprüft) und die Begrenzung des Ehegattensplittings (daran denkt die SPD gerne, weil der Steuervorteil mit dem Einkommen im progressiven System wächst, wenn dieses auf zwei verteilt wird). Dass die oberen zehn Prozent heute schon mehr als die Hälfte des Aufkommens der Einkommensteuer bestreiten, lässt man als Robin-Hood-Partei besser weg. Das stört nur das Bild.»

Der Text **«Die Börsenbremse» (17.2.2009)** kritisiert das populistische Vorgehen der Volksparteien, vor allem der SPD, und votiert ohne genauere Begründung gegen die geforderte Börsenumsatzsteuer: «Überall in der EU zwingen rasant wachsende Schulden die Haushälter dazu, über neue Einnahmen nachzusinnen. Da das Finanzsystem ohnehin am Pranger steht und Ziel vielfältiger Straf- und Reformüberlegungen ist, könnte der Zeitpunkt günstig sein, in neue Regulierungspakete die alte Börsenumsatzsteuer zu schmuggeln. Schon harmlos wirkende Steuersätze im Promillebereich bringen einen hübschen Ertrag und belasten eher eine wohlhabendere Klientel. Da wiegen Wettbewerbs- und Effizienzargumente nur noch wenig. So steht zu befürchten, dass sich selbst die Union wieder mit dieser Börsenbremse anfreundet.»

Der Text **«Armut trotz Gesetz» (29.1.2009)** verteidigt: «Hartz IV ist kein staatlich verordnetes Armutsprogramm. Im Gegenteil: Die größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform des Landes hat mehr Bedürftigen den Zugang zu staatlichen Leistungen ermöglicht, die Ausgaben sind entgegen früheren Versprechungen um etliche Milliarden in die Höhe geschossen.» Auch die Begleitforschung zeige: «Mit Dumpinglöhnen auf breiter Front hat das nichts zu tun. Mindestlohnanhänger müssen sich eine neue Strategie zurechtlegen. Zur Klarstellung: Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer geworden, neue Armutsrisiken fordern neue Antworten. Die einst mit heißer Nadel gestrickte Arbeitsmarktreform Hartz IV muss an verschiedenen Stellen nachgebessert werden. Das Fazit nach vier Jahren lautet aber, dass die Maschen dieses sozialen Netzes nicht zu weit geknüpft wurden. Es trägt mehr Menschen als je zuvor.»

Der Text **«Schulden für die Bildung» (28.1.2009)** setzt sich kritisch mit dem Zustand des Bildungswesens auseinander: «Was als Investition in Bildung bezeichnet wird, ist nur ein mittelmäßiges Konjunkturprogramm.» Denn: «Im zweiten Konjunkturpaket ist vorgesehen, vor allem die Sanierung und den Bau von Schulen, Hochschulen und Kindergärten zu finanzieren.» Bund und Länder bezahlten gut acht Milliarden Euro. Der positive Einfluss auf die Konjunktur werde «nicht allzu groß sein wird, während die dafür aufgenommenen Schulden – irgendwann – bezahlt werden müssen». Es werde zudem dauern, bis die Projekte umgesetzt und das zusätzliche Geld sinnvoll eingesetzt werden würde.

Die Autorin bezweifelt die Wirkung dieser Investitionen generell und meint: «Die wichtigsten Forderungen der Fachleute kosten wenig und taugen nicht als schnell wirkendes Konjunkturprogramm. Sie empfehlen zum Beispiel, mehr Wettbewerb zuzulassen, indem private Schulen staatlich finanziert werden. Oder sie treten dafür ein, die Lernerfolge transparent zu machen. Auch befürworten sie ein langes gemeinsames Lernen aller Schüler. Manche Empfehlungen kosten etwas mehr Geld, wie kleinere Klassen und ein größeres Angebot an Ganztageschulen. Doch wäre auch ihre Wirkung auf die Wirtschaftslage gering; im Konjunkturpaket sind sie jedenfalls nicht enthalten.» Die Autorin bilanziert: «Der eigentliche Skandal liegt darin, dass sich in einem reichen Land wie Deutschland, in dem hohe Steuern gezahlt werden, viele Schulen und Hochschulen in einem beklagenswerten Zustand befinden. Die Politik hätte es nicht so weit kommen lassen dürfen; sie müsste für einen stetigen Investitionsfluss sorgen.»

Der Text **«In der Armutspolitik fehlen die Ziele» (3.1.2009)** geht von dem Grundsatz aus: «Das Problem ist dringlich, gute Ideen gibt es auch. Allein, es fehlt an einem Plan.»

Der Autor kritisiert: Es werde über Definitionen von Armut gestritten und sachliche Analysen würden instrumentalisiert. «So war es, als die Bundesregierung im vergangenen Frühjahr ihren dritten Armuts- und Reichtumsbericht vorlegte und linke Politiker ihn als Steilvorlage missbrauchten, um einen flächendeckenden Mindestlohn zu fordern. So war es aber auch, als im Sommer Zahlen vorgelegt wurden, nach denen der Aufschwung die Einkommensunterschiede wieder etwas entschärft hat. Auf konservativer Seite setzte sich die Sicht durch: Der Arbeitsmarkt löst das Problem – alles halb so schlimm.» Der Autor: «Halb so schlimm aber ist es nicht. Wenn von Armut in Industrieländern die Rede ist, dann ist relative Armut gemeint: Arme verhungern hier nicht und leben auch nicht im materiellen Elend. Dennoch sind ihre Nöte real: Kinder, die in einkommensschwachen Familien aufwachsen, tragen höhere gesundheitliche Risiken, machen schlechtere Bildungsabschlüsse und haben damit auch weniger Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Armut muss nicht die Ursache sein, sie verschärft aber viele Probleme. Eine Studie von Kölner Wissenschaftlern hat unlängst gezeigt, dass unterschiedliche Einkommensgruppen in Städten zunehmend getrennt voneinander leben. Negative Rollenvorbilder vermindern die Chance, aus prekären Lebenslagen herauszukommen. Und selbst wenn die Armutsrisikoquote zuletzt auf 16,5 Prozent zurückging, der langfristige Trend zeigt, dass die Spaltung hierzulande stärker zunimmt als in anderen Ländern.» Der Autor sieht zwei Ursachen: «Erstens: Der Abstand zwischen geringen und hohen Löhnen spreizt sich. Durch die internationale Arbeitsteilung konkurrieren insbesondere gering qualifizierte Arbeitnehmer mit denen in Osteuropa und Asien. Sollen keine Stellen im Niedriglohnbereich wegfallen, bleibt der Druck auf die unteren Einkommensgruppen bestehen. Zweitens: Der gesellschaftliche Wandel führt dazu, dass Haushalte kleiner werden. Singles benötigen mehr Geld als Paare, um den gleichen Wohlstand zu erreichen. Dasselbe gilt für Alleinerziehende mit Kindern.» Und nun deute sich aufgrund der Finanzkrise «ein Paradigmenwechsel an. Wo staatliche Rettungspakete in dreistelliger Milliardenhöhe geschnürt werden, wächst die Bereitschaft, mehr Geld für Soziales auszugeben». Dabei sei «der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt nur noch in Frankreich und in Schweden höher als in Deutschland». Höhere Hartz-IV-Regelsätze seien «teuer und wenig effektiv. Denn es hilft noch lange nicht der Gruppe, die am stärksten von Armut betroffen ist: den Kindern». Der Autor plädiert für Investitionen in Sozialprojekte und soziale Infrastruktur: «Sie können die Betroffenen direkt aktivieren und gegen die drohende Lethargie angehen.» Es gehe um Ganztagschulen, kostenloses Schulessen und weitere direkte Unterstützungen. «Es ist erstaunlich, wie viele richtige Weichen die Bundes- und Landespolitiker schon gestellt haben, obwohl die öffentliche Diskussion um Armut oft verzerrt erscheint. Die Pläne, 500 000 neue Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, reagieren auch darauf, dass mehr als 40 Prozent der Alleinerziehenden armutsgefährdet sind, weil sie Beruf und Familie nicht vereinbaren können. Schuleingangsuntersuchungen, Sprachtests und Deutsch-Förderkurse, wie sie inzwischen üblich sind, identifizieren rechtzeitig Schwächen von bildungsfernen Kindern.» Es gebe jedoch noch viele Defizite, vor allem in Bildung müsse investiert werden. Der Autor schließt: «Armutspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, an der alle öffentlichen Körperschaften und politischen Ressorts beteiligt sein müssen. Das macht sie so schwer. Es reicht nicht, die Armutsquote zu senken. Stattdessen muss es langfristig stabile Angebote geben, die aus der Armut herausführen. Warum ernennt die Bundeskanzlerin nicht einen Beauftragten, der die Anstrengungen koordiniert und für Fehlentwicklungen geradesteht – so wie es einen Beauftragten für den Aufbau Ost gibt? Das Problem ist dringlich genug, gute Ideen gibt es auch. Allein, es fehlt an einem Plan.»

Der Text **«Wer rettet den Staat?» (26.11.2008)** geht von der These aus: «Wenn die Zukunftsangst groß genug ist, ist für alles und jeden Geld da – auf Kosten der Zukunft.»

In der Finanzmarktkrise gehe «das Gefühl für die Größen verloren». Deshalb: «Wen kümmert die wieder beschleunigt wachsende Staatsschuld? Offenbar keinen. Im Gegenteil, der Druck auf die Bundeskanzlerin und ihren Finanzminister wächst spürbar. Der Staat soll der Rezession mutig entgegentreten und dem Ungeheuer sein böses Haupt abschlagen.»

Frühere Konjunkturprogramme seien «ziemlich erfolglos» geblieben. Das scheine vergessen zu sein: «Es gibt ein neues Urvertrauen in die Steuerungskünste der Politik. Dass nicht nur Vorstände privater Banken, sondern Staatsinstitute, Aufsichtsbehörden und insbesondere in



Amerika auch die Regierung mitschuldig an der Krise sind, wird ausgeblendet. Das passt nicht ins Bild des starken, handlungsfähigen Staates, der mit mütterlicher Sorge und väterlicher Strenge das wilde Wirtschaftsleben in geordnete Bahnen lenkt.»

Der Autor sieht Übertreibungen: «In der Krise verschieben sich die Prioritäten. Ob der Haushalt langfristig tragfähig ist, ob eine geschrumpfte Bevölkerung auch in den nächsten Jahrzehnten die Schuldenlast finanzieren kann, wird zweitrangig, wenn der Untergang des Abendlandes an die Wand gemalt wird.» Dabei gebe es für Panik keinen Grund, da zur Stabilisierung der Wirtschaft bereits viel getan worden sei: «Und im Blick auf das Heute darf das Morgen nicht vergessen werden. Denn ein Gesetz gilt auch in Zeiten der Finanzmarktkrise fort: Langfristig erdrosseln immer nur steigende Schulden ein Gemeinwesen. Dass die Regierung die Gelegenheit nicht genutzt hat, um den Haushalt auszugleichen, stößt daher bitter auf. Auch wenn es derzeit kaum noch einer wahrhaben will: Das Land benötigt dringend eine neue Schuldenbremse. Sonst muss irgendwann der Staat gerettet werden.»

Der Text «**Geklärt**» (08.11.2008) beschäftigt sich mit der Position der Bundesregierung zur Erbschaftssteuer. Der Autor lobt vor allem die CSU, die sich bei dem Kompromiß für Wohlstand und «Eigentum der Bürger» eingesetzt habe. Es gebe nicht nur bei Reichen, sondern auch «bei gewöhnlichen Bürgern» Vermögenssteigerungen. Seehofer habe mit seiner Haltung die SPD gezwungen, «sich zu offenbaren. Die hat sich entschieden, eine Klassenpartei zu sein». Von der SPD erzwungene Änderungen zeigten, dass für die SPD «der Erbfall ein willkommenes Anlass für Umverteilungspolitik ist». Sie verliere damit einen Teil ihrer bisherigen Wählerschaft, wenn die SPD eine Politik in Sachen Erbschaftssteuer-Reform verfolge, «die bei Familienunternehmen Arbeitsplätze gefährdet oder die Erben von Einfamilienhäusern zum Aufenthalt am falschen Ort zwingt».

Der Text «**Starker Staat, schwacher Staat**» (5.11.2008) begründet die These: «Ein starker Staat sagt nein. Er wehrt Sonderwünsche von Lobbygruppen ab.»

Den Autor besorgt, dass vor dem Hintergrund der aktiven Rolle des Staates in der aktuellen Krise, Bürger und Politiker den Staat noch mehr stärken wollen: «Nach einer Forsa-Umfrage befürworten 71 Prozent der Bürger, dass sich der Staat an der Energiewirtschaft beteiligt, satte Mehrheiten von 64 Prozent plädieren für Staatsbeteiligungen an Banken und Versicherungen, 60 Prozent für staatliche Fluglinien. Eine teilweise Verstaatlichung der Chemieindustrie würden immerhin 45 Prozent bevorzugen. Solche Zahlen geben zu denken.

Das ideologische Pendel schwingt derzeit in atemberaubendem Tempo in Richtung eines Neoetatismus.» Und: «Märkte, besonders natürlich Finanzmärkte, werden als gefährlich chaotisch abgetan. Es habe zu viel Deregulierung gegeben. Die Finanzgäule seien durchgegangen, daher müsse der Staat nun wieder die Zügel fest in die Hand nehmen. Das neue alte Feindbild ist der Neoliberalismus, der angeblich Regellosigkeit und einen schwachen Staat gepredigt habe.» Dabei habe dieser anderes im Blick gehabt: «Diese neoliberale Erkenntnis ist heute so aktuell wie damals: Ein Staat, der sich in die Wirtschaft einmischt, wird von Lobbygruppen gekapert. ... . Nötig sei dagegen eine Selbstbeschränkung auf die Kernaufgaben des Staates, wenn er nicht Beute der Partikularinteressen werden will. Ein starker Staat kann nein sagen.» Der Autor erinnert: «1960 betrug die Staatsquote weniger als ein Drittel der Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. In den neunziger Jahren beanspruchte der Staat hingegen schon fast 50 Prozent des Erwirtschafteten, um es in seinem Sinne umzuverteilen. Die hohe Verschuldung, zum großen Teil eine Hinterlassenschaft früherer fruchtloser Versuche zur Konjunkturstimulierung, schränkt den Handlungsspielraum des Staates heute stark ein. Mit der Bankenrettung, eher Ausdruck von Angst und Verzweiflung denn Zeichen für einen starken Staat, hat die Politik zwar eine Eskalation der Krise verhindert. Doch weitergehende, dauerhafte Interventionen stünden einer Bereinigung der Krise im Wege.»

Der Text «**Aufstieg nicht allein durch Bildung**» (21.10.2008) beschäftigt sich mit aufgestellten These: «Die Schule kann soziale Unterschiede nicht wesentlich ausgleichen.»

In keinem Land sei der «Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so ausgeprägt wie in Deutschland». Es sei festzuhalten: «Sozialer Aufstieg ist nicht mehr allein durch Bildung zu leisten, allerdings ist Bildung ein bewährtes Mittel gegen den sozialen Abstieg. Die Hoffnung der siebziger Jahre, die soziale Ungleichheit durch Bildungsexpansion zu

beseitigen, hat sich nicht erfüllt, sondern hat feine Unterschiede ausgeprägt.»

So werde die Schule «allenfalls verhindern können, dass die soziale Schere noch weiter aufgeht, sie kann Unterschiede aber nicht einebnen. Denn soziale Differenzen werden vor allem außerhalb des Bildungssystems, in der Freizeit und in der Nachbarschaft, in Jugendgruppen, gefestigt. Die sogenannten Risikoschüler könnten deshalb von bestimmten Formen der Ganztagschule profitieren». Schulformen zusammenzulegen, helfe niemandem, es helfe jedoch die sogenannten Risikoschüler zu fördern. Aber: «Die gezielte Förderung der Leistungsschwächsten ist politisch schwer durchzusetzen. Sie wäre nur zu finanzieren, wenn die Leistungsstärkeren durch Mittelumschichtung schlechter wegkämen, wenn also die Gymnasialklassen größer würden. Aus wahlpolitischer Rücksichtnahme wird kein Bundesland solch einen Schritt wagen, weil die Elternlobby der Gymnasiasten stärker ist als die der Risikoschüler.» Die Autorin hebt dann die folgenden Befunde hervor: «Wissenschaftler im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung heben zunehmend die Bedeutung hervor, die bestimmte Unterrichtsformen und eine entsprechende Lehrerbildung haben. Nach ihren Erkenntnissen erzielen Lehrer mit einem hohen fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Können, etwa in Mathematik, auch in der Hauptschule wesentlich bessere Leistungserfolge. Das gilt allerdings nur dann, wenn sie sich nicht dem niedrigeren Niveau durch geringere Ansprüche anpassen. Allein mit der Verbesserung der Ausbildung von Haupt- und Realschullehrern wäre also schon viel gewonnen.» Deshalb müsse hier angesetzt werden: «Hier müssen die Länder und die Universitäten handeln. Stattdessen vertagen sie die Entscheidung über die Lehrerbildung oder hängen Extremen nach. Das wird sich vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss rächen.»

Der Text **«Teilenteignung im Erbfall» (10.10.2008)** beschäftigt sich mit der Erbschaftssteuer: «Vermögen wird aus versteuertem Einkommen gebildet. Nach dem Tod wird abermals besteuert.» Der Autor erinnert: «Das Eigentumsrecht ist das Fundament unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Ohne das Recht, die Früchte wirtschaftlicher Aktivitäten zu behalten, gibt es keinen Leistungsanreiz.» Es bedürfe einer «über das Lebensende hinaus geltende(n) Eigentumsgarantie». Der Autor argumentiert weiter: «In der Diskussion über die anstehende Vererbung der Werte, welche die Wirtschaftswundergeneration geschaffen hat, sehen manche den Erben als Glückspilz, dem unverdientermaßen ein Vermögen zufällt. Es ist niemandes Verdienst, in eine wohlhabende Familie hineingeboren zu werden. Die ethische Beurteilung fällt jedoch ganz anders aus, wenn man die Perspektive des Erblassers einnimmt. Mit welchem Recht nimmt der Staat ihm am Lebensende einen erheblichen Teil seines Vermögens ab? Er hat es aufgebaut, indem er auf Konsum verzichtet und – mit versteuertem Geld – Ersparnisse gebildet hat. Ein nochmaliger Zugriff ist somit eine Doppelbesteuerung. Man könnte es auch Teilenteignung am Lebensende nennen.»

Viele Staaten verzichteten ganz auf eine Erbschaftsteuer, Deutschland nicht. Zuletzt seien 4,2 Milliarden Euro eingenommen worden, weniger als ein Prozent des gesamten Steueraufkommens. Der Autor geht dann auf die Reformpläne der Regierung ein: «Wenn Unternehmenserben – mit guten Gründen – weitgehend verschont werden, dann müssen andere deutlich mehr zahlen: alle jene, die keine Firma, sondern ein Haus oder sonstiges Vermögen erben. Für Kinder wurde im Gesetzentwurf der Koalition zwar der Freibetrag auf 400 000 Euro angehoben, doch bedeutet dies angesichts der deutlich höheren Immobilienbewertung für viele keine Entlastung. Eine drastische Mehrbelastung wird wohl auf erbende Geschwister, Nichten und Neffen zukommen, die nach dem Eckpunktepapier künftig wie Nicht-Verwandte behandelt werden. Ihnen droht eine Erbschaftsteuer von 30 bis 50 Prozent, wenn die Koalitionsverhandler nicht in letzter Sekunde die Sätze noch senken. Dieser steuerliche Aderlass wird künftig immer mehr Erbfälle betreffen, da eine zunehmende Zahl von Bürgern kinderlos bleibt. Es ist daher anzunehmen, dass der Staat durch die Erbschaftsteuerreform das Einkommen nicht konstant hält, sondern künftig mehr einnehmen wird. Im schlimmsten Fall muss ein geerbtes Haus, um die Steuer zu bezahlen, verkauft werden. Auch deshalb warnte Schumpeter vor einer volkswirtschaftlich schädlichen «Kapitalvernichtung» durch die Erbschaftsteuer. Sie droht nun vielen Bürgern, nachdem der Widerstand aus Bayern absehbar erfolglos bleiben wird. Für viele der rund 15 Millionen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer wird es also künftig teuer.»

Der Text **«Das Märchen vom Mindestlohn» (20.6.2008)** sieht kritisch: «So kommt die SPD Schritt für Schritt ihrem Ziel näher, das Land vollständig mit Mindestlöhnen zu überziehen.»

Für die SPD sei er «ein Zaubermittel: gut gegen Lohndumping, gegen Abhängigkeit von ergänzenden Transferleistungen, gegen Armut». Bei den Wählern komme das an, weshalb die Union «den staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie» mittrage. In anderen Ländern richte der Mindestlohn keine größeren Schäden an, da er meist recht niedrig liege: «Nicht von ungefähr liebäugelt der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bert Rürup, mit einer allgemeinen Lohnuntergrenze von 4,50 Euro. Sie richtete kaum Schaden an, läge sie doch unter dem Stundensatz eines Hartz-IV-Empfängers von etwa 6 Euro. Eine Vernichtung von Niedriglohn-Arbeitsplätzen bliebe dann aus.»

Der Arbeitsminister verfolge jedoch mit seinen Vorstellungen auch ein organisationspolitisches Ziel: «Er will darüber mitentscheiden, welche Gewerkschaft die Oberhand behält – der DGB etwa oder eine christliche Gewerkschaft. Deshalb will er vorschreiben, dass immer der Mindestlohn gilt, den die Gewerkschaft mit mehr Mitgliedern ausgehandelt hat.»

#### **4.2 Ziele: Gleichheit der Chancen/gleiche Lebensbedingungen**

Der Text **«Würde der Arbeit» (12.11.2011)**, erschienen in der Rubrik «FRAKTUR», beschäftigt sich in der dieser Kolumne eigenen Art mit der Position der Bundesregierung, «ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn sei eine Frage der <Würde der Arbeit>. Der Autor wägt dies ab gegen die Überlegung, im Kapitalismus sei Arbeit eben Gegenstand von Tauschgeschäften. Sie sei eben eine Ware, «die gerne zur ethischen Ware veredelt wird». Nun heiße es aber auch, Arbeitslosigkeit nehme den Menschen Anerkennung und Selbstachtung. Der Autor schließt: «Auflösen lässt sich der Widerspruch zwischen der Last des tatsächlichen Zwecks und der Lust am würdevollen Selbstzweck von Arbeit so aber erst recht nicht. Was nutzt mir der schönste Mindestlohn für die Würde der Arbeit, wenn er mich dadurch erst arbeitslos macht?»

Der Text **«Gerecht ist nicht gleich» (2.2.2010)** geht von der These aus: «Im Bildungssystem führt Gleichstellung zu noch größeren Unterschieden.»

Er geht davon aus: «Bildungsgerechtigkeit ist für Bundesbildungsministerin Schavan das bildungspolitische Schwerpunktthema in dieser Legislaturperiode. Politisch ist es so korrekt, dass der Koalition breite Zustimmung über Parteigrenzen hinweg sicher sein dürfte. Streit gibt es über die Wege zu mehr Bildungsgerechtigkeit, wobei nicht selten sozialpolitisches und bildungspolitisches Handeln vermischt werden.»

Die erste Pisa-Studie habe gezeigt: Es gebe große Unterschiede unter den Schülern, ebenfalls eine hohe Risikogruppe. Aber: «Schulen sind offenbar nicht dazu in der Lage, soziale Unterschiede aufzuheben – sie scheinen sie eher noch zu verstärken.» Allgemeine Bildung liege «auch in der Verantwortung jedes Einzelnen liegt. Mündige Individuen, die sich selbst kontrollieren und frei entscheiden können, sind das Ziel, nicht technische Fertigkeiten, die der Anpassung an Außenerwartungen dienen». Dafür sei die Schule «unentbehrlich» und müsse «ein Bildungsminimum garantieren. Das gelingt in Deutschland bisher nicht». In den USA gebe es die Möglichkeiten von Sanktionen gegen Schulen, die dieses Ziel nicht erreichten. In Deutschland würden aus der Diagnose fragwürdige Schlüsse gezogen: «Von Begabungsunterschieden wird auf soziale Unterschiede geschlossen, von Ungleichheit auf Benachteiligung und Ungerechtigkeit. Der Wohlfahrtsstaat reagiert darauf mit Fürsorge in Gestalt von Umverteilung. Das jedoch gelingt im Bildungssystem noch weniger als auf anderen Feldern.» So könne der Staat eben «die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Begabungen unabhängig von Milieus entfalten können. Aus purer Verzweiflung darüber, dass Begabungen nicht umverteilt werden können, haben sich Bildungspolitiker oft genug dazu entschlossen, die Schwachen zu begünstigen und die Talentierten zu benachteiligen. Das Niveau wird gesenkt, die Begabten sind unterfordert und die weniger Talentierten nicht ausreichend gefördert, weil die Chancen ungleich genutzt werden». Deshalb: «Die Benachteiligten dazu zu ermutigen, ihre Chancen zu ergreifen, bleibt die wichtigste Aufgabe im Bildungssystem. Andernfalls droht ein neues Sozialproletariat ungeahnten Ausmaßes. Die Bereitschaft, sich anzustrengen, können jedoch keine Schule und keine sozialstaatliche Fürsorge dem Einzelnen abnehmen. In den sogenannten bildungsarmen Schichten fehlt es häufig an dieser Bereitschaft. Den betroffenen Kindern ist das am wenigsten anzulasten. Sie werden oft schon in der Grundschule so entmutigt, dass sie jegliches Selbstvertrauen verlieren. Während andere das Zutrauen zu sich schon mit der Muttermilch aufgesogen haben, wachsen einige Kinder aus bildungsarmen Schichten im Glauben an die Unabwendbarkeit des Scheiterns

auf. Schon in der Aufklärungszeit schoben die Bauern eine schlechte Ernte lieber auf den lieben Gott und das ungünstige Wetter als auf ihren Anbau. Es gelang deshalb nicht, sie zur Eigenverantwortlichkeit zu ermutigen. An die Stelle von Leistung und Verpflichtung waren Forderung und Erwartung getreten.»

Deshalb führe eine Förderung von Gleichheit dazu, dass die Unterschiede noch stärker hervortreten würden: «Dabei hat sich der Gleichstellungszwang im Bildungssystem schon immer als die größte Ungerechtigkeit überhaupt erwiesen. Bildungsgerechtigkeit ist etwas anderes, als die sozialstaatliche Umverteilungsrhetorik nahelegt. Odo Marquard hat Gleichheit als <angstloses Andersseindürfen für alle> bezeichnet – auch und gerade im Bildungswesen.»

Der Text **«Wir Ampelmännchen» (10.11.2009)** beschäftigt sich in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung mit dem Anspruch auf die Herstellung einer <inneren Einheit>. Er erinnert an eine Intervention von Kurt Biedenkopf: «Kurt Biedenkopf brach mit einem Tabu, als er Anfang der neunziger Jahre behauptete, mit der im Grundgesetz vorgeschriebenen <Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse> könne gerade im Föderalismus nicht Einförmigkeit gemeint sein. Ein Mahnmal zur Verdrängung dieser Einsicht ist der Solidarpakt geworden.»

Er habe «hat in Deutschland den Eindruck verfestigt, Solidarität und innere Einheit könnten erkaufte werden und der Wessi müsse Opfer bringen, um dem Ossi zu zeigen, wie er zu Selbstbewusstsein und Wohlstand kommt. Das ist auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall die schwerste Hypothek der Einheit, die sich viele Deutsche, beladen mit Vorurteilen, selbst auferlegt haben. Innere Einheit – vielleicht könnten sich Ossis und Wessis darauf einigen, dass ein Volk einförmiger Ampelmännchen damit sicher nicht gemeint ist.»

Der Text **«Gedopter Osten» (27.6.2009)** beschäftigt sich am Rande mit dem Anspruch von gleichwertigen Lebensverhältnissen: «Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall verläuft noch immer eine Wohlstandsgrenze durch das vereinigte Land. Sie trennt Ost von West, oft trennt sie aber auch Ost von Ost: Regionen, Wirtschaftszweige und Menschen, die es vermeintlich geschafft haben, von jenen, die zurückgeblieben sind.» Die Bundesregierung halte es für möglich, die Lebensverhältnisse weiter anzugleichen, «dass es bis zum Ende des Solidarpakts nach 2019 möglich sein könnte, die neuen Länder zumindest auf das Niveau der schwachen Flächenländer im Westen zu bringen». Jedoch: «Weiterhin geht jedes Jahr ein warmer Regen von rund drei Milliarden Euro auf die ostdeutsche Wirtschaft nieder – zusätzlich zu jenen rechnerisch sieben Milliarden Euro, die den Ländern zufließen. Noch größer sind die Sozialtransfers für Rentner, Arbeitslose oder Hartz-IV-Empfänger. Sie gaukeln dem Osten eine Kaufkraft vor, die er nicht selbst erwirtschaftet.»

Der Text **«Vom Eigennutz» (24.12.2008)** handelt von Eigeninteressen und ihren Grenzen. Der Eigennutz «als wichtigste Triebkraft des Marktes» sei mit der Finanzmarkt-Krise offensichtlich «endgültig in Verruf geraten»: Er sei in <krankhafte> Gier umgeschlagen. «Dies jedenfalls ist die bevorzugte Deutung der Krise in einer deutschen Öffentlichkeit, die sich seit langem schwertut, Gewinne und hohe Gehälter als Teil eines freien Marktsystems zu akzeptieren.» Auszuloten wo die Grenzen seien, dieser Versuch müsse scheitern, denn Menschen setzten immer wieder alle Kraft daran, «die Grenzen des Machbaren neu auszuloten. Dieser Wille erst ermöglicht enorme Fortschritte, er birgt aber stets auch die Gefahr gewaltiger Rückschläge». Der Schluss: «Eigennutz bis hin zu seiner hässlichen Spielart, der Gier, wird stets Bestandteil eines freiheitlichen Marktsystems bleiben, das den Menschen – Finanzkrise hin, Finanzkrise her – nehmen muss, wie er ist.» Das heiße ja nicht, «keine Vorkehrungen gegen seine potenziell zerstörerische Wirkung auf dem Markt zu treffen». So müsse «Risiko und Haftung» wieder zusammengebracht werden. Das heiße aber auch, dass der Staat – wenn er effiziente Wettbewerbsgesetze geschaffen hat –, «tatsächlich zurücknimmt: Zusammenbrüche, selbst die Abwanderung ganzer Branchen an günstigere Standorte sind elementarer Teil des Marktprozesses. Zur – sozialen – Katastrophe werden sie, wenn Politik versucht, in die Kalküle der Unternehmen einzugreifen und schwierige Anpassungen herauszuzögern». Es gelte: «Genesen wird die Wirtschaft nicht am Staat, sondern am privaten Vertrauen darauf, dass die Nutzen-Kalküle wieder stimmen.»

Der Text **«Überfällige Renteneinheit» (16.12.2008)** beschäftigt sich mit der Beobachtung: «In Ost und West werden die Renten immer noch unterschiedlich berechnet. Das sorgt für Neid.

Sozialleistungen wie Hartz IV und Kindergeld sind gleich hoch, die Steuersätze auch. In einem Punkt jedoch wird im Osten Deutschlands immer noch anders gerechnet als im Westen: bei den Renten. Auch fast zwanzig Jahre nach der Wende gilt zweierlei Recht für die 4 Millionen Rentner im Osten und die 16 Millionen im Westen.»

Der Autor sieht die Debatte über die Differenz jedoch kritisch: «3,22 Euro Rentenwertdifferenz bilden nun den Kern einer vom Osten befeuerten Neiddebatte. Die Linke und Sozialverbände tun viel, damit die Glut der Unzufriedenheit nicht erlischt. ... . Dabei ist die angebliche Diskriminierung nur eine gefühlte. Zum einen liegen die Renten im Osten, weil länger gearbeitet wurde, trotz des niedrigeren Rentenwerts höher als im Westen: So können 60 Prozent der Ost-, aber nur 42 Prozent der Westrentner 45 Beitragsjahre oder mehr vorweisen. Für Männer beträgt die Durchschnittsrente im Westen 967 Euro, im Osten 1043 Euro. Noch größer ist der Unterschied bei Frauen, die im Westen 468, im Osten 669 Euro erhalten.»

Die Regierungsparteien würden dieses Thema meiden. Der Autor positioniert sich so: «Tatsächlich ist die rentenrechtliche Spaltung in Ost und West nicht mehr zu begründen ... .» Er referiert verschiedene Lösungen, die debattiert werden, und schließt: «Die Renteneinheit ist überfällig. Aber für eine Lösung, die möglichst vielen gerecht wird, kommt es auf Details an, nicht auf grobe Umriss, wie sie in Wahlkämpfen vermittelt werden. Bis September ist diese Rentenreform kaum zu schaffen. So bleibt noch viel Zeit für Rechenstudien, aber auch für Neiddebatten zwischen Ost und West und Alt und Jung.»